

Informationen

zur politischen Bildung

230

1. Quartal 1991



Mecklenburg-Vorpommern
Brandenburg · Sachsen-Anhalt
Thüringen · Sachsen



Vorbemerkung

Die friedliche Revolution in der DDR leitete nach 45 Jahren das Ende der Teilung Deutschlands ein. Seit dem 3. Oktober 1990 ist Deutschland wieder vereint. Das Zusammenwachsen der beiden Teilstaaten erweist sich als schwieriger, als viele zunächst annahmen. Das SED-Regime hat nach jahrzehntelanger Mißwirtschaft Ökonomie und Umwelt in einem katastrophalen Zustand hinterlassen. Der Übergang von der zentralistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft ist ein schmerzhafter Prozeß, der viele Menschen in Not und Arbeitslosigkeit stürzt und die schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse in den „alten“ und den „neuen“ Bundesländern verhindert.

Auch die politische Bevormundung hat sichtbare Spuren hinterlassen. Dem Machtanspruch des SED-Staates mit seinem Zwang zum Mitmachen und zur Anpassung hatte sich kaum ein Bürger der DDR vollständig entziehen können. Millionen von Menschen waren zwangsläufig in das allgegenwärtige Überwachungs- und Spitzelsystem der Stasi verstrickt, als Täter oder als Opfer, wobei die Grenzen manchmal fließend waren. Viele Menschen sind beschädigt und verwundet, Unsicherheit und Orientierungslosigkeit sind die Folgen.

Bei den Westdeutschen, die das alles nicht miterlebt und miterlitten haben, macht sich Irritation breit, gelegentlich auch Selbstgerechtigkeit. Sie übersehen, daß sie unverdient das Glück hatten, sich 1945 westlich von Elbe und Werra zu befinden oder dort geboren zu sein und in einem freien Gemeinwesen leben zu dürfen. Die DDR war für die meisten Bürger der Bundesrepublik ein unbekanntes Land, ebenso wie die Mehrzahl der Bürger der DDR aus eigener Anschau-

ung kaum etwas über die Bundesrepublik wußten. Gegenseitiges Verständnis wird sich in dem Maße entwickeln können, wie wir mehr voneinander wissen.

Zwei Ausgaben der *Informationen zur politischen Bildung* sollen Kenntnisse über die ehemalige DDR, aus der in Anknüpfung an historische Traditionen fünf Bundesländer geworden sind, vermitteln. Das SED-Regime hat versucht, diese Traditionen auszulöschen, indem es die 1947 geschaffenen Länder schon nach fünf Jahren wieder zerschlug und ihren Herrschaftsbereich in 14 – mit Ost-Berlin 15 – geschichtslose und gesichtslose Verwaltungsbezirke aufteilte. Es erwies sich, daß es auch darin erfolglos war. Schon kurz nach der Revolution wurden die weiß-grüne Fahne Sachsens, die weiß-rote Thüringens und die Fahnen der anderen Länder gehißt. Die Menschen spürten, daß aus historischer Tradition neue Identität erwächst. Es wird zu zeigen sein, daß die Geschichte dieser Länder ein untrennbarer Bestandteil der gesamtdeutschen Geschichte ist und daß entscheidende Entwicklungen der deutschen Geschichte ihren Ausgang in diesem Raum nahmen, aber auch daß diese Länder oder doch die Mehrzahl von ihnen – Sachsen ist an erster Stelle zu nennen – eine ganz eigene geschichtliche Entwicklung genommen haben. Zugleich hat der mitteldeutsche Raum an der deutschen Nationalkultur einen hervorragenden Anteil.

An dieser Stelle ist zu begründen, weshalb diese Darstellung die sich einbürgernde Bezeichnung Ostdeutschland – im Gegensatz zu Westdeutschland – nicht verwendet. Im historischen Kontext ist Ostdeutschland das jenseits von Oder und Neiße, das unabdingbar ein Teil unserer Vergangenheit ist. Auch

unter geographischen und kulturhistorischen Gesichtspunkten sind die Wartburg, Weimar, Leipzig oder der Thüringer Wald nicht Ostdeutschland. Die kulturhistorische Bedeutung Mitteldeutschlands wenigstens an einigen Beispielen bewußt zu machen, ist um so nötiger, als im deutschen Westen die Vorstellung verbreitet ist, Kultur und Zivilisation hätten dort ihre Heimstatt, östlich einer Linie, deren Verlauf abhängig ist vom Standort des Betrachters, beginne die kulturelle Wüstenei. Vom ausgehenden 17. Jahrhundert an, seit dem Zeitalter des Barock und des Klassizismus, lagen aber die kulturellen Zentren des Reiches eher östlich all jener Linien, in Österreich (und Bayern), in Sachsen und später auch in Preußen.

Ein landeskundlicher Teil hat die geographischen Grundlagen zum Thema: das Naturpotential, die Infrastruktur, die Siedlungen und die drei Wirtschaftsbereiche – Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen. Wegen des schnellen Wandels vor allem der wirtschaftlichen Verhältnisse erschien eine Beschränkung auf die Darstellung der Strukturen geboten. Ein Eingehen auf die aktuelle Situation liefe Gefahr, zum Zeitpunkt des Druckes schon wieder überholt zu sein.

Anzumerken ist, daß Ost-Berlin hier ausgespart wurde. Es gibt keine Geschichte Ost-Berlins, ebensowenig eine Kulturgeschichte, und auch die Landeskunde der Teilstadt wäre ein Torso. Berlin ist Thema der *Informationen zur politischen Bildung* Nr. 181, wenn auch das Hauptgewicht dort auf West-Berlin liegt. Zu gegebener Zeit wird eine Neuauflage die wiedervereinigte Hauptstadt Deutschlands zum Gegenstand haben.

Thema der folgenden Ausgabe ist die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1949 und der Deutschen Demokratischen Republik von 1949 bis zum Beitritt der fünf neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland.

9. November 1989.



Mecklenburg-Vorpommern

Wilfried Forstmann

Geschichtlicher Abriss

Die Geschichte Mecklenburgs reicht wie die des ganzen Raumes zwischen Elbe und Werra und der Oder in die Zeit der beginnenden deutschen Ostkolonisation im 10. und 11. Jahrhundert zurück. Im Gegensatz zu den anderen hier entstandenen Territorien hat Mecklenburg jedoch keine bedeutende Rolle in der Geschichte des Reiches gespielt. Im Gegenteil, es blieb weitgehend auf sich bezogen, interne Auseinandersetzungen beherrschten die mecklenburgische Politik.

Die frühmittelalterliche Wanderungsbewegung in Europa, die Völkerwanderung, führte zu einer Westbewegung germanischer Völker. Von diesen weitgehend verlassene Siedlungsräume nahm allmählich slawische Bevölkerung in Besitz, so auch – am weitesten nach Westen ausgreifend – die Gebiete zwischen der Niederelbe, der Saale und der Oder. In die nördlichen Bereiche dieses Gebietes, das spätere Mecklenburg, gelangten die politisch nur lose organisierten Völkerschaften der Abodriten und Lutizen (auch Wilzen genannt).

Abodriten und Lutizen

Etwa zur gleichen Zeit wuchs im westlichen Mitteleuropa das Fränkische Reich zu einem mächtigen Staat heran. Unter Karl dem Großen (Regierungszeit 768–814) unterwarfen die Franken den germanischen Stamm der Sachsen und gliederten deren Gebiet ihrem Reich an. Damit wurde die Elbe-Saale-Linie zu einem Abschnitt der nördlichen und östlichen Grenze des Fränkischen Reichs. Die Abodriten wie die Lutizen waren damit zu unmittelbaren Nachbarn des Fränkischen Reiches geworden. Zwischen ihnen und den Franken entwickelten sich im folgenden vielfältige Handelsbeziehungen.

Das römische Erbe, germanische Lebensformen und christlicher Glaube verbanden sich im Fränkischen Reich zu einer neuen aufstrebenden Zivilisation. Von der Idee, das Christentum über die Welt zu verbreiten, ging eine mächtige Dynamik aus. Das heidnische Land galt dabei als herrenlos; es in Besitz zu nehmen und seine Einwohner christlich-weltlicher Macht und Mission zu unterwerfen, betrachtete man als gottgefällig. Natürlich stand dahinter auch egoistisches Machtstreben.

Man darf sich die Abodriten und Lutizen allerdings nicht als unzivilisierte Barbaren vorstellen. Ihr gesellschaftliches Zusammenleben wies klare hierarchische Strukturen auf. Es gab eine Priesterschaft, Adel, freie und unfreie Bauern. Sie lebten in Dörfern und kleineren Handelsstädten, wallartig befestigte Burganlagen dienten als zentrale Orte und Schutz. Funde bezeugen eine entwickelte gewerbliche Kunst. Ihre Beziehungen

nach außen beschränkten sich auf gelegentlichen Handelsaustausch und auf Raubzüge in benachbarte Gebiete.

Deutsche Ostkolonisation

Die fränkischen und später die deutschen (ottonischen) Kaiser versuchten, die Abodriten und Wilzen unter ihre Oberhoheit zu bringen. Militärischen Vorstößen folgten die Besiedelung mit deutschen Bauern und die christliche Mission. Die deutsche Geschichte Mecklenburgs beginnt mit der deutschen Einwanderung seit 1100 und der Bildung des mecklenburgischen Volksstammes durch die Vermischung von Wenden (der deutsche Sammelname für die westslawischen Völkerschaften) und Deutschen. Im 11. Jahrhundert wurden die Missionsbistümer Ratzeburg und Mecklenburg gegründet. Der Name Mecklenburg, der auf das ganze Land der Abodriten und Wilzen übertragen wurde, bezog sich im 10. Jahrhundert zunächst nur auf eine wichtige Burg mit einer Ansiedlung wenig südlich von Wismar, vermutlich ein Hauptsitz der abodritischen Fürsten. Der Name leitet sich von „Michelenburg“ her, ist also niederdeutschen Ursprungs. Das schließlich neu gewonnene Gebiet erhielt den Status einer Mark, eines Grenzgebietes



Die älteste Stadt Mecklenburgs ist Schwerin. Sie erhielt im Jahre 1160 von Heinrich dem Löwen das Stadtrecht. Aus diesem Jahr stammt auch das Siegel der Stadt.

im Vorland des eigentlichen Reichs, das der militärischen Sicherung des Reichsgebietes diente. Die Mark unterstand einem Markgrafen, der den militärischen Oberbefehl innehatte, um die Grenzsicherung schnell und ohne Befehle aus dem Reich gewährleisten zu können.

983 vernichtete ein großer, wohl von längerer Hand vorbereiteter Slawenaufstand das Siedlungs- und Missionswerk östlich der Elbe. Letztlich erwies sich jedoch die Mischung von militärischer, ethnischer und der damit verbundenen kulturellen Durchdringung trotz dieses und anderer Rückschläge als er-

folgreich. Es war insbesondere der sächsische Herzog Heinrich der Löwe aus dem Geschlecht der Welfen, der in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts eine zielgerichtete Ostkolonisation betrieb. Unter seiner Herrschaft wurde die Grundlage für ein deutsches Mecklenburg gelegt. Einwanderer kamen in großer Zahl aus Westfalen, vom Niederrhein und den Nordseeküsten nach Mecklenburg und ließen sich dort unter vorteilhafteren Bedingungen als in ihrer bisherigen Heimat nieder. Viele Städtegründungen gehen auf die Initiative des Herzogs zurück. Er ließ in Lübeck, Ratzeburg und Schwerin und anderswo große Domkirchen bauen. Die heidnisch-wendische, lose verbundene Stammesorganisation machte seit dem 11. Jahrhundert einem christlich-niederdeutsch bestimmten Territorium des Reiches Platz. Die Versuche der dänischen Könige, nach dem Sturz Heinrich des Löwen (1180) in Mecklenburg Fuß zu fassen, scheiterten am Widerstand im Lande selbst. 1227 wurden die Dänen bei Bornhöved in Schleswig-Holstein von den norddeutschen Fürsten und den Bürgern Lübecks und Hamburgs geschlagen. Daran beteiligten sich auch die Mecklenburger.

Anders als etwa in Brandenburg wurden die überkommene abodritische Herrschaft und der einheimische Adel nicht vernichtet, sondern bildeten eine einheimische Landesherrschaft heraus. Von außen aufgezwungen, verlief diese Entwicklung keineswegs komplikationslos: Die Abodriten schwankten gegenüber der deutschen Expansion zwischen Anpassung und Widerstand. Im 12. Jahrhundert bildete sich mit den Nikloten (Stammvater Niklot, adliger abodritischer Herkunft) eine Herrscherfamilie heraus, die nahezu ohne Unterbrechung bis 1918 in Mecklenburg regierte.

Die Herrscherfamilie der Nikloten

Unglücklicherweise wurde nicht die Erbfolge des ältesten Sohnes (Primogenitur) eingeführt, vielmehr konnten alle männlichen Nachkommen Anspruch auf das Erbe erheben. Es kam immer wieder zu Erbauseinandersetzungen und Teilungen. Erst 1701 wurde die Thronfolge des Erstgeborenen festgelegt. Rechtlich waren die Nikloten zu Beginn ihrer Herrschaft Lehnnehmer des sächsischen Herzogs. Das bedeutete, daß sie dessen Oberhoheit auch für Mecklenburg anerkannten. Faktisch konnten sie jedoch ihren eigenen Vorstellungen gemäß herrschen. Zum späteren Mecklenburg des 13. Jahrhunderts gehörten die im Zuge der Ostkolonisation entstandenen kleineren weltlichen und geistlichen Herrschaften, die Grafschaften Ratzeburg, Schwerin und Dannenberg, die Bistümer Ratzeburg und Schwerin, aber auch die niklotischen Gebiete Mecklenburg, Parchim, Rostock und Werle. Diese Länder erhielten ihren Namen nach ihren jeweiligen Hauptburgen und bildeten seit 1227 aufgrund einer Teilung eine, wenn auch beschränkte, jeweils selbständige Herrschaft.

Der Herrschaft Mecklenburg gelang es im 14. und 15. Jahrhundert durch Erbgang die anderen niklotischen Herrschaften zu überflügeln, territorial mit dem Erwerb des Landes Stargard von Brandenburg nach Osten

auszugreifen. Der vielleicht bedeutsamste mecklenburgische Herrscher Albrecht II. (1329-1379) vermochte für die Herrschaft Mecklenburg zwei weitere wichtige Erfolge zu verbuchen: Zum einen erwarb er die Grafschaft Schwerin. Die Stadt Schwerin entwickelte sich darauf zu seiner Residenz und zur bedeutendsten Hauptstadt innerhalb Mecklenburgs. Ihr Name übertrug sich auf die gesamte Herrschaft und verband sich mit dem Namen Mecklenburgs zu Mecklenburg-Schwerin. Zum anderen wurde Mecklenburg aus der Abhängigkeit von Sachsen gelöst und zu einem erblichen, unmittelbaren Reichslehen erhoben. 1348 wurden zudem Albrecht II. und sein Bruder Johann zu Herzögen und damit in aller Form zu Reichsfürsten ernannt.

staatliche Organisation Mecklenburgs hielt bis 1934.

Damit waren zwar zwei selbständige, dennoch im Verwaltungsaufbau sich ähnelnde und durch ihre Landstände und verschiedene Behörden miteinander verbundene Länder entstanden. Jede der beiden Linien setzte die andere zum Erben ein. Um weitere belastende Erbstreitigkeiten zu verhindern, wurde zudem für ganz Mecklenburg und auf alle Zeiten die Erstgeburtserbfolge (Primogenitur) festgelegt.

Einflußreicher Landadel

Seit dem 15. Jahrhundert hatten die Herzöge mit dem Aufbau von zentralen Verwaltungs-



Wismar im Jahre 1590. Wismar gehörte mit Lübeck, Rostock, Stralsund, Greifswald und Anklam zum „wendischen Quartier“, dem Kern der Hanse.

Teilungen

Die Schweriner Linie, die im Laufe des 14. Jahrhunderts der bestimmende Faktor in Mecklenburg geworden war, teilte sich 1352 in eine Schweriner und eine Stargarder Linie. Diese Stargarder Linie erlosch 1471, so daß der Schweriner Herzog Heinrich IV. (1436-1477) zu diesem Zeitpunkt das gesamte mecklenburgische Territorium mit Ausnahme der beiden Bistümer unter seiner Herrschaft vereinigen konnte. Das stellte einen Zustand dar, der allerdings nicht lange andauerte, denn entsprechend den Gepflogenheiten der fürstlichen Familie hatten alle männlichen Nachkommen Anspruch auf die ererbte Landeshoheit. Nach immer neuen Erbauseinandersetzungen und Teilungen bildeten sich schließlich zwei Mecklenburgische Herzogtümer heraus, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Das erstere war mit 13 000 km² mehr als viermal so groß wie Mecklenburg-Strelitz (3000 km²). Allerdings bestand Mecklenburg-Schwerin aus zwei Teilen, die 250 km auseinanderlagen. Diese

behörden (Frühformen von Ministerien) begannen, die zumeist von ausgebildeten Juristen geleitet werden sollten. Dieser Regierung standen als wichtigste politische Kräfte zunächst der Adel, in zweiter Linie die Städte gegenüber. Sie waren in den Landständen, periodisch tagenden Versammlungen, als Ritterschaft und Landschaft organisiert und suchten dadurch den eigenen Einfluß auf die Entscheidungen im Staat so wirksam wie nur möglich zu gestalten. Der Einfluß der Städte war vor allem durch ihre wirtschaftliche Stärke begründet. Wismar, Rostock, Stralsund, Greifswald und Anklam bildeten gemeinsam mit einigen Städten Holsteins, allen voran Lübeck, den Kern der Hanse, das sogenannte „wendische Quartier“.

Im Gegensatz zu der überwiegenden Zahl der europäischen Staaten, in denen es den Fürsten gelang, Stellung und Einfluß der Landstände zurückzudrängen, vermochten es die Herzöge in Mecklenburg nicht, sich gegenüber ihren Landständen durchzusetzen. Hier entstand kein fürstlicher Absolutis-

Mecklenburg-Vorpommern

Wappen

Das Wappen vereinigt die Wappenbilder von Mecklenburg und von Pommern. Im linken Feld zeigt es einen schwarzen Stierkopf mit silbernen Hörnern auf goldenem Grund. Es ist das alte Wappenbild des mecklenburgischen Fürstenhauses, das zuerst Nikolaus II. auf einem Siegel des Jahres 1219 führte. Im rechten Feld zeigt es einen roten Greifen auf silbernem Grund, das Wappen des Herzogtums Pommern, zuerst auf einem Siegel des Herzogs Wartislaw III. (1248-1264) bekannt, das auch von der späteren Provinz Pommern geführt wurde.

Flagge: Blau-Weiß-Gelb-Weiß-Rot.



Größe: 23 838 qkm (Stand 30. 6. 1990).
Einwohnerzahl: 1,96 Mill.

Städte:

Schwerin mit seinen 130 000 Einwohnern ist die neue Landeshauptstadt. Es war auch zuvor Haupt- und Residenzstadt Mecklenburgs. Davon zeugt noch die Schloßinsel im Kern der Stadt.

Rostock ist mit 250 000 Einwohnern die größte Stadt des Landes. Die alte Hansestadt war für die DDR das „Tor zur Welt“. Rostock ist Universitätsstadt.

Stralsund (75 000 Einwohner), ebenfalls ehemalige Hansestadt, von 1648 bis 1815 unter schwedischer Herrschaft, weist eine historische Altstadt auf mit über 400 unter Denkmalschutz stehenden Objekten.

Greifswald mit seinen 65 000 Einwohnern ist seit 1456 Universitätsstadt.

Weitere wichtige Städte sind: Neubrandenburg mit 85 000 Einwohnern – das alte Handwerks- und Handelszentrum wurde im Zweiten Weltkrieg fast völlig zerstört –, die ehemalige Hansestadt Wismar (59 000 Einwohner) und die beiden früheren Residenzstädte Güstrow (39 000 Einwohner) und Neustrelitz (27 000 Einwohner).

Landesparlament

Aus den Wahlen vom 14. Oktober 1990 ging die CDU mit 38,8 Prozent der Stimmen als stärkste Partei hervor. Die SPD erreichte 27 Prozent, die FDP 5,5 Prozent, die PDS 15,7 Prozent, alle anderen Gruppierungen scheiterten an der Fünf-Prozent-Klausel. Im neuen Landtag verfügt die CDU/FDP-Koalition über 34 von 66 Mandaten. Ministerpräsident des Landes ist Alfred Gomolka (CDU).

mus. Die Landstände behielten und erweiterten vielmehr ihre einflußreiche Stellung im Staat.

Gutsherrschaft und Bauernlegen

Die agrarischen Verhältnisse begannen sich in Mecklenburg im 16. Jahrhundert zu wandeln. Die Ritterschaft setzte das Recht durch, Bauern zur Pacht überlassenes Land wieder für sich zurückzufordern („Bauernlegen“). Aus dem eigenen Gutsland und dem zurückgeforderten Pachtland entstanden große Gutsherrschaften. Durch den Verlust des ursprünglichen auf Dauer bzw. Erbpacht ausgeteilten Bodens wurde ein großer Teil der bisher freien Bauern zu Gutstagelöhnern. Die Bauern und ihre Familien wurden an die „Scholle“ (Rittergut) gebunden. Als „Erbuntertänige“ durften sie ohne Einwilligung des Gutsherren das Gut nicht verlassen und keine andere Arbeit als die ihnen zugeteilte annehmen. Die Gutsbesitzer hatten dagegen die Verpflichtung, ihren Bauern Schutz und Unterstützung zum Beispiel bei Krankheit und im Alter zu gewähren.

Im 17. Jahrhundert zählte man in Mecklenburg noch 12 000 Bauernstellen, Ende des 18. Jahrhunderts waren sie auf knapp 2000 zusammengeschmolzen. Die persönliche Freiheit der Bauern wurde im beginnenden 19. Jahrhundert zwar wiederhergestellt, das Recht zum Bauernlegen jedoch noch 1862 wieder bestätigt.

Die Herzöge waren knapp zur Hälfte am gesamten adligen Grundbesitz beteiligt. Ihr Anteil wurde als Domanium bezeichnet. Von ihnen gingen, anders als vom überwiegenden Teil der Ritterschaft, allerdings schon im 18. Jahrhundert Ansätze zu einer Agrarreform aus, die den Domänenbauern einen bescheidenen sozialen Aufstieg ermöglichte. So wurden für die Bauern im Domanium die „Hofdienste“, die unentgeltliche und an bestimmten Tagen für den Grundherren zu leistende Arbeit, abgeschafft, und sie nahmen als Kleinbauern einen bescheidenen sozialen Aufstieg. 1910 gab es im Domanium 7800 kleine Höfe, im Gebiet der Ritterschaft 120. Nichtsdestoweniger waren noch im beginnenden 20. Jahrhundert die Agrarverhältnisse in Mecklenburg so unbefriedigend, daß ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung auswanderte. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts begann eine Auswanderung aus dem ritterschaftlichen Gebiet, das ohnehin schon zu den am dünnsten besiedelten Gebieten Deutschlands gehörte. Zwischen 1871 und 1900 zogen 80 000 Menschen vom Land in die Stadt, 120 000 wanderten aus, von 1850 bis 1905 nahm die Bevölkerung Mecklenburgs um 25 000 Personen ab, während im selben Zeitraum die Bevölkerung des Deutschen Reiches einen enormen Zuwachs zu verzeichnen hatte. 1871 zählte Mecklenburg 360 000 Einwohner.

Ereignisarme Geschichte

Die lutherische Reformation fand schon in den zwanziger Jahren des 16. Jahrhunderts, von Herzog Heinrich V. (1503–1552) behutsam gefördert, in Mecklenburg Eingang. Sie wurde 1548 offiziell eingeführt. Zum geisti-

gen Zentrum des Landes entwickelte sich die Universität Rostock, die „Leuchte des Nordens“, die 1419 gestiftet worden war. Die ansonsten politisch eher ereignisarme Geschichte Mecklenburgs wurde eindrücklich durch die Wirren des Dreißigjährigen Krieges unterbrochen. Das Land erlitt besonders schwere Verluste an Menschen und Vermögen. Nachdem die Herzöge wegen ihrer schwankenden Neutralitätspolitik im Dreißigjährigen Krieg vom Kaiser zu Hochverrätern erklärt und ihnen das Reichslehen entzogen worden war, herrschte von 1628 bis 1630 Wallenstein (1583–1634) in Mecklenburg. Er organisierte eine gut geordnete, klar gegliederte Verwaltung, förderte Handel und

herigen Herzogtümer zu Großherzogtümern erhoben.

Es hat den Anschein, als ob dieses anhaltende Ringen um die Einheit des Landes so sehr alle tragenden politischen und gesellschaftlichen Kräfte, vor allem also die Herzöge und die Landstände, angespannt und erfüllt hat, daß sie Entwicklungen, die sich außerhalb ihrer engeren Grenzen vollzogen, nur wenig Aufmerksamkeit schenkten. Hier mag einer der Gründe dafür liegen, daß sich die beiden Mecklenburg verfassungsrechtlich, gesellschaftlich und gewerblich-industriell bemerkenswert wenig entwicklungsfähig zeigten. „In Mecklenburg passiert alles hundert Jahre später“, soll Bismarck gespöttelt haben.



Rostock, Gesamtansicht der Stadt.



Schwerin vom Schloß gesehen, um 1740.

Gewerbe und ließ eine umfangreiche Flotte bauen, um politische und wirtschaftliche Geltung zu erwerben. Mit dem siegreichen Eingreifen des schwedischen Königs Gustav Adolf II. (1611–1632) brach jedoch die kurze Herrschaft Wallensteins wieder zusammen.

Für ihre Wiedereinsetzung mußten die Herzöge Schweden die Stadt Wismar und umliegende Landstriche bis 1803 überlassen. Noch zweimal, im Siebenjährigen Krieg und während der napoleonischen Besetzung Deutschlands, mußte Mecklenburg Drangsal, fremde Truppen und harte Zwangsabgaben erdulden, bis nach dem Wiener Kongreß (1815) eine längere Phase friedlicher Entwicklung eintrat. Auf dem Kongreß wurden beide bis-

Landständische Verfassung

Sieht man von der kurzen Periode in der Mitte des 19. Jahrhunderts ab (1849–1850), in der Mecklenburg eine liberale Verfassung hatte, behielt das Land bis 1918 eine landständische Verfassung und damit eine quasi spätmittelalterliche Verfassungskonstruktion. Die beiden Herzogtümer waren aufgeteilt in das Domanium, den herzoglichen Besitz (4/9 des Landes), das ritterschaftliche Gebiet (ebenfalls 4/9 des Landes) und den städtischen Besitz (1/9 des Staatsgebietes). Für das Domanium gab es überhaupt keine Vertretung, der Landesherr regierte hier uneingeschränkt über die Einwohner, um 1900 immerhin fast ein Drittel der Gesamtbevöl-

kerung. Die Ritterschaft entsandte für ihr Gebiet Vertreter in den Landtag, ebenso die Städte. Diese Vertreter wurden aber nicht gewählt, vielmehr hatte der Besitzer eines Rittergutes Sitz und Stimme im Landtag. Die Städte entsandten die Bürgermeister in den Landtag. Die Ritterschaft vertrat zugleich die Bauern und die Hintersassen ihrer Ländereien, die Landschaft, wie die Vertretung der Städte genannt wurde, vertrat die Bürger der Städte. Damit entschieden kaum 1000 Mecklenburger über Gesetze und Verwaltung des Landes. Paradoxiere Weise besaßen die Mecklenburger zwar das Wahlrecht für den Reichstag in Berlin, aber – abgesehen von den wenigen Bevorrechtigten – nicht für die Repräsentationsorgane ihres eigenen Landes.



Signum der 1456 gegründeten Universität Greifswald.

Die Rittergutsbesitzer waren ursprünglich ausnahmslos Adlige. Im Laufe des 19. Jahrhunderts übernahmen immer mehr Familien bürgerlicher Herkunft Güter. Um 1840 überwogen in Mecklenburg-Schwerin schon die bürgerlichen Grundbesitzer. Der Besitz eines Rittergutes war mit einer Reihe von Vorrechten verbunden, so dem Jagd- und Patronatsrecht, zu dem auch polizeiliche Aufgaben gehörten. Dadurch waren die Gutsbesitzer Träger obrigkeitlicher Funktionen. Auch die Steuergesetze begünstigten den Gutsbesitz. Nur die Hälfte des ritterschaftlichen Landbesitzes wurde besteuert.

Mecklenburg blieb, was sich aus diesen gesellschaftlichen Verhältnissen leicht ablesen läßt, weitgehend ein Agrarland. Noch 1938 waren 37 Prozent der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Die städtisch-bürgerliche Tradition war gering ausgeprägt. Rostocks Stellung als Hansestadt, von den Herzögen immer umstritten, war lange vorbei. Schwerin und Neustrelitz, die Hauptstädte der beiden mecklenburgischen Herzogtümer, waren typische kleine Residenzen. Impulse zur Industrialisierung gingen so auch von den Städten kaum aus. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden einige Eisenbahnlinien, deren Streckenführung jedoch stärker von den Erfordernissen des überregionalen Durchgangsverkehrs (Berlin-Hamburg, Berlin-Rostock-Kopenhagen, Lübeck-Stettin) als eigentlich mecklenburgischen Bedürfnissen bestimmt wurde.

Neuordnung

Der Schweriner Großherzog Friedrich Franz IV. dankte am 14. November 1918 ab. Er hatte noch im Februar des letzten Kriegsjahres, entsprechend den Hausverträgen, die Regierung auch in Strelitz übernommen, nachdem dort Adolf Friedrich VI. Selbstmord verübt und keinen geeigneten Thronerben hinterlassen hatte.

Es ist klar, daß vor dem Hintergrund der Revolution und dem schnellen Zusammenbruch der herzoglichen Herrschaft die ständische Ordnung unverzüglich abgeschafft wurde, die Stände als rechtliche Einheit aufgelöst wurden. Die Wahlen zu den verfassungsgebenden Versammlungen erfolgten nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht. Oberstes staatliches Organ bildeten die Landtage, in deren Händen die Gesetzgebung lag und von denen die Regierungen abhängig waren. In wenigen Wochen wurden somit 400 Jahre ständisches Verfassungsleben überwunden, fand Mecklenburg den Anschluß an das System der parlamentarischen Demokratie.

Die Landtagswahlergebnisse in Schwerin führten nicht zu klaren Mehrheiten, die Regierungsbildung war daher schwierig, die Regierungen blieben kurz im Amt. Bis 1932 stellte die Linke (SPD, DDP) viermal, die Rechte (DVP, DNVP, Nationale Mecklenburger) dreimal die Regierung.

NS-Zeit und Krieg

Im Juli 1932 führte die Landtagswahl zu einer knappen absoluten Mehrheit der NSDAP. Die Nationalsozialisten bildeten noch vor dem 30. Januar 1933 in Schwerin eine Landesregierung. Durch die nationalsozialistische Gleichschaltungspolitik wurden nach der Machtübernahme im Reich in den Ländern, so auch in Mecklenburg, die Landesregierungen aufgelöst, ein Reichsstatthalter eingesetzt, die Landtage nach den Reichstagswahlergebnissen vom März 1933 zusammengesetzt und 1934 die beiden Teilstaaten vereinigt.

Hatte die Revolution von 1918 die verfassungsrechtlichen Gegebenheiten grundlegend verändert, die politischen Rechte der Ritterschaft beseitigt, so blieb diese doch durch ihren Besitz an Grund und Boden weiterhin das stärkste Element in der sozialen Hierarchie. Einige Gesetze, vom Landtag in den zwanziger Jahren verabschiedet, zielten allerdings darauf hin, wenigstens die ökonomische Stellung der Bauern gegenüber der Ritterschaft zu verbessern.

1945 erlebte Mecklenburg noch die Schrecken des Krieges. So wurde in den Kämpfen der letzten Tage die Innenstadt von Neubrandenburg zerstört. Sowjetische Truppen besetzten den größten Teil des Landes. Die Briten und Amerikaner waren bis zum 8. Mai 1945 bis Schwerin vorgestoßen, räumten das Gebiet aber im Juli 1945. Mecklenburg und Vorpommern wurden Teil der sowjetischen Besatzungszone. In Mecklenburg wurde eine Landesverwaltung eingerichtet. Am 20. Ok-

tober 1946 gab es eine Landtagswahl, am 16. Januar 1947 trat die neue vom Landtag beschlossene Verfassung in Kraft. In der 1949 gegründeten DDR hatte das Land Mecklenburg jedoch nur bis 1952 Bestand. Am 23. Juli 1952 wurde es in die Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg aufgeteilt. Das Land Mecklenburg wurde zusammen mit Vorpommern 1990 wiederhergestellt.

VORPOMMERN

Vorpommern, der westlich der Oder gelegene, kleinere Teil Pommerns (ohne die Hauptstadt Stettin) hat keine eigene Geschichte. Sein Schicksal spiegelt weitgehend die Entwicklung des ganzen Pommern als eines Teils Preußens wider. Pommern wurde, vergleichbar mit Mecklenburg, im Laufe des 7. Jahrhunderts von westslawischer Bevölkerung besiedelt. Seine längsgestreckte Lage an der Ostseeküste kommt in seinem Namen, abgeleitet von *po morze* = am Meer zum Ausdruck. Es gelang einer einheimischen Dynastie, den Greifen, trotz anhaltender interner Auseinandersetzungen und weitgehenden ausländischen Einflusses (im hohen Mittelalter mußte zunächst Polen und dann Dänemark die Lehnshoheit eingeräumt werden), die staatliche Einheit zu wahren.

Schließlich geriet Pommern jedoch unter deutschen Einfluß, Christianisierung und Siedlungen wandelten sein Gesicht grundlegend. Nachdem schon im 12. Jahrhundert Herzog Bogislaw I. durch Kaiser Friedrich I. Barbarossa als rechtmäßiger Herrscher anerkannt worden war, erlangte das Land 1348, ein Jahr nach Mecklenburg, die Reichsunmittelbarkeit, die ihm allerdings sein südlicher Nachbar, Brandenburg, streitig machte. 1529 kam es schließlich zum Ausgleich zwischen den beiden Ländern. Brandenburg erkannte die pommersche Reichsunmittelbarkeit an und gewann dafür dort das Erbfolgerecht. Dieser Fall trat 1637 ein, als Bogislaw XIV. (1580–1637) starb und mit ihm die bisher herrschende Greifendynastie erlosch. Es dauerte allerdings fast ein Jahrhundert, bis es den Hohenzollern gelang, wenigstens den größeren Teil ihres Erbes (Hinterpommern, Odermündung, südliches Vorpommern) von den Schweden, die seit der Landung Gustav Adolfs (1630) in Deutschland insbesondere die Odermündung und Vorpommern als ihre Bastion an der südlichen Ostsee auszubauen suchten, zu erhalten. Erst nach Ende der napoleonischen Kriege kam Preußen 1815 in den Besitz des restlichen – nördlichen – Vorpommern, zu dem auch die Insel Rügen gehört.

Pommern bildete bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs eine Verwaltungseinheit im preussischen Staat. Es gehörte, nachdem es 1534 den lutherischen Glauben eingeführt hatte, in den Kreis der deutschen Länder, die einen nord- bzw. nordostdeutschen Kultur- und Lebenszuschnitt repräsentierten, woran wiederum seine Landesuniversität im vorpommerschen Greifswald entscheidenden Anteil hatte. Seine staatlich-administrative Eigenständigkeit wurde auch nach der Vereinigung mit der ehemaligen DDR nicht wiederhergestellt.

Johannes Leithäuser

Zur Kulturgeschichte

Im flachen Land vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns wirken von ferne die Silhouetten fast aller Städte unverfehrt. Die Ansichten von Wismar, Rostock, Stralsund oder Greifswald werden auch heute noch von den mächtigen gotischen Backsteinkirchen bestimmt, die im späten Mittelalter als Zeichen bürgerlichen Wohlstands entstanden. Gleichzeitig haben sich in den Hafenstädten an der Ostsee Traditionen erhalten, die nun im wiederbegründeten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern unvermittelt belebt geworden sind. Nach den Kommunalwahlen im vergangenen Mai taufen die Handelsstädte entlang der Küste sogleich ihre Regierungen und Parlamente um: Die Stadtverordnetenversammlungen nennen sich inzwischen Bürgerschaft, die Magistrate heißen Senat – so, wie es in Hamburg, Bremen und Lübeck auch üblich ist.

Reiche Hansestädte

Die Stadt Lübeck, der „Hauptort“ des am Ende des 13. Jahrhunderts gegründeten Kaufmannsbundes der Hanse, ist den Küstenstädten Mecklenburg-Vorpommerns in manchem Vorbild gewesen, besonders in der Architektur. Während des Mittelalters erwarben die Kaufleute dank der Mitgliedschaft in der Hanse und den daraus resultierenden Handelsverbindungen einen Reichtum, der ihnen die Finanzierung repräsentativer Bauten ermöglichte und zu anderen Vorhaben Anlaß gab: die Rostocker Universität wurde 1419 gegründet – sie ist die älteste in Nordeuropa. Greifswald folgte mit seiner Universität 1456, nur wenige Jahrzehnte später.

Ähnlichkeiten zu Lübeck sind im Stadtbild Stralsunds, Rostocks oder Wismars unübersehbar. So entstand als Konkurrenzbau zur Lübecker Marienkirche in Stralsund beispielsweise von 1270 an die Pfarrkirche St. Nikolai, eine mächtige dreischiffige Basilika, die als eines der schönsten Bauwerke der Hochgotik im gesamten Ostseeraum gilt. Der Rat und die bürgerliche Oberschicht, die Patrizier, wohnten dort dem Gottesdienst bei. Direkt vor der Kirche am Alten Markt Stralsunds steht das Rathaus, ein weiteres herausragendes Beispiel mittelalterlicher Backsteingotik. Die von sieben Türmchen gekrönte Schauffassade zum Marktplatz hin ist um 1450 errichtet worden, als Macht und Bedeutung der Stadt ihren Höhepunkt erreicht hatten.

Backsteingotik

Besonderheiten der Backsteingotik resultieren aus der Verwendung von rotgebrannten oder dunkel glasierten Ziegeln als Baumaterial. Natursteine konnten im Norden nirgendwo gebrochen werden, so griffen die städtischen Baumeister und die Meister der Dombauhütten auf Backsteine zurück. Da der Baustoff nicht wie Sand- oder Kalkstein von Steinmetzen für seine spätere Form behauen werden mußte, sondern sich aus Lehm vor dem Brennen beliebig formen ließ, entwickelten sich bald spezifische Stilformen

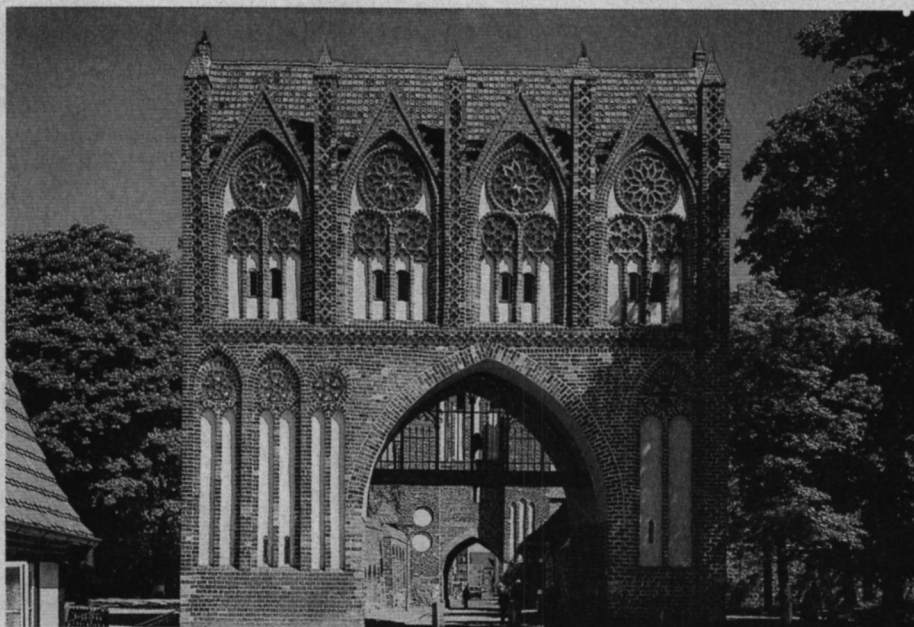
und Ornamente. Typisch wurden etwa die schmalen, durch Pfeiler gegliederten Backsteingiebel der Bürgerhäuser reicher Kaufleute, von denen in Stralsund eine größere Zahl erhalten geblieben sind.

Viele bedeutende Bauwerke des Mittelalters haben in den Hansestädten entlang der Küste die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges überdauert, der den meisten Städten das endgültige Ende ihrer Blüte bescherte. Die Bauten überstanden mehr oder weniger auch die Bombardements des Zweiten Weltkriegs

erhalten geblieben. Es ist eine dreischiffige Basilika, die als Meisterwerk der Hochgotik gilt und auch ihrer Innenausstattung wegen gerühmt wird. Das Doberaner Münster diente den mecklenburgischen Fürsten über viele Jahrhunderte hin als Grablege.

Seebäder

Die Kleinstadt Doberan verdankt ihre Bekanntheit noch einem weiteren Umstand. Herzog Friedrich Franz I. gründete im Jahre 1793 im unweit gelegenen Küstenort Heiligendamm das erste Seebad in Deutschland und ließ in Doberan die dazu notwendigen Logier- und Gesellschaftsbauten für Badegäste errichten, nebst einem Sommerschloßchen für die herzogliche Familie. Diesem



Das Stargarder Tor in Neubrandenburg, aus dem 14./15. Jahrhundert, eines der vier Tore in der fast gänzlich erhaltenen 2300 Meter langen und 7,50 Meter hohen Ringmauer.

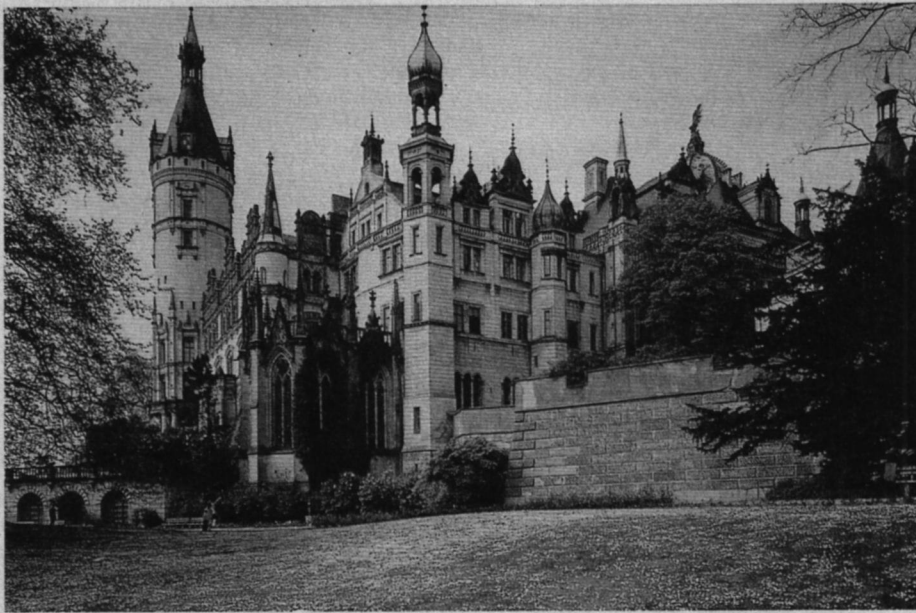
ges – die vierzigjährige Dauer der DDR jedoch brachte für manche das Ende. Ein Beispiel ist die Marienkirche in Wismar: Sie wurde im Krieg von Bomben getroffen, verfiel dann zusehends und stürzte 1960 schließlich ein. Die Reste wurden anschließend gesprengt, nur der Turm ist übriggeblieben. St. Georgen, die zweite der drei monumentalen gotischen Wismarer Pfarrkirchen, ist als Ruine noch erhalten, aber akut einsturzgefährdet. Ein privater Verein bemüht sich inzwischen um Spenden zu ihrer Rettung.

Außerhalb der Städte finden sich in Mecklenburg-Vorpommern noch an zwei weiteren Stellen bedeutende Zeugnisse der Backsteingotik. Wenige Kilometer von Greifswald entfernt liegt die Ruine des Zisterzienserklosters Eldena. Von der mächtigen Klosterkirche stehen noch Teile des Chores und des Querhauses, die dem Greifswalder Maler Caspar David Friedrich in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts mehrfach als Motiv für Zeichnungen und Bilder dienten. Die Zisterzienser hatten an der Missionierung der slawischen Stämme im Norden entscheidenden Anteil. Eine zweite Klosterkirche dieses Ordens ist in Bad Doberan vollständig

Vorbild des Herzogs folgte in Vorpommern wenige Jahre später auf der Insel Rügen Fürst Malte von Putbus, der dort die Anlage einer Residenz mit der Einrichtung eines Badeortes verband. In Putbus ist die Ursprünglichkeit einer klassizistischen Stadtanlage bis heute erhalten geblieben. Weiße Wohn- und Gästehäuser, auch ein kleines Theater säumen eine Seite der Hauptallee, die am Schloßpark entlangläuft. Sie mündet auf einen großen ovalen Platz, den Circus, der von Gebäuden im Stil des späten Klassizismus ringsum begrenzt wird.

Als Seebad ist Putbus kein dauerhafter Erfolg beschieden gewesen, da es, wie Doberan, einige Kilometer vom Meer entfernt liegt. Auf Rügen nahmen statt dessen bald die Orte an der Ostküste, Binz, Sellin und Göhren, einen deutlichen Aufschwung. Ihr idyllischer Charakter wurde um die Jahrhundertwende geprägt und ist bisher ebenfalls weitgehend noch unverfehrt. Das Bild bestimmen Pensionen und Logierhäuser aus der Gründerzeit, die mit weißen Holzveranden zur Straßenfront hin ausgestattet sind.

Einen Teil seiner Bekanntheit als Sommerfrische kann Rügen dem schon erwähnten Cas-



Das Schweriner Schloß. Es erhielt sein heutiges Aussehen durch den Umbau 1843–1857 nach dem Vorbild des Loireschlusses Chambord.

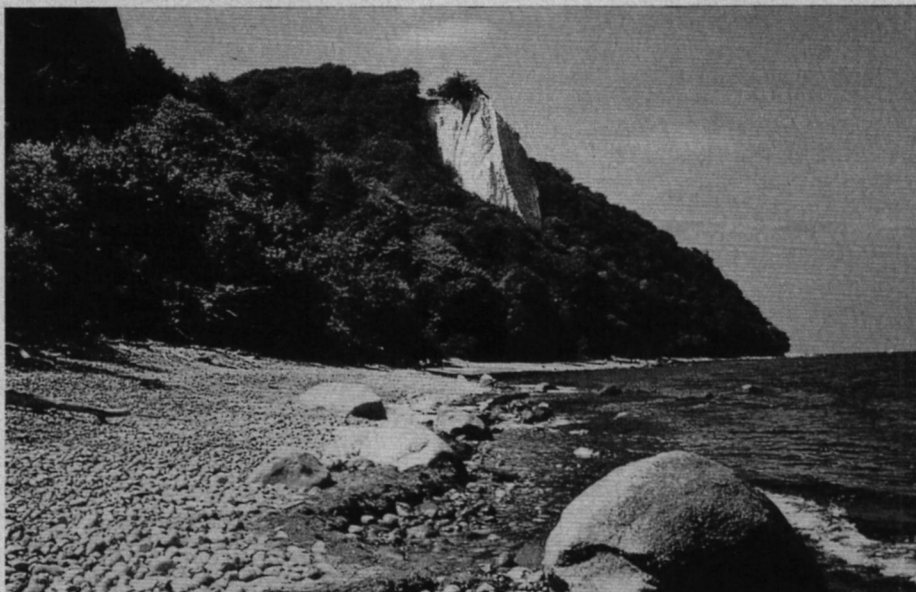
par David Friedrich zuschreiben, der die Insel häufig bereiste und die Kreidefelsen des Königsstuhles an der Nordspitze in einem seiner Bilder wiedergab. Viele der Künstler, die Vorpommern und Mecklenburger zu den Ihren zählen, kamen als Gäste und Urlauber. Der Schriftsteller und Dramatiker Gerhart Hauptmann zählte dazu, der auf Rügens Nachbarinsel Hiddensee seine letzten Jahre verbrachte und dort begraben liegt. Der Bildhauer und Dichter Ernst Barlach richtete sein letztes Atelier am Inselfee bei Güstrow ein.

Fritz Reuter

Am meisten halten die Mecklenburger aber einen Einheimischen in Ehren: Fritz Reuter, 1810 in dem kleinen Landstädtchen Stavenhagen geboren, pflegte in seinen Erzählungen und Gedichten die Sprache seiner Hei-

mat, was ihm den Ehrennamen eines „platt-deutschen Dickens“ einbrachte und das Verdienst, immer dann aus seinen Werken als Zeuge zitiert zu werden, wenn der besondere Charakter der schwerblütig-schlitzohrigen Mecklenburger nachgewiesen werden soll. Die Erzählungen Reuters geben gleichzeitig erschöpfende Auskunft über die rückständigen sozialen Verhältnisse im Mecklenburg des 19. Jahrhunderts, die auf dem Lande vor allem von einer fortbestehenden patriarchalischen Gutsherrschaft bestimmt waren. Einige Jahrzehnte zuvor hatte im benachbarten Vorpommern der Schriftsteller und Historiker Ernst Moritz Arndt bereits mit seinen Streitschriften zur Beseitigung der bauerlichen Leibeigenschaft beigetragen. Arndt, Sohn eines Gutspächters auf Rügen, war von 1805 an einige Jahre Professor an der Greifswalder Universität, die heute seinen Namen trägt.

Der 117 Meter hohe Königsstuhl ist der markanteste Kreidefelsen der Steilküste von Stubbenkammer auf Rügen.



Die karge Lebensweise der Landbevölkerung in vergangenen Zeiten dokumentiert ein Freilichtmuseum in Mueß unweit Schwerins, wo beispielhaft reetdachgedeckte Bauernhäuser aus dem 17. und 18. Jahrhundert zusammengestellt worden sind, die in Mecklenburg auch anderenorts in den verstreuten Dörfern entlang der Landstraßen mitunter die DDR-Zeiten überdauert haben, obwohl sie in der genossenschaftlichen Landwirtschaft der letzten 40 Jahre ihre Funktion verloren. Das Spektrum bäuerlicher Architektur reicht von den großen Hallenhäusern freier Bauern, die auch in Niedersachsen zu finden sind, bis hin zu kleinen „Büdnereien“, in denen einst Tagelöhner hausten.

Schlösser

Den herausragenden Gegensatz zu ländlicher Wohnkultur symbolisiert die vom Mueßer Freilichtmuseum nur wenige Kilometer entfernte Residenz der Großherzöge von Mecklenburg-Schwerin. Die Schweriner Innenstadt erhielt ihr heutiges Aussehen in der Mitte des letzten Jahrhunderts unter maßgeblicher Beteiligung des Hofbaumeisters Demmler. Das Schloß selber wurde im Stil des Historismus auf einer Insel des Schweriner Sees unter Einbeziehung von Vorgängerbauten errichtet; die Schaufont zur Stadt erinnert an Fassaden der französischen Loireschlösser. An dem pompösen, sechsflügeligen Bau wirkte neben Demmler unter anderen auch der bedeutende Architekt Gottfried Semper mit.

Weitere, auch architektonisch bedeutendere Schloßbauten Mecklenburgs sind in früheren Jahrhunderten infolge von Erbteilungen des herzoglichen Hauses errichtet worden. Nach einer Spaltung im 16. Jahrhundert wurde auch die Stadt Güstrow für einige Jahrzehnte Residenz, wovon ein in Teilen erhaltenes monumentales Renaissanceschloß noch Zeugnis gibt, das italienische und französische Einflüsse der Stilepoche vereint und als durchaus beispielhaft für die Architektur jener Zeit gilt. In Ludwigslust, südlich Schwerins, entstand zu Beginn des 18. Jahrhunderts zunächst ein Jagdschloß; später verlegte der Schweriner Herzog Ludwig seine Residenz dorthin. Es wurde ein neuer Schloßbau errichtet, der barocke und klassizistische Stilelemente verbindet und heute von einem Landschaftspark umgeben ist, den im 19. Jahrhundert der damals bedeutendste deutsche Gartenarchitekt Joseph Lenné entwarf. Auch die Stadt Ludwigslust entstand, ähnlich wie Putbus, aber in größeren Dimensionen, nach vorgezeichneten Plänen. Entlang der Sichtachse vom Schloß zur Residenzkirche zeigen die unverputzten Backsteinhäuser Merkmale des Barocks, spätere Stadtachsen entstanden im Stil des Klassizismus.

Die Kulturgeschichte Mecklenburg-Vorpommerns ist geprägt von dem frühen Kaufmannsbürgertum in den Hansestädten, dem herzoglichen Herrscherhaus mit dem ihm verbundenen grundbesitzenden Adel und der bäuerlichen Landbevölkerung. Das Zeitalter der Industrialisierung und Technik hat im Norden nur verhältnismäßig wenige Spuren hinterlassen, von den Schiffbau- und Hafenbetrieben an der Küste einmal abgesehen.

Brandenburg

Wilfried Forstmann

Geschichtlicher Abriß

Die Geschichte des Landes Brandenburg weist zu Beginn eine bemerkenswerte Ähnlichkeit zur Geschichte Mecklenburgs auf. Hier wie dort führte der Gegensatz zwischen einer frühmittelalterlichen, christlich bestimmten staatlichen Ordnung, wie sie das fränkische Reich darstellte, und den heidnischen westslawischen Völkern an der mittleren Elbe immer wieder zu Zusammenstößen. Die karolingische, später sächsische Politik des 9. und 10. Jahrhunderts zielte darauf ab, den eigenen Machtbereich auf die Gebiete östlich der Elbe auszudehnen und die dort siedelnden Heveller und Spreevanen zu unterwerfen.

Ein besonderes Datum stellt in diesem Zusammenhang das Jahr 928 dar, in dem die später Brandenburg genannte Festung der Heveller, deren Name auf das Land Brandenburg übergang, erobert wurde. In den folgenden Jahren schob Markgraf Gero die Grenzen seiner Mark bis zur Oder vor. Die Bistümer Brandenburg und Havelberg wurden gegründet und dem Erzbistum Magdeburg unterstellt, dessen Aufgabe die Christianisierung der slawischen Völkerschaften zwischen Elbe und Oder war.

Dieser erste Ansatz einer deutschen Durchdringung des Gebietes östlich der mittleren Elbe, dabei zunächst vornehmlich entlang der Havel, wurde durch den großen Slawenaufstand von 983 vorerst zunichte gemacht. Unter dem Einfluß des Kreuzzugsgedankens wurde im 12. Jahrhundert auch im Bereich der mittleren Elbe die jäh abgebrochene Expansion nach Osten schließlich wiederaufgenommen. Im kaiserlichen Auftrag übernahm zunächst Albrecht der Bär (aus dem Geschlecht der Grafen von Anhalt, nach ihrer Hauptburg Aschersleben latinisierend Askanier genannt, 1100–1170) die Führung. Seine Ausgangsbasis war dabei der linkselbische Teil der ehemaligen Geromark, das Gebiet um Stendal, später als Altmark bezeichnet. Er vermochte, teils durch militärisches Vorgehen, teils durch Verhandlungen und Erbabsprachen, im Gebiet der Heveller Fuß zu fassen und schließlich am 11. Juni 1157 die Burg Brandenburg wieder einzunehmen. Dieser Tag wird als der Geburtstag der „Mark“ Brandenburg angesehen. Albrecht, der sich bislang nur als Markgraf bezeichnet hatte, und sein Sohn Otto nahmen jetzt den Titel „Markgraf von Brandenburg“ an.

Herrschaft der Askanier

Die fast zwei Jahrhunderte dauernde Herrschaft der Askanier veränderte durch ihre Siedlungspolitik, durch Städtegründungen und christliche Missionierung das Bild des Landes. Bauern, Handwerker und Kaufleute aus den Gebieten am Rhein, aus Flandern, Westfalen, Friesland und Franken wurden

gerufen. Die Juden erhielten gegen ein Schutzgeld unter den Askanieren mehr Rechte als sonst im Reich. Klöster und Städte wurden gegründet, nicht weniger als 2500 Dörfer entstanden während der askanischen Regierungszeit. Der Zisterzienserorden leistete Pionierarbeit bei der Kultivierung des Landes, indem er Musterwirtschaften ein-

trugen. Amtsträgern, die wenig Autorität und Macht besaßen – entwickelte sich ein verheerendes Raubrittertum, suchten die benachbarten Länder aus dem märkischen Territorium Stücke für sich herauszuschneiden oder angebliche Lehnansprüche durchzusetzen.

Die Hohenzollern

Seit dem 13. Jahrhundert gehörten die Markgrafen von Brandenburg zu den sieben Kurfürsten, den Wählern des deutschen Königs. Durch die „Goldene Bulle“ von 1356, das Reichsgrundgesetz, wurde diese Kurwürde auch staatsrechtlich geregelt. Die Entscheidung hatte zwar eine herausragende Bedeutung für die Stellung Brandenburgs im Reich,



Belehnung des Burggrafen von Nürnberg, Friedrich von Hohenzollern, mit der Mark Brandenburg und der damit verbundenen Kurwürde.

richtete. Die Ruinen der Klöster Zinna (1170), Lehnin (1180) und Chorin (1258) sind charakteristische Zeugen dieser Kolonialisierungsepoche.

Die Nachfolger Albrechts des Bären vermochten die Mark beträchtlich zu vergrößern. Zu Beginn des 14. Jahrhunderts reichte sie in östlicher Richtung mit der Neumark über die Oder und Warthe hinaus, im Norden bis in die Nähe von Stettin und im Süden bis weit in die Lausitz hinein. In der brandenburgischen Geschichte wechselten Phasen von Stabilität und Blüte schroff mit geradezu existenzbedrohenden Krisen. In eine solche Phase stürzte sie, nachdem die Askanier 1319/20 ausgestorben waren und ihnen zunächst die Wittelsbacher, dann die Luxemburger folgten. Beide Dynastien, deren Ziel die Königs- bzw. Kaiserwürde im Reich war, sahen die Mark als einen fernen Besitz an, der allenfalls im Rahmen ihrer Hausmachtspolitik eine gewisse Bedeutung besitzen mochte. Ohne eine starke zentrale Gewalt im Lande selbst – Wittelsbacher und Luxemburger begnügten sich weitgehend mit beauf-

aber keine Auswirkungen auf die inneren Zustände des Landes. Diese stabilisierten sich erst, als Kaiser Sigismund auf dem Konzil von Konstanz (1417) den Nürnberger Burggrafen aus dem Hause Hohenzollern, Friedrich I., mit der Mark belehnte. Über 500 Jahre waren die Hohenzollern von da an durch zwanzig Generationen hindurch Kurfürsten von Brandenburg, seit 1701 Könige in, später von Preußen, und seit 1871 Deutsche Kaiser.

Friedrich und seine hohenzollernschen Nachfahren sahen das Land Brandenburg als Basis an, von der aus sie ihren Herrschaftsbereich erweitern und eine größere Rolle in der Reichspolitik spielen konnten. Der brandenburgische Zweig der schwäbischen Hohenzollern verschmolz mit seiner Umgebung, ja wurde selbst zum Träger märkischer Identität. Die Kurfürsten nahmen erfolgreich den Kampf mit den inneren und äußeren Feinden Brandenburgs auf, überzogen es mit einem engmaschigen bürokratischen Verwaltungnetz und drängten den ständischen und städtischen Einfluß im Lande zurück. Es gelang

ihnen auch, die territorialen Verluste weitgehend rückgängig zu machen. Anders als in Mecklenburg vermochten sie auch, die Aufteilung des Landes zu vermeiden. Kurfürst Albrecht Achilles verfügte 1473 die Primogenitur, die Erbfolge des Erstgeborenen, und sicherte damit die Unteilbarkeit Brandenburgs.

Kurfürst Joachim I. gründete 1506 eine Universität in Frankfurt an der Oder. Durch den Erlass einer neuen Städteordnung verstärkte er die Zentralgewalt und beschnitt die Sonderrechte der Stände und die Selbstverwaltung der Städte zugunsten seines persönlichen Regiments. Er scheute auch nicht den Ärger mit den fehdelustigen Landadligen, die glaubten, sich seinen Herrschaftsansprü-

niederrheinische Herzogtum Kleve mit Mark und Ravensberg und das ehemalige Gebiet des Deutschen Ordens östlich der Weichsel, das als Herzogtum Preußen (später Ostpreußen genannt) seit 1460 unter Lehnshoheit des Königs von Polen stand.

Seit dem Regierungsantritt Friedrichs I. im Jahre 1415 hatte Brandenburg sein Territorium stetig erweitert. Bis zum Regierungsantritt Johann Sigismunds (1608) war das Gebiet von 23 285 Quadratkilometern auf 39 413 Quadratkilometer gewachsen. Unter Sigismund hatte es sich mehr als verdoppelt. Doch war das Gebiet räumlich weit verstreut und konfessionell gespalten. Quer durch Norddeutschland erstreckte sich das Land Brandenburg. Im Osten gehörten dazu Ge-



Der Große Kurfürst empfängt nach dem Edikt von Potsdam 1685 die Abgesandten der von Brandenburg aufgenommenen hugenottischen Flüchtlinge.

chen leicht widersetzen zu können. So sollen diese die folgende Warnung an seine Schlafzimmertür geschrieben haben „Jochimke, Jochimke, hüte dy, fange wi dy, so hange wi dy.“ Dem Kurfürsten gelang es, den Widerstand der Adligen zu brechen. Statt sich der Fehde zu ergeben, widmeten sich die märkischen Junker von nun an der Landwirtschaft. Der Kurfürst war ein entschiedener Gegner Luthers, er sprach von ihm als dem „Satan von Wittenberg“. Unter seinem Sohn Joachim II. öffnete sich die Mark Brandenburg der Reformation.

Im Gegensatz zu den anderen protestantischen deutschen Ländern beteiligte sich Brandenburg nur sehr zurückhaltend an den verschiedenen konfessionell bestimmten Auseinandersetzungen des 16. und 17. Jahrhunderts, die schließlich in den Dreißigjährigen Krieg mündeten. Die Mark Brandenburg gehörte dennoch zu den besonders stark durch den Krieg verwüsteten Gebieten. Sie erlitt einen enormen Bevölkerungsverlust.

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts erwarb Kurfürst Johann Sigismund durch Erbschaft das

bierte am Kurischen Haff und an der Memel, das spätere Ostpreußen, im Westen am Rhein. Dazwischen lagen mit Polen und Hannover fremde Herrschaftsgebiete. Lediglich die Mark Brandenburg bildete, wenn auch nicht in idealen Grenzen, ein geschlossenes Gebiet.

Der Große Kurfürst

Brandenburg gehörte am Ende des Dreißigjährigen Krieges zu den am stärksten verwüsteten Gebieten Deutschlands. Friedrich Wilhelm, später der Große Kurfürst genannt, übernahm 1640 die Regierung. Er begann sofort eine aktive Außenpolitik, beteiligte sich an verschiedenen europäischen Bündnissen, wechselte diese jedoch, wenn er darin einen Vorteil für Brandenburg sah. Im Westfälischen Frieden von 1648 erwarb er Hinterpommern, 1660 konnte er die polnische Lehnsherrschaft über das Herzogtum Preußen abschütteln. 1679 vermochte er durch einen tollkühnen Vorstoß über das zugefrorene Kurische Haff den schwedischen Einfluß im nördlichen Mitteleuropa

Brandenburg

Wappen

Der rote Adler auf silbernem Grund ist das seit 1156 überlieferte Wappentier der askanischen Markgrafen von Brandenburg, das von den Hohenzollern übernommen wurde.

Flagge: Rot-Weiß.



Größe: 29 059 qkm (Stand 30. 6. 1990).
Einwohnerzahl: 2,64 Mill.

Städte:

Potsdam, die Landeshauptstadt, hat rund 141 000 Einwohner, war seit dem 17. Jh. Residenzstadt, Friedrich der Große ließ hier in einem weiträumigen Park das Schloß Sanssouci erbauen. Im Schloß Cecilienhof schlossen die Alliierten 1945 das Potsdamer Abkommen.

Cottbus mit 129 000 Einwohnern ist das Zentrum des Braunkohleabbaus. Handwerker- und Kaufmannshäuser aus dem 17. bis 19. Jahrhundert zeugen vor allem von der damaligen Stellung der Tuchmacherei und der Textilindustrie.

Brandenburg mit 93 000 Einwohnern war im Mittelalter Handelsplatz und Ackerbürgerstadt. Heute steht hier ein Stahl- und Walzwerk.

Frankfurt/Oder (87 000 Einwohner), war Hansestadt und Zentrum der Buchdruckerkunst. Die Universitätsstadt liegt an der Grenze zu Polen.

Weitere wichtige Städte sind: *Hoyerswerda* (70 000 Einwohner), Wohnort für viele Beschäftigte des nahegelegenen Braunkohlereviere; *Rathenow* (32 000 Einwohner), Zentrum der optischen Industrie, und *Neuruppin* (27 000 Einwohner), Geburtsort Theodor Fontanes.

Landesparlament

Die Regierung unter Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) wird von einer Koalition aus SPD, FDP und Bündnis '90 gebildet. Die Landtagswahlen vom 14. Oktober 1990 hatten folgendes Resultat: SPD 38,3 Prozent, CDU 29,4 Prozent, FDP 6,6 Prozent, PDS 13,4 Prozent, Bündnis '90 6,4 Prozent.

weitgehend zurückzudrängen und den Grundstein für die machtpolitische Stellung der späteren preußischen Großmacht zu legen. Im Innern nahm er die unter Joachim I. begonnene frühabsolutistische Politik wieder auf, beschränkte Macht und Rechte der regionalen Gewalten (insbesondere des Adels und der Städte) nahezu vollständig. Der Adel schickte sich in Brandenburg in diese Entwicklung, da ihm der Große Kurfürst Steuerfreiheit und gutsherrliche Rechte gegenüber den Bauern garantierte. Wie in Mecklenburg entstand auch dadurch ein vom Adel abhängiges Bauerntum, dessen Stellung sich erst langsam durch die Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts wieder verbesserte. Die Aufgaben des preußischen Adels bestanden von nun an darin, im Offizierskorps oder auf hohen Beamtenstellen dem Lande zu dienen. Der Große Kurfürst betrieb zudem eine aktive Einwanderungspolitik, um den Bevölkerungsrückgang, der durch den Dreißigjährigen Krieg entstanden war, zu beheben. Er holte Siedler aus den Niederlanden ins Land, nahm 18 000 aus Salzburg vertriebene Lutheraner auf, ebenso aus Wien vertriebene Juden, schließlich gab er 20 000 aus Frankreich vertriebenen Hugenotten eine neue Heimat (Edikt von Potsdam 1685). Um 1700 machten die Hugenotten ein Drittel der Einwohnerschaft Berlins aus. Die Einwanderer brachten neue Gewerbe mit, die ersten Manufakturen entstanden. Nicht zuletzt befruchteten sie das geistige und kulturelle Leben.

Brandenburg geht in Preußen auf

Zweifellos haben die achtundvierzig Jahre, die der Große Kurfürst regierte, Brandenburg entscheidend geprägt. Aber das politische Gewicht und der territoriale Zuwachs, den er den hohenzollerischen Landen verschaffte, wies bereits über die engen Grenzen Brandenburgs hinaus. Der rote brandenburgische Adler trat hinter den schwarzen Adler Preußens zurück, Brandenburg blieb nur noch eine Provinz. Seine Geschichte ist nunmehr eingebettet in die Geschichte Preußens.

Der Nachfolger des Großen Kurfürsten, Kurfürst Friedrich III., begründete das preußische Königtum. Er setzte sich 1701 in Königsberg, der Hauptstadt des nicht zum Reich gehörenden Preußen, die Königskrone auf und nannte sich Friedrich I., König in Preußen. Der Enkel des Großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelm I., der sogenannte Soldatenkönig (1713–1740), setzte die Folge energischer hohenzollerischer Herrscher fort. Er zeichnete sich durch Pflichtbewußtsein, Fleiß und strengste Sparsamkeit aus und schuf ein diszipliniertes Heer, das er mit barbarischer Härte drillte. Außenpolitisch blieb er friedfertig und zurückhaltend, innenpolitisch vollzog er eine grundlegende Verwaltungsreform, indem er eine Oberbehörde für die gesamte innere Verwaltung, das Generaldirektorium, errichtete.

Die friedliche Periode endete mit dem Regierungsantritt Friedrichs II., der später der Große genannt wurde (1740–1786). Sein Anspruch auf das österreichische Schlesien sollte Preußen in drei schwere Kriege verwickeln. Im Siebenjährigen Krieg (1756–1763), dem längsten und schwersten der drei Kriege

um Schlesien, die der König führte, drangen österreichische und russische Truppen in die Mark ein und besetzten Berlin. Zwölf Kriegsjahre bürdeten dem Land schwere Lasten auf.

Dieser Phase kriegesischer Auseinandersetzungen folgte nach 1763 ein erneuter Aus- und Aufbau des Landes. Handel und Gewerbe wurden gefördert, neue Siedlungen geschaffen. Beispielhaft für die Aktivitäten des Königs ist die Urbarmachung des Oderbruchs, eines Sumpfgebietes westlich der Oder, das von niederländischen Deichbauern entwässert und in fruchtbares Ackerland verwandelt wurde.



Friedrich der Große ließ die aus Amerika stammende Kartoffel in Preußen anbauen, gegen den Willen seiner Untertanen, die an der unansehnlichen Frucht keinen Gefallen fanden.

Geistiges und kulturelles Leben

Das geistige Leben der Zeit, vornehmlich die Auseinandersetzungen um die Philosophie der Aufklärung, der Friedrich der Große nahe stand, konzentrierte sich in Berlin, in den vornehmen Salons und zahlreichen Diskussionszirkeln.

Die kulturelle und künstlerische Leistung der friederizianischen Epoche erschließt sich aus Zeugnissen der bildenden Kunst. Wenn gleich diese nicht den Baudenkmälern in Süddeutschland und Italien vergleichbar sind, besitzt Brandenburg aus der Zeit des 18. und 19. Jahrhunderts eine Anzahl bedeutsamer Schlösser und Gartenanlagen.

Besonders hervorzuheben ist das von Friedrich erbaute Schloß Sanssouci bei Potsdam, in dessen Umgebung von seinen Nachfolgern eine Reihe weiterer Schloß- und Landhausbauten errichtet wurden. Eingebunden in die waldige und hügelige Flußlandschaft der Havel, erweckt dieses Ensemble von Baukunst und Natur eine heitere Stimmung, die im Gegensatz zur Vorstellung von brandenburgisch-preußischer Kargheit als Lebensprinzip steht.

Neuordnung

Die Mark blieb auch nach der vernichtenden Niederlage von Jena und Auerstedt (1806) Kernland eines durch den Frieden von Tilsit (1807) wesentlich verkleinerten Preußens. Brandenburg trug 1814/15 einen Teil der schweren Last, den die Befreiungskriege mit sich brachten. Bei der Neuordnung der preußischen Verwaltungsgliederung nach dem Wiener Kongreß (1815) wurde unter Einbeziehung der von Sachsen abgetretenen Niederlausitz die Provinz Brandenburg neu geschaffen. Die Altmark, der historische Ausgangspunkt der Landnahme, die die Mark Brandenburg hervorgebracht hatte, wurde

zur ebenfalls neu gebildeten preußischen Provinz Sachsen geschlagen.

Berlin wuchs aus seiner bisherigen Funktion einer mittleren Residenz- und Gewerbestadt zu einem Industrie- und Dienstleistungszentrum heran. Seit 1871 war es die Hauptstadt des Reiches. Diese Funktion und die enorm anwachsende Bevölkerung (1905: 3 Millionen Einwohner) machten es notwendig, die Stadt von der Provinz zu trennen, es wurde 1880 faktisch zu einem dritten Regierungsbezirk. Nach weiträumigen Eingemeindungen wurde es 1920 als „Groß-Berlin“ eine eigene Verwaltungseinheit.

Die Mark Brandenburg hingegen verblieb in einer „fontanischen“ Beschaulichkeit. Der Dichter Theodor Fontane (1819–1898) hatte in seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ die Eindrücke beschrieben, die ihm die märkische Landschaft vermittelt. Wälder, kleinere Städte und Dörfer bestimmten ihr Erscheinungsbild.

Krieg und Kriegsende

In den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges erlitt Brandenburg noch schwere Zerstörungen, ein erschreckendes Ende ei-



Friedrich Wilhelm I., der „Soldatenkönig“, malte mit Vorliebe seine „Langen Kerls“, eine Truppe von besonders groß gewachsenen Grenadiern, die freiwillig oder auch unter Zwang aus aller Herren Länder zusammengeholt wurden.

ner über hundertjährigen ruhigen, im Rückblick fast idyllischen Friedenszeit. Nach Kriegsende wurde der östlich der Oder gelegene Teil von Brandenburg, die Neumark, abgetrennt und unter polnische Verwaltung gestellt. Aus dem überwiegenden Teil wurde die „Provinz Mark Brandenburg“ gebildet. Nach der Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz vom 25. Februar 1947 und der Neugründung der Länder hieß die bisherige preußische Provinz „Land Mark Brandenburg“ mit der Hauptstadt Potsdam. 1952 wurden daraus die Bezirke Potsdam, Frankfurt und Cottbus.

Fontane-Denkmal in Neuruppin.



Ralf Georg Reuth

Zur Kulturgeschichte

Brandenburg ist nicht das traditionelle Kulturland. Von alters her ist die „Streusandbüchse“ des Heiligen Römischen Reiches eher Bauernland, Domäne preußischen Junkertums, Rekrutierungsland für die Armeen preußischer Könige. Freilich sind da die Ausnahmen: etwa Frankfurt an der Oder, der einst bedeutende Messeplatz, wo 1506 eine Universität gegründet wurde, an der schon Luthers Gegenspieler, der protestantische Theologe und Sozialrevolutionär Thomas Müntzer, und Luthers Mitstreiter Ulrich von Hutten ihre Vorlesungen hielten.

Berühmte Brandenburger

Geboren wurde in den Mauern Frankfurts Heinrich von Kleist, der Dramatiker des „Michael Kohlhaas“, des „Zerbrochenen Kruges“ und des „Käthchen von Heilbronn“. Eine Gedenkstätte in der Nähe seines im Zweiten Weltkrieg zerstörten Geburtshauses und ein Denkmal auf dem Platz der Republik – einer Republik, die es nicht mehr gibt – erinnert an Kleist, der in jungen Jahren Selbstmord beging und in seinem Abschiedsbrief bekannte, daß ihm „auf Erden nicht zu helfen war“.

Doch weder Kleist noch der in Potsdam geborene Gelehrte und Politiker Wilhelm von Humboldt, der Reformator des allgemeinbildenden Schulwesens und Begründer des humanistischen (altsprachlichen) Gymnasiums werden mit Brandenburg in Verbindung gebracht. Auch der aus dem märkischen Neuruppin stammende berühmteste Baumeister des Klassizismus in Deutschland, Karl Friedrich Schinkel, steht nicht für Brandenburg. Sie haben in der Hauptstadt Berlin gewirkt und sind dort zu Ämtern und Ansehen gekommen.

Die bekannten Namen derer, die im Lande lebten und arbeiteten, wie der in den Wirren der Französischen Revolution nach Preußen geflüchtete Dichter und Naturforscher Adelbert von Chamisso, der Dramatiker und Literaturnobelpreisträger Gerhart Hauptmann oder Bertold Brecht, der in Buckow am Schermützelsee ein Sommerhaus besaß, werden nicht mit Brandenburg in eins gesetzt.

Adelsgeschlechter

Für Brandenburg stehen eher andere Namen. Es sind die seiner alten Adelsgeschlechter, derer von Arnim aus Boitzenburg und Muskau, aus dem Politiker, Diplomaten und Feldmarschälle hervorgingen, vor allem aber der Dichter der Romantik, Achim von Arnim, oder derer von Hardenberg mit ihrem Stammhaus in Neuhardenberg, das zeitweilig Marxwalde hieß, um nach dem Ende der SED-Herrschaft wieder den alten Namen zu tragen. Obgleich im Gebiet der Sorben (einer ursprünglich westslawischen Minderheit im Gebiet des Spreewalds) gelegen, steht für Brandenburg zudem der Name des Fürstenhauses Pückler-Muskau.

Fürst Herrmann, der neben der Schriftstellerei eine Leidenschaft für die Gärtnerei hegte,

ließ in Bad Muskau einen weitläufigen englischen Park anlegen, doch zwangen ihn hohe Spielschulden, das Anwesen zu verkaufen. Die Tantiemen für einen Buch-Bestseller erlaubten ihm viele Jahre später, noch einmal einen Park nach seinen Vorstellungen zu gestalten. Wer sein Schloß Branitz bei Cottbus, den 1846 angelegten endlosen Garten besucht, der wird jene seltsamen in ihrer Art einmaligen Gräberpyramiden antreffen und sicherlich in Erinnerung behalten.

Theodor Fontane

Ein Name jedoch ist wie kein zweiter untrennbar mit dem Land Brandenburg verbunden – der des Schriftstellers Theodor Fontane. Er war es, der die Neuruppiner Schweiz, den Menzer Forst und den Großen Stechlin, den Spreewald, die Wendische Spree und das Land Beeskow-Storkow für die Deutschen mit seinen 1889 erschienenen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ im wahrsten Sinne des Wortes entdeckte.

Schon im Vorwort seines fünfbändigen Werkes klingt dies an, wenn er dem „Wandernden“ ankündigt, er werde vom „Touristenstandpunkt“ aus in die Mark „eintreten, wie in jungfräuliches Land“. „Du wirst Schloß- und Klosterruinen auffinden“, schrieb der Erzähler weiter, „von denen höchstens die nächste Stadt eine Ahnung, eine leise Kenntnis hat; du wirst inmitten alter Dorfkirchen, deren zerbröckelter Schindelturm nur auf Elend deutete; große Wandbilder oder in den treppellosen Gruften reiche Kupfersärge mit Kruzifix und vergoldeten Wappenschildern finden; du wirst Schlachtfelder überschreiten, Wendenkirchhöfe, Heidengräber, von denen die Menschen nichts mehr wissen, und nur Sagen und Legenden und nur hier und da die Bruchstücke verklungener Lieder werden ‚auf der Heide‘ und ihren Dörfern zu dir sprechen.“

„Das Beste (...), dem du begegnen wirst“, gab Fontane dem Wandernden mit auf den Weg, werden jedoch die Menschen sein. Wir finden sie in seinem Werk. Wer kennt die Figuren nicht; etwa den Herrn von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland, der auch über seinen Tod hinaus die Kinder mit Birnen versorgt wissen wollte und sich deshalb eine Birne mit ins Grab legen ließ. Der Birnbaum, der daraus emporwuchs, stand bis zum Februar des Jahres 1911 auf dem Friedhof des Dörfchens, ehe er bei einem Wintersturm oberhalb der Wurzel abgeknickt wurde; oder Fontanes märkische Hauptfigur, der alte Dubslav von Stechlin, der es mit dem berühmten Königswort hielt, daß jeder nach seiner Fassung selig werden solle.

Spuren von Fontanes Mark

Der Brandenburger von heute ist nach Hitler-Zeit und realexistierendem Sozialismus freilich ein anderer. Das Land selbst ist nicht mehr die Mark, wie sie Fontane beschreibt. Sie ist auch nicht das Nachkriegsland, wie es

unter der Devise „Junkerland in Bauernhand“ im Dorfdrama von Heiner Müller erscheint. Die Mark, das ist heute vielerorts verseuchter Grund und Boden, verdorbenes Gewässer und Müll; dazu gehören verrottete Ortschaften und sowjetische Truppenübungsplätze. Von der Niederlausnitz frißt sich der Braunkohle-Abbau dem Spreewald schon gefährlich nah, eine ganze Kulturlandschaft bedrohend. Es wird Jahrzehnte dauern, ehe die Umweltschäden von vierzig Jahren Mißwirtschaft beseitigt sind und Brandenburg zu dem interessanten Wirtschaftsstandort in der Mitte Europas und zum Freizeitgebiet für Millionen Berliner geworden sein wird, wie es die Werbebroschüren verheißen.

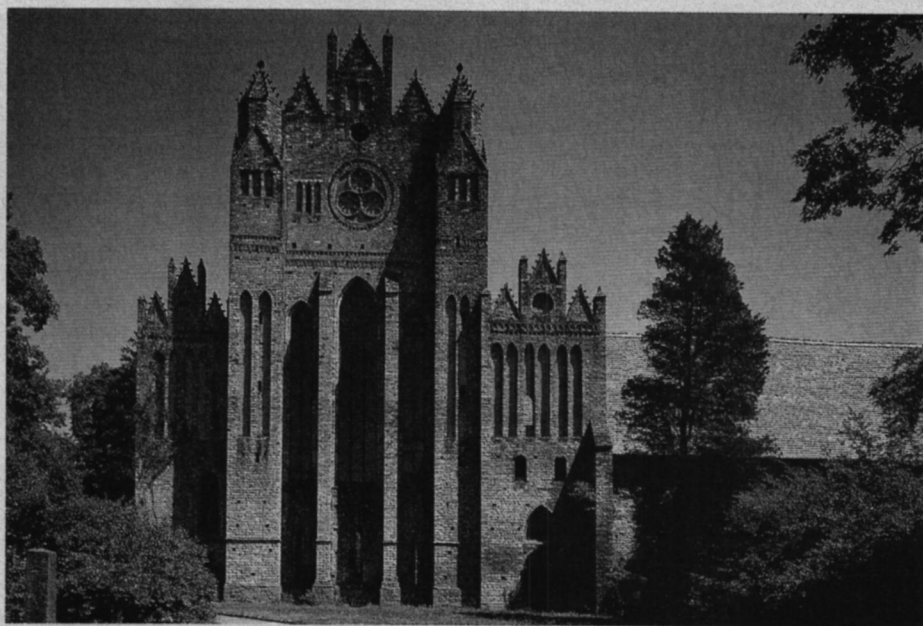
Und dennoch begegnet dem, der durch das Land reist, vieles, das an das Brandenburg, wie es Fontane beschreibt, erinnert. Etwa in Rheinsberg mit seinen Doppelstübenhäusern der friderizianischen Bauordnung, in Werder oder Neuruppin, wo das Geburtshaus des Dichters und sein Denkmal stehen. Erhalten sind auch die ersten Zisterzienserniederlassung in der Mark, das Hauskloster der Askaniern von Markgraf Otto I., das 1180 gegründete Kloster Lehnin, dessen Reste ebenso beeindruckend wie das herrlich gelegene Chorin mit seiner Klosterruine im Landschaftsschutzgebiet „Choriner Endmoränebogen“. Zisterziensermönche bauten es im Jahre 1273, nachdem sie es auf einer Insel im nahegelegenen Parksteiner See angelegt hatten. Im Dreißigjährigen Krieg von 1618 bis 1648 wurde Chorin dann geplündert, verkam zum Steinbruch, ehe Schinkel zu Beginn des 19. Jahrhunderts erste Konservierungsarbeiten vornehmen ließ.

Auch später verrann dort, wo der rote Adler, der Wappenvogel Brandenburgs, emporsteigen sollte, wie es in dem bekannten Märkelielied heißt, zuviel Blut im Sand. Schon Fontane wies darauf hin, daß die „Kriegsrute“ für die Brandenburger oft gar zu hart gebunden war. Denkmale erinnern daran, angefangen bei dem auf dem Hakenberg bei Fehrbellin, wo 1675 der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg über die Schweden siegte, bis hin zu denen mit den roten Blechsteinen, Feldhaubitzen und T-34-Panzern, die vom „unsterblichen Ruhm“ der Sowjetarmee bei der Schlacht um Berlin im April 1945 künden sollten und für deren Umgestaltung heute brandenburgische Bürgerkomitees eintreten.

Potsdam

Wie im Brennglas kulminiert Brandenburgs Geschichte und Kultur in Potsdam, der inmitten der Seenkette des Havellandes gelegenen Residenz der brandenburgischen Kurfürsten, der preußisch-deutschen Könige und Kaiser. Potsdam ist Inbegriff preußisch-deutschen Soldatentums gewesen und zugleich Wirkungsstätte deutscher Geistesgrößen, wie die schon erwähnten Kleist und Humboldt.

Vor dem 17. Jahrhundert war Potsdam bedeutungslos, bis Kurfürst Friedrich Wilhelm, nach der Schlacht gegen die Schweden bei Fehrbellin „der Große“ genannt, Gefallen an dem Ort fand, der ihn an Holland erinnerte. Sein Studium in der Niederlanden und die



Kloster Chorin, 1273 von Zisterziensermönchen gegründet, 1542 aufgehoben, wurde es im Dreißigjährigen Krieg geplündert und gebrandschatzt. Im 19. Jahrhundert wurden von Schinkel Konservierungsmaßnahmen durchgeführt, seit 1954 wird die Anlage restauriert.

Heirat mit einer Prinzessin aus dem Hause Oranien bewirkten den holländischen Einfluß in Landeskultur, Kunst und Wissenschaft. Im Jahr 1660 machte er Potsdam zu seiner zweiten Residenz und ließ durch den in Holland ausgebildeten Baumeister Johann Gregor Memhardt ein neues Schloß errichten. Er siedelte niederländische Fayence-, Drell- und Damastmacher und Bauleute an und öffnete das Gebiet durch das 1685 in Potsdam erlassene Edikt den in Frankreich verfolgten Hugenotten, die mehr als vierzig Gewerke ins Land brachten und damit zu seiner Blüte beitrugen.

Seine Nachfolger, der preußische König Friedrich I., und dessen Sohn Friedrich Wil-

helm I., der „Soldatenkönig“, setzten sein Werk fort. Letzterer baute Potsdam zur Garnisonstadt aus. Damit wuchs auch die Einwohnerzahl der Stadt. Von 1721 an wurde eine Neustadt, von 1732 an eine zweite Stadterweiterung geschaffen, dazu gehörte das für Einwanderer bestimmte, von Jan Boumann geplante Holländische Viertel. Drei Kirchen entstanden: die Nikolaikirche, die Heiliggeistkirche und die Garnisonkirche, deren Ruine die SED-Machthaber sprengen ließen und die nunmehr in alter Pracht samt ihres weltbekannten Glockenspiels wiedererstehen soll.

Friedrich der Große, oder wie ihn der Volksmund nennt, der „Alte Fritz“, ließ Potsdam

Potsdam. Schloß Sanssouci, Krönung eines 1744 angelegten Weinbergs, 1745–47 nach Anregungen Friedrichs II. von Knobelsdorff erbaut, Höhepunkt des Potsdamer Spätbarock.





Karl Friedrich Schinkel (1781–1841).

1744 zum ständigen Aufenthaltsort ausbauen, begonnen mit dem Umbau des Stadtschlusses zur Winterresidenz und der Anlage des dann vom Sommerschloß Sanssouci gekrönten Weinbergs, auf dessen Terrasse seine Gebeine nach mehr als fünfundvierzigjähriger Irrfahrt im August 1991 ihre letzte Ruhe finden werden. Nach dem Siebenjährigen Krieg (1756–1763) entstand das „Neue Palais“. Des Königs Architekten Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff, Carl von Gontard, später Schinkel und Peter Joseph Lenné schufen prächtige Bürgerhäuser, Stadtplätze, Tore und Landschaftsgärten.

Der wirtschaftliche Aufschwung Ende des 19. Jahrhunderts ließ die Einwohnerzahl Potsdams weiter ansteigen. Jetzt wurde die Stadt kaiserliche Sommerresidenz und diente damit in Arbeitsteilung mit Berlin von 1888 bis 1918 auch als Regierungssitz des deutschen Kaiserreiches. In jenen Jahren des mit der Industrialisierung einhergehenden Umbruchs, in denen ein noch unbekannter Sozialdemokrat namens Karl Liebknecht in Potsdam erstmals von sich reden machte, entstanden die bedeutenden wissenschaftlichen Einrichtungen am Telegrafenberg nördlich der Havel: Geodätische (Geodäsie = Wissenschaft von der Erdvermessung), Astrophysikalische, Magnetische und Meteorologische Institute, dazu der Luftschiffhafen an der Pirschheide mit der damals größten Luftschiffhalle der Welt.

Doch Potsdam trat mit dem Ende des Kaiserreichs nicht aus dem Blickpunkt. Am 21. März 1933 inszenierte Hitler in der Garnisonkirche, der Ruhestätte Friedrichs des Großen, den „Schulterschuß“ zwischen altem und neuem Deutschland – Hitler verneigte sich vor Hindenburg und suggerierte damit, daß der neue Staat an die Traditionen des preußischen Staates und des deutschen Kaiserreiches anknüpfen werde. In den Offizierskasinos formierte sich aber auch der Widerstand, der zu dem Attentat auf den Diktator am 20. Juli 1944 führen sollte. Im August des darauffolgenden Jahres faßte die Anti-Hitler-Koalition im Schloß Cecilienhof ihre als Potsdamer Abkommen in die Geschichte eingegangenen Beschlüsse, die die Absteckung Europas in Interessensphären zur Folge hatten.

Endlich, im Herbst 1990, wurde Potsdam Hauptstadt des wiedererstandenen Landes Brandenburg.

Sachsen-Anhalt

Wilfried Forstmann

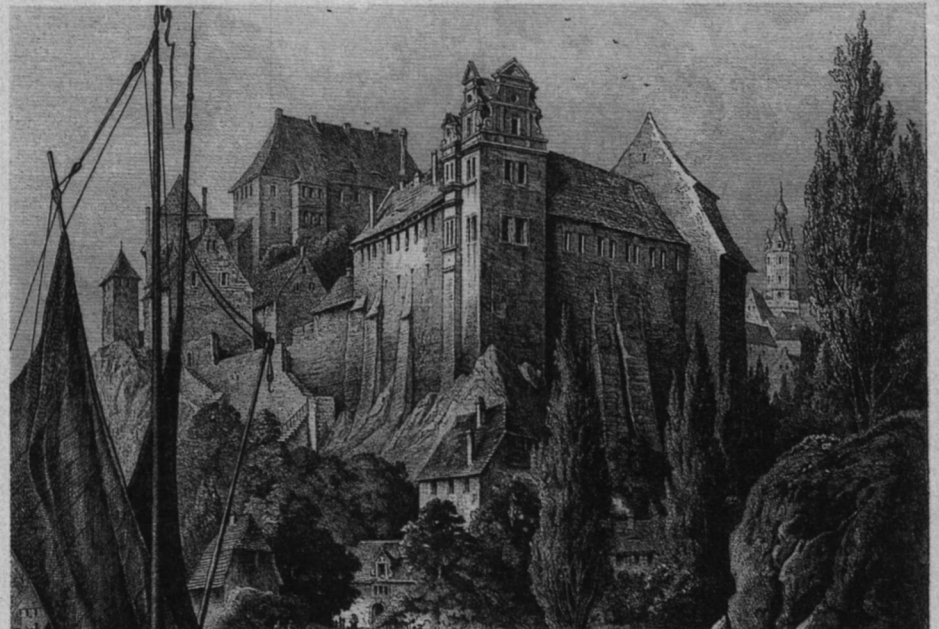
Geschichtlicher Abriss

Das Land Sachsen-Anhalt hat als selbstständiger deutscher Teilstaat nur von 1947 bis 1952 bestanden. Es war im Zuge der Neugliederung der Sowjetischen Besatzungszone als eines der fünf Länder geschaffen worden und setzte sich zusammen aus der ehemaligen preußischen Provinz Sachsen (nicht zu verwechseln mit dem Freistaat Sachsen), dem Land Anhalt und einigen kleineren ehemals braunschweigischen und thüringischen Territorien. Das ganze Gebiet war seit dem 10. Jahrhundert ein wichtiger Schauplatz in der Geschichte des Reiches.

Der mitteldeutsche Raum, vor allem das heutige Sachsen-Anhalt und Thüringen, bie-

ausgreifenden Fränkischen Reich militärisch unterlag. Sein südlicher Teil, worunter auch das heutige Land Thüringen fällt, geriet unter fränkische Oberhoheit.

Sein nördlicher Teil dagegen – also etwa das jetzige Sachsen-Anhalt – wurde zunächst Bestandteil des sächsischen Stammesgebietes, dann im 8. Jahrhundert, wie das gesamte Herzogtum Sachsen, durch Karl den Großen ebenfalls dem Fränkischen Reich angegliedert. Er bildete wiederum die räumliche Basis für das nach Osten über die Elbe-Saale-Linie ausgreifende Ostfränkisch-Deutsche Reich. Unter den sächsischen Ottonen, den deutschen Kaisern und Königen des 10. und



Die 785 urkundlich erwähnte Burg Wettin war Stammsitz der Wettiner.

tet im Verlauf seiner Geschichte bis in das 19. Jahrhundert ein Bild der Zersplitterung, eine Kleinstaaterei, wie sie sonst nur noch im deutschen Südwesten anzutreffen ist. Im Gegensatz zu den anderen vier Ländern besitzt Sachsen-Anhalt daher nicht ein beherrschendes, sondern mehrere historische Zentren, deren Anfänge auf die fränkisch-sächsische Expansion an der Elbe-Saale-Linie zurückgehen.

Fränkische Herrschaft

Das Gebiet Sachsen-Anhalts gewann eine erste, wenn auch nur schemenhafte, historisch greifbare Gestalt mit dem Großreich der Thüringer. Dieses Reich, ein politischer Zusammenschluß verschiedener germanischer Völkerschaften, entstand im Zuge der großen europäischen Völkerwanderung des 3. bis 5. Jahrhunderts. Es blieb ein kurzlebiges staatliches Gebilde, das im Jahr 531 dem

beginnenden 11. Jahrhunderts, wurden Grenzmarken (Elb-, Nord- oder später Mittelmark, Lausitz, Merseburg, Zeitz, Meißen) und mit ihnen verbundene Bistümer errichtet.

Gründung von Bistümern und Städten

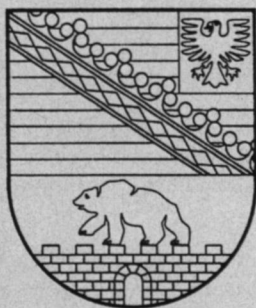
Schon 937 hatte Kaiser Otto I. (936–973) in Magdeburg eine Benediktinerabtei gegründet, die 968 in ein Erzbistum umgewandelt wurde. Dem Erzbischof von Magdeburg unterstanden die fünf neuen Bistümer Havelberg, Brandenburg, Merseburg, Meißen und Zeitz. Magdeburg war zugleich Ottos Lieblingsresidenz, im Magdeburger Dom ist er begraben. Die Stadt blieb lange Zeit ein Zentrum des ganzen Raumes. Ihr Stadtrecht, das 1188 eingeführt worden war und das Zusammenleben der Bürger, ihre wirtschaftlichen Belange und das Verhältnis zum umliegenden Land regelte, wurde von den Städten des

Sachsen-Anhalt

Wappen

Das Wappen des neu gegründeten Landes vereinigt die Wappen der früheren preußischen Provinz Sachsen und des Landes Anhalt. Das erstere zeigt fünf schwarze Balken auf goldenem Grund, belegt mit einem grünen Rautenkranz, und dem, preußischen Adler im rechten oberen Feld. Das anhaltische Wappen im unteren Feld zeigt auf silbernem Grunde einen schwarzen Bären, der über eine rote mit einem Tor versehene Zinnenmauer schreitet. Es ist eine Variante des Wappens, das das ehemals in Anhalt regierende Herzoghaus führte.

Flagge: Gelb-Schwarz.



Größe: 20 445 qkm (Stand 30. 6. 1990).
Einwohnerzahl: 2,96 Mill.

Städte:

Magdeburg, mit 288 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt des Landes, wurde in Konkurrenz mit Halle zur neuen Landeshauptstadt. Der 805 erstmals erwähnte Handelsplatz war bis zur Zerstörung im Dreißigjährigen Kriege eine der mächtigsten deutschen Städte und wurde im 19. Jahrhundert zu einer bedeutenden Industriestadt. 1945 schwer getroffen, ist sie auch heute ein wichtiges industrielles Zentrum.

Halle (321 000 Einwohner) gelangte im Mittelalter durch den Salzhandel zu Reichtum und wurde vor allem durch seine chemische Industrie zu einem bedeutenden Industriestandort.

Dessau (101 000 Einwohner) war 1471–1918 Residenz der Fürsten von Anhalt-Dessau und ist ein bedeutendes Kulturzentrum.

Weitere wichtige Städte sind die Lutherstadt **Wittenberg** (54 000 Einwohner), **Stendal** (50 000 Einwohner), die alte Kaiserpfalz **Merseburg** (48 000 Einwohner), in der über 20 Reichstage stattfanden, heute Zentrum von Chemie und Braunkohle, sowie **Halberstadt** (47 000 Einwohner).

Landesparlament

Sachsen-Anhalt wird seit der Landtagswahl am 14. Oktober 1990 von einer CDU/FDP-Koalition regiert. Ministerpräsident des Landes ist Gerd Gies (CDU). Die CDU erreichte in den Landtagswahlen 39 Prozent der Wählerstimmen, die SPD kam auf 26 Prozent, die FDP erreichte mit 13,5 Prozent ihr weitaus bestes Ergebnis in den fünf neuen Bundesländern.

sächsischen Raumes (wie Leipzig, Halle, Dresden, Meißen), Schlesiens, Ostpreußens (so Breslau, Königsberg) und von den neugegründeten Städten Polens, Weißrusslands und der Ukraine (Posen, Gnesen, Krakau, Smolensk, Kiew und vielen anderen) übernommen. Von den Grenzmarken und Bistümern aus wurde der erste Versuch einer politischen, kulturellen und damit christlichen Durchdringung der dort lebenden slawischen Lutizen, Heveller, Sorben und anderer Stämme unternommen. Diese erste Phase war gekennzeichnet durch Maßnahmen der Grenzsicherung wie der Missionierung der heidnischen Slawen, ohne daß es zu einer nennenswerten bäuerlichen Siedlung gekommen wäre. Die Erfolge dieser ersten Expansion machte der große Slawenaufstand von 983 wieder zunichte. Erst im 12. Jahrhundert setzte eine neue Welle der deutschen Ostkolonisation ein, die damit in ihre Hauptphase trat. Nun kam es zu einer planmäßigen bäuerlichen Besiedlung des nord- und mittel-deutschen Raumes.

Auseinandersetzungen und Teilungen

Im Laufe der Zeit entstanden großflächige Territorien wie etwa Mecklenburg, Brandenburg und Meißen (das heutige Sachsen). An der mittleren Elbe und Saale zeigt sich ein entgegengesetztes Bild, nämlich eine weitgehende territoriale Zersplitterung. Diese ergab sich aus den lang anhaltenden Auseinandersetzungen um die Herrschaft im Reich, die die sächsischen Herzöge seit der Mitte des 11. Jahrhunderts mit den Kaisern aus der salischen Dynastie und im 12. Jahrhundert die Welfen mit den Stauferkaisern ausfochten. Der Streit war entschieden, als sich der Welfenherzog Heinrich der Löwe dem Stauferkaiser Friedrich Barbarossa unterwerfen mußte. Sachsen wurde geteilt, die altsächsisch-welfischen Gebiete von den Herrschaften an der mittleren Elbe getrennt. Die letzteren gingen an das Geschlecht der Askanier.

Zu Beginn des 13. Jahrhunderts lassen sich vier territoriale Gruppierungen auf dem Gebiet des späteren Sachsen-Anhalt ausma-

chen: Die Askanier, ein Grafengeschlecht aus dem östlichen Harzvorland, hatten die Altmark um die Stadt Stendal, die zur Mark Brandenburg gehörte und von ihrer älteren Linie bis 1319/20 regiert wurde, inne, ferner den Anhaltischen Besitz um Dessau und schließlich das Herzogtum Wittenberg. Auf das wittenbergische Gebiet ging der Name des alten Herzogtums Sachsen und die Kurwürde, das Recht zur Teilnahme an der Wahl der deutschen Könige, über. Die Askanier nutzten diese neu gewonnene herausragende Stellung jedoch nicht, um eine neue große territoriale Herrschaft zu errichten. Statt dessen teilten sie ihre Gebiete entsprechend dem damaligen Erbrechts immer wieder unter die männlichen Nachkommen auf.

Unter den geistlichen Landesherrschaften ragt das Erzbistum Magdeburg hervor, das nach den damaligen Maßstäben einen Staat mittlerer Größe darstellte, dazu kamen die kleineren Territorien der Bistümer Halberstadt, Merseburg und Naumburg.

Südlich des Harzes konnten sich eine Reihe von Grafschaften, die zunächst in der sächsischen Grenz- und Expansionspolitik rein militärische und administrative Aufgaben zu erfüllen hatten, in dieser Zeit zu unabhängigen Territorialherrschaften entwickeln. An seinem südlichen Rand griff Sachsen-Anhalt auf ein Gebiet über, in dem die Grafen von Wettin (benannt nach einer ihrer Stammburgen) allmählich eine starke Stellung ausbauen konnten. Sie besaßen an der Saale und im heutigen thüringisch-sächsischen Grenzgebiet eine Anzahl von Burgen und beträchtliche Ländereien. Ihr vornehmliches Interesse wies jedoch in eine andere – östliche – Richtung, nachdem Konrad I., der Große, von Wettin 1123 mit der Mark Meißen belehnt worden war.

Hohenzollern und Wettiner

Zwei Entscheidungen aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts wurden bedeutsam für den weiteren Verlauf der Geschichte im mittelbischen Raum: 1417 wurden die Hohen-



Der Sachsenspiegel war das älteste und einflußreichste deutsche Rechtsbuch des Mittelalters. Die Rechtssätze sind für den des Lesens Unkundigen illustriert. Abbildung aus dem Landrecht: Boten des Richters suchen auf einer Burg einen flüchtigen Friedensbrecher.

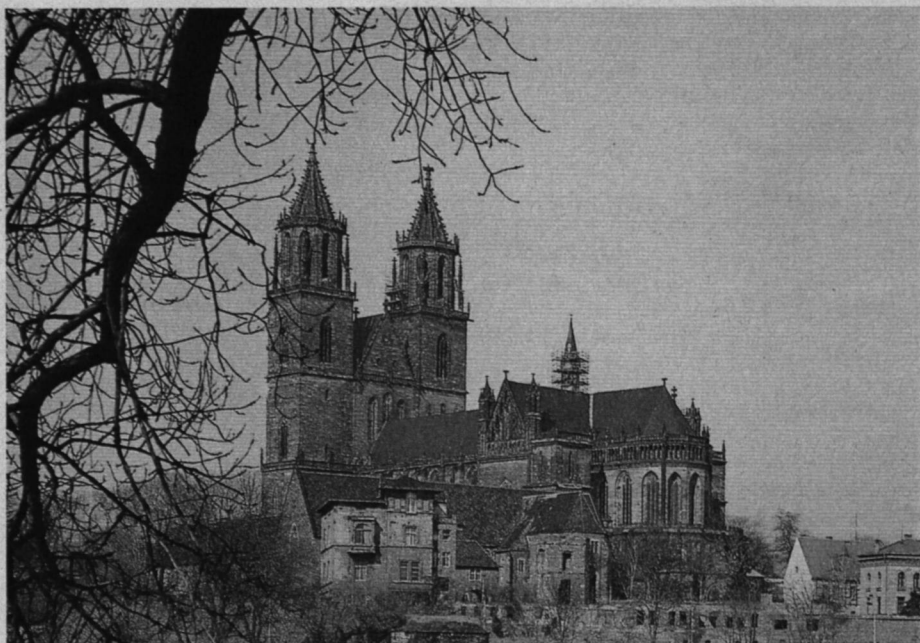
zollern mit der Mark Brandenburg belehnt; 1423 traten die Wettiner die Nachfolge der ausgestorbenen Kurlinie der Askanier in Wittenberg an. Beide Herrschergeschlechter gewannen von außen – von Berlin und von Dresden aus – einen entscheidenden Einfluß an der mittleren Elbe. Aufgrund von Erbteilung – die weitestgehende fand 1485 statt – schwächten die Wettiner ihre Position, die an sich große Möglichkeiten geboten hätte. Das Gebiet um Wittenberg, mit dem die Kurwürde verbunden war, und Teile des späteren Thüringen gingen an eine Linie des Hauses Wettin, die Ernestiner, Meißner und das nördliche Thüringen an die andere, die Albertiner (siehe Sachsen, Seite 27).

Der Amtsantritt zweier Persönlichkeiten sollte auf unterschiedliche Weise für dieses Gebiet und darüber hinaus für die deutsche Geschichte folgenreich sein. Kurfürst Friedrich der Weise (1486–1524) ließ seine Residenzstadt Wittenberg, damals eine armselige Kleinstadt von 3000 Einwohnern, umbauen und das Schloß erweitern und prunkvoll ausstatten. Vor allem aber gründete er 1502 eine Universität, die nach zwei Jahrzehnten 2500 Studenten hatte, nachdem der bedeutende humanistische Gelehrte Philipp Melanchthon dort einen Lehrstuhl erhalten und vor allem sein Freund und Kollege Martin Luther 1517 an der Schloßkirche seine 95 Thesen angeschlagen hatte. Friedrich der Weise gewährte Luther Schutz und später Asyl auf der Wartburg bei Eisenach.

1513 war der Hohenzoller Albrecht von Brandenburg zum Erzbischof von Magdeburg gewählt worden. Zugleich Erzbischof von Mainz, residiert er in Halle. Dort richtete er eine aufwendige Hofhaltung ein und war bald in Geldnöten. Er ging daher auf das Angebot des Papstes, der zur Finanzierung des Baus des Petersdoms Ablaßbriefe für Geld ausgeben wollte, ein und übernahm den Vertrieb in Deutschland. Die Hälfte des Erlöses durfte er behalten. Die Kritik an dieser Praxis war der Anstoß zur Reformation.

Die Reformation

Die Reformation wurde getragen von humanistischen Zirkeln an den Universitäten in Erfurt und Wittenberg, aber auch städtischen Bildungsschichten. Sie wurde an Elbe und Saale weitgehend begrüßt und angenommen. In ihr fand auch die soziale Unruhe der Zeit ein Ventil. Deutlichster Ausdruck der Verquickung von sozialen und religiösen Forderungen war der Bauernkrieg (1525). Als endgültiger und unumkehrbarer Durchbruch der Reformation in Sachsen-Anhalt gilt das Jahr 1541, als Albrecht seinen Widerstand hier aufgab, mit Geld und Edelsteinen beladen Halle verließ und nach Mainz zog. Die geistlichen Fürstentümer hatten jetzt ihre Existenzberechtigung verloren. Evangelische Administratoren, zumeist aus dem Hause Wettin, leiteten die einzelnen geistlichen Territorien. Der Magdeburger Dom wurde 1561 dem evangelischen Gottesdienst geöffnet, der Halberstädter Dom erst dreißig Jahre später. Durch den Dreißigjährigen Krieg wurden die Lande an der mittleren Elbe und Saale schwer getroffen. Am schlimmsten erging es während des Krieges der Stadt Mag-



Der Magdeburger Dom, 1209–1520 erbaut, der erste nach französischem Vorbild geplante gotische Kathedralbau in Deutschland.

deburg, die am 20. Mai 1631 von den kaiserlichen Truppen eingenommen und völlig eingeäschert wurde. 20 000 Menschen fanden den Tod. Das „weinende Magdeburg“, als Allegorie dargestellt in dem Lutherdenkmal in Worms, ist danach zu einem Symbol des Leidens im Dreißigjährigen Krieg geworden.

Brandenburg – preußische Herrschaft

Der Westfälische Friede, der den verheerenden Krieg 1648 beendete, veränderte die territorialen Verhältnisse an der mittleren Elbe und Saale grundlegend. Die Mark Brandenburg des Großen Kurfürsten wurde – auf Kosten der Wettiner – hier eindeutig zur beherrschenden Macht (siehe auch Seite 20). Die geistlichen Fürstentümer Magdeburg und Halberstadt gelangten in kurbrandenburgischen Besitz. Von diesen Veränderungen der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts blieben die vier kleinräumigen Anhaltischen Fürstentümer unberührt.

Der Große Kurfürst und seine Nachfolger banden den neu gewonnenen Besitz immer fester in ihre absolutistischen Verwaltungsstrukturen ein. Gewerbeförderung und Siedlungspolitik wirkten auch an der mittleren Elbe, die Stadt Magdeburg gewann neben ihrer herausgehobenen handelspolitischen Stellung als preußische Festung strategische Bedeutung. Die Stadt Halle machte sich sowohl als neue Universitätsstadt (1694), in der „moderne“ Wissenschaften, wie Kameralistik (Finanzwissenschaften) oder Geographie gelehrt wurden, als auch als Zentrum der pietistischen Bewegung einen Namen, in der christlicher Glaube mit praktischer Lebensbewältigung verbunden werden sollte. In den kleinen Anhaltischen Fürstentümern fand das preußische Beispiel Nachahmung. Es gab Ansätze zu fürstlicher Selbstdarstellung (Schloßbauten, Gartenanlagen, wie der Wörlitzer Park), aber auch zur Förderung der Gewerbe. Die Schlesischen Kriege (1740–1742, 1744–1745) und der Siebenjährige Krieg (1756–1763) gingen vergleichsweise

glimpflich am Land vorbei, die napoleonischen Feldzüge trafen es um so härter. Die preußische Niederlage bei Jena und Auerstedt (1806) und der anschließende Diktatfriede von Tilsit (1807) veränderten die Verhältnisse, wie sie nunmehr seit über 100 Jahren unter preußischer Verwaltung bestanden hatten. Preußen mußte alle westelbischen Gebiete an ein neu gebildetes Königreich Westfalen unter Napoleons Bruder Jérôme abtreten. Der Elberaum bildete einen wichtigen Schauplatz während der Befreiungskriege gegen die napoleonische Herrschaft (1812/1813). Magdeburg konnte erst spät, im Mai 1814, zurückgewonnen werden.

Neuordnung auf dem Wiener Kongreß

Im Zuge der verwaltungsmäßigen Neuordnung Preußens wurde 1815 eine Provinz Sachsen geschaffen. Zu ihr gehörten neben den bisherigen preußischen Gebieten Magdeburg, Halberstadt und der Altmark (diese kam nicht mehr an Brandenburg zurück) diejenigen Gebiete, die 1802 im Verlaufe der territorialen Umgestaltung des Reichs im Elbe-Saale-Bereich gewonnen und 1806 wieder verloren worden waren (Erfurt, Quedlinburg, Nordhausen, Mühlhausen, das obere Eichsfeld). Dazu kamen die im Mai 1815 auf dem Wiener Kongreß Sachsen abgenommenen Gebiete: unter anderem Wittenberg, Torgau und Merseburg. Die neue Provinz wurde in drei Bezirke, Magdeburg, Merseburg und den „Bezirk der Regierung in Thüringen zu Erfurt“ eingeteilt. Der Erfurter Bezirk lag schon außerhalb des späteren Landes Sachsen-Anhalt. Sitz des Oberpräsidenten und der obersten Verwaltungsbehörde war Magdeburg; das Oberlandesgericht kam nach Naumburg, und die Universitäten Halle und Wittenberg wurden vereinigt und in Halle angesiedelt. Die Anhaltischen Fürstentümer, die im Windschatten der Geschichte auch diese Veränderungen glücklich überlebten, behielten ihren territorialen Bestand. Sie waren jetzt in drei Teile aufgespalten.

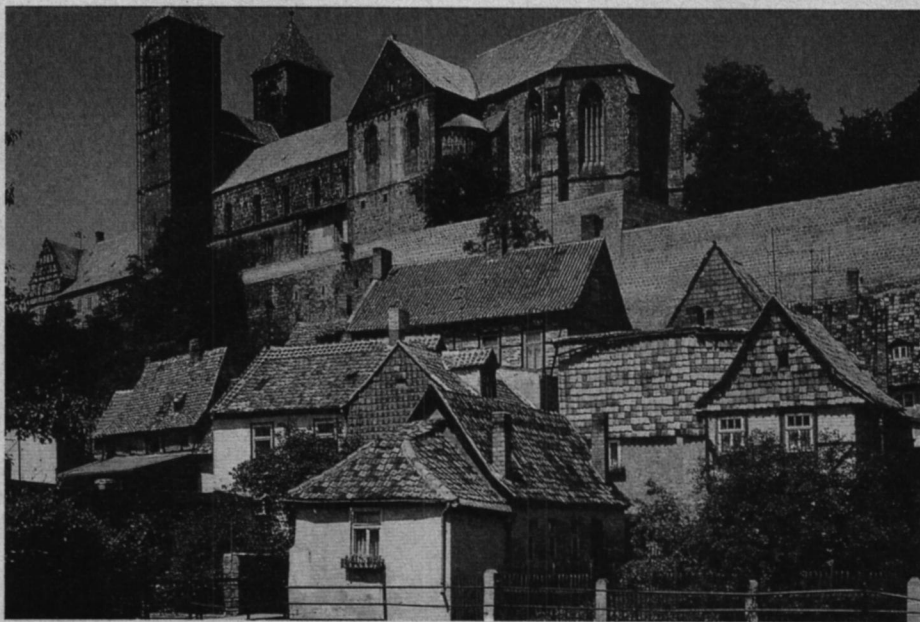
Während der napoleonischen Zeit hatten sie den Titel „Herzogtum“ erworben. Wirtschaftlich waren sie durch die Zolleinigungen mit Preußen (1828), das sie nahezu vollständig umgab, von diesem abhängig. 1863 wurden die Herzogtümer vereinigt.

Industrieller Aufschwung

Die preußische Provinz Sachsen erlebte im 19. Jahrhundert einen gewaltigen Aufschwung der Industrie. Nachdem seit 1863 Dünger aus Kali hergestellt werden konnte, wurden die Kalisalzlager bei Staßfurt, Bernburg (Anhalt) und Halle in großem Stil abgebaut und beherrschten den Weltmarkt. Im Mansfelder Kupferrevier, wo schon in der Bronzezeit Kupfer gewonnen wurde und im 16. Jahrhundert auf seinem Höhepunkt 110 Kupferhütten produzierten, stieg die Jahresförderung auf 800 000 Tonnen. Riesige Braunkohlelager um Bitterfeld und Halle, die im Tagebau abgebaut wurden, erzeugten Hausbrand und bildeten zusammen mit Kali und Steinsalzen die Basis für eine schnell wachsende chemische Industrie. Magdeburg wurde zu einem Zentrum des deutschen Maschinenbaus. Auf den fruchtbaren Böden um Magdeburg und in anderen Teilen der Provinz wurden vor allem Zuckerrüben angebaut. In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts gab es in der Provinz Sachsen und in Anhalt 163 Zuckerfabriken, von 356 in ganz Deutschland.

Durch seine Mittellage im Deutschen Reich bündelten sich in der Provinz die Verkehrswege. Halle wurde ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt, Magdeburg baute seine Stellung als ein wichtiger Handelsplatz durch seine Anbindung an die Eisenbahnlinie von Berlin ins Rheinland und einen stetig wachsenden Schiffsverkehr auf der Elbe und auf dem Elbe-Havel-Kanal noch aus. Die Bevölkerung der Städte stieg durch die Industrialisierung zwischen 1815 und 1915 um ein Vielfaches, in Halle von 20 000 auf 200 000, in Magdeburg von 30 000 auf 300 000. Die Provinz Sachsen besaß 1910 gut 3 Millionen Einwohner. Ihre Fläche betrug 25 260 qkm. Das vereinigte Anhalt, in diesen Zahlen nicht enthalten, umfaßte 2300 qkm mit 331 000 Einwohnern. Seine Hauptstadt war Dessau.

Soziale Auseinandersetzungen und Arbeitskämpfe konnten in der Provinz Sachsen vor diesem Hintergrund nicht ausbleiben. Die Gewerkschaftsbewegung war hier besonders stark, und in den Städten und Industrievieren waren die Sozialdemokraten seit 1900 die stärkste Partei. In den Reichstagswahlen der Weimarer Republik erzielten die Linksparteien stets einen überdurchschnittlichen Wahlerfolg. 1933 waren es noch 37 Prozent, während die NSDAP sich von 20 Prozent (1930) auf 45 Prozent (1933) zu steigern vermochte. Die Provinz Sachsen und der, wie er nach der Revolution von 1918 jetzt offiziell hieß, „Freistaat Anhalt“, besaßen in der Weimarer Republik demokratische Vertretungen auf allen Ebenen. Ernst Reuter, der spätere herausragende Berliner Ober- und Regierende Bürgermeister, bekleidete das Amt des Oberbürgermeisters von Magdeburg von 1931 bis 1933.



Die Stiftskirche St. Servatius in Quedlinburg. In der Krypta sind Kaiser Heinrich I. (dessen Sarg allerdings verschwunden ist) und seine Gemahlin Mathilde bestattet.

Gleichschaltung und Krieg

Die nationalsozialistische Innenpolitik brach mit dieser Entwicklung. Die Provinz Sachsen und der Freistaat Anhalt wurden, wie die anderen Teile des Reiches und Preußen, mit Hilfe von verschiedenen Verwaltungsänderungen und -verschiebungen „gleichgeschaltet“. Im Zweiten Weltkrieg wurde der Raum wegen seiner industriellen Basis und seiner Lage im Innern des Reiches zu einem Zentrum der kriegswirtschaftlichen Produktion. Hierfür stehen so bekannte Namen wie die Junkerswerke in Dessau, AGFA in Wolfen, Buna bei Merseburg (Kautschuk) und Leuna bei Halle (Chemische Industrie). Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs erlitt das Land zunächst durch Luftangriffe, später durch Kampfhandlungen vielfach schwere Zerstörungen. Die Innenstadt von Magdeburg wurde zum Beispiel zu 90 Prozent vernichtet.

Der militärische Zusammenbruch des Reiches wurde in Torgau an der Elbe augenfällig: Hier trafen am 25. April 1945 die Truppen der Westalliierten auf die Soldaten der Sowjetarmee. Am 8. Mai hatten die Amerikaner Magdeburg und weiter südlich Wittenberg und Dessau besetzt und die Mulde bei Eilenburg östlich von Leipzig erreicht. Sie zogen sich aber vereinbarungsgemäß zurück, und am 5. Juli wurden die Provinz Sachsen und Anhalt von der sowjetischen Militärverwaltung übernommen und erhielt den Namen „Provinz Sachsen“. Nach der Landtagswahl 1946 wurde das Gebiet in „Provinz Sachsen-Anhalt“ umbenannt, um zwischen 1947 und 1952 unter dem Namen „Land Sachsen-Anhalt“ eines der fünf Länder der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR zu bilden. Mit der Auflösung des Landes 1952 ging die Bildung der Bezirke Halle und Magdeburg einher.

Die Rudelsburg unweit Bad Kösen, im Dreißigjährigen Krieg zerstört, ist auch als Ruine noch eindrucksvoll.



Zur Kulturgeschichte

Unter den fünf neuen Bundesländern nimmt Sachsen-Anhalt eine Sonderstellung ein: Mit dem Namen dieses Landes verbinden sich vermutlich die am wenigsten konkreten Gebietsvorstellungen. Tatsächlich hat Sachsen-Anhalt nur eine kurze einheitliche Territorialgeschichte erlebt, bevor die DDR die herkömmliche Einteilung in Länder abschaffte und auf ihrem Territorium fünfzehn Bezirke einrichtete. Nur sieben Jahre – von 1945 bis 1952 – existierte das Land um Elbe und Saale in etwa den gleichen Grenzen wie heute. Dennoch ist das Gebiet Sachsen-Anhalts zusammen mit Sachsen und Thüringen eine der Kernlandschaften der deutschen Kulturgeschichte.

Magdeburg

Die Stadt Magdeburg, die seit Ende 1990 Hauptstadt des wiedergegründeten Sachsen-Anhalt ist und auch Landesregierung und Parlament beherbergt, erlebte ihre kulturelle Blütezeit schon im 13. Jahrhundert. Das Magdeburger Stadtrecht war im Mittelalter das am weitesten verbreitete deutsche Stadtrecht, das vielen Städteverfassungen der Zeit als Vorbild diente. Die Stadt selbst, im Jahre 805 zum ersten Mal urkundlich erwähnt, war als Handelsplatz ein wichtiges Mitglied der Hanse. 968 wurde Magdeburg Sitz eines Erzbischofs; die romanischen Kirchenbauten aus dieser Zeit sind allerdings nicht mehr erhalten. Der Magdeburger Dom, der zwischen 1209 und 1520 gebaut wurde, ist das erste gotische Bauwerk auf deutschem Boden. Aus derselben Epoche stammen auch die Dome in Merseburg (begonnen im 11. Jahrhundert), Halberstadt (13. Jahrhundert) und Naumburg (13. Jahrhundert) mit den bekannten Stifterfiguren Ekkehard und Uta. Als kunstgeschichtlich herausragende Elemente romanischen Kirchenbaus gelten die Klosterkirche in Gernrode (10. Jahrhundert) sowie die Stiftskirche in Quedlinburg (Anfang des 12. Jahrhunderts), beide am Harz gelegen.

Burgen und Schlösser

Neben Kirchen und Klöstern bilden die unzähligen Burgen und Schlösser des Landes, die nur noch zum Teil existieren, weitere Zeugnisse der Geschichte. Entlang der Saale findet man die Ruinen Rudelsburg, Saaleck und Schönburg südlich von Naumburg, die aus dem 12. und 13. Jahrhundert stammen, ferner die Moritzburg bei Halle aus dem späten 15. Jahrhundert und Schloß Wettin. Im Harz sind die Burgen in Wernigerode, Blankenburg und Stolberg zu besichtigen. Besonders beeindruckend erscheint die Burg Querfurt, die sich mitten im Landwirtschaftsgebiet der Querfurter Platte erhebt, rund 25 Kilometer südwestlich von Halle. Die Anlage mit mächtigen Türmen und Mauern, die etwa siebenmal so groß ist wie die der thüringischen Wartburg, war seit dem 10. Jahrhundert Stammsitz eines sächsischen Adelsgeschlechts, der Edlen von Querfurt, gehörte später zunächst zum Erzbistum Magdeburg und war dann in wechselvoller Geschichte

nacheinander schwedisch, kursächsisch und preußisch.

Die verschiedenen Linien des Hauses Anhalt haben der Nachwelt einige hundert Jahre später eine Reihe von Residenzschlössern hinterlassen: die Renaissance-Bauten in Bernburg, Plötzkau und Coswig sowie die Barockschlösser in Oranienbaum, Barby, Mosigkau und Wörlitz. Die beiden großen Schlösser in Zerbst und Dessau sind im Zwei-



Uta und Ekkehard, die bekanntesten der 12 weltberühmten Stifterfiguren im Chor des Naumburger Doms. Sie wurden um 1250 lebensgroß in Kalkstein gehauen. Es sind keine Porträts – die Stifter waren bereits 100 Jahre tot –, sondern Idealfiguren.

ten Weltkrieg zerstört worden. Die Wörlitzer Anlagen, einige Kilometer östlich von Dessau gelegen, waren vom Ende des 18. Jahrhunderts an als „englischer Landschaftsgarten“ Vorbild für ähnliche Anlagen in Deutschland. Fürst Leopold Friedrich Franz von Anhalt-Dessau ließ den Landschaftspark 1765 als Sommersitz anlegen – gegliedert in vier Gärten und mehrere Inseln mit zahlreichen Baum- und Blumenpflanzungen. Auf den mit Brücken überzogenen Kanälen verkehrten Gondeln und Fähren. Das erste Bauwerk im Park war der Englische Sitz, geschaffen von dem Architekten Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff, der später (1769) nach dem Vorbild des englischen Schlosses Claremont auch das Wörlitzer Schloß errichtete, den ersten klassizistischen Bau in Deutschland.

Städte-Architektur

Der barocke Baustil prägt noch heute viele kleinere Städte an der Saale wie zum Beispiel Weißenfels. Jedoch bestimmen starke regionale Abweichungen das uneinheitliche architektonische Gesamtbild der sachsen-anhaltinischen Städte. In der Altmark, dem nördli-

chen Teil des Landes, herrschen wie im übrigen Norddeutschland Backsteinbauten vor: Das Rathaus in Tangermünde und das Uenglinger Tor in Stendal sind eindrucksvolle Zeugnisse. Dagegen finden sich weiter südlich, am Harz, in reichem Maße Fachwerkhäuser, wie etwa das Rathaus von Wernigerode. Eine Stadt mit bemerkenswerter Fachwerk-Architektur aus sechs Jahrhunderten ist Quedlinburg im nördlichen Harzvorland.

Die kulturelle Vorherrschaft Magdeburgs endete mit der Zerstörung der Stadt im Dreißigjährigen Krieg (1631). Allenfalls durch Otto von Guericke, dem Ingenieur, Physiker, Naturforscher, der die Wirkungen von Luftdruck und Vakuum demonstrierte („Magdeburger Halbkugeln“), dauerte die Bedeutung noch für kurze Zeit an. Der Diplomat Guericke, der von 1602 bis 1686 lebte, war zunächst Ratsherr und von 1646 an Bürgermeister der Stadt.

Halle

Zeitgleich mit Magdeburgs Niedergang entwickelte sich im 17. Jahrhundert die Stadt Halle, die schon im Mittelalter durch die Salzgewinnung und den Salzhandel zu Reichtum gelangt war, immer mehr zum geistigen Zentrum der mitteldeutschen Region. In dieser Zeit entstanden in Halle zwei Einrichtungen, die den Ruf der Saalestadt mehrten: die Franckesche Stiftungen und die Universität, beide im Jahre 1694 gegründet.

Die „Stiftungen“ des Griechisch-Professors und Pfarrers August Hermann Francke, Waisenhäuser und Schulen, galten lange als führende und fortschrittliche Erziehungsanstalten. Die Verwahrlosung der Jugend in seinem Pfarrbezirk bewog Francke zur Gründung einer Armenschule, die bald einen so guten Ruf hatte, daß auch Bürger ihre Kinder anmeldeten. Als die Schülerzahl mehr und mehr stieg, bekamen die Bürgerkinder ihren eigenen Lehrer. So entstanden die Bürgerschule und später das Pädagogium (1695)

Das Rathaus in Wernigerode, ein spätgotischer Fachwerkbau aus dem 15./16. Jahrhundert.

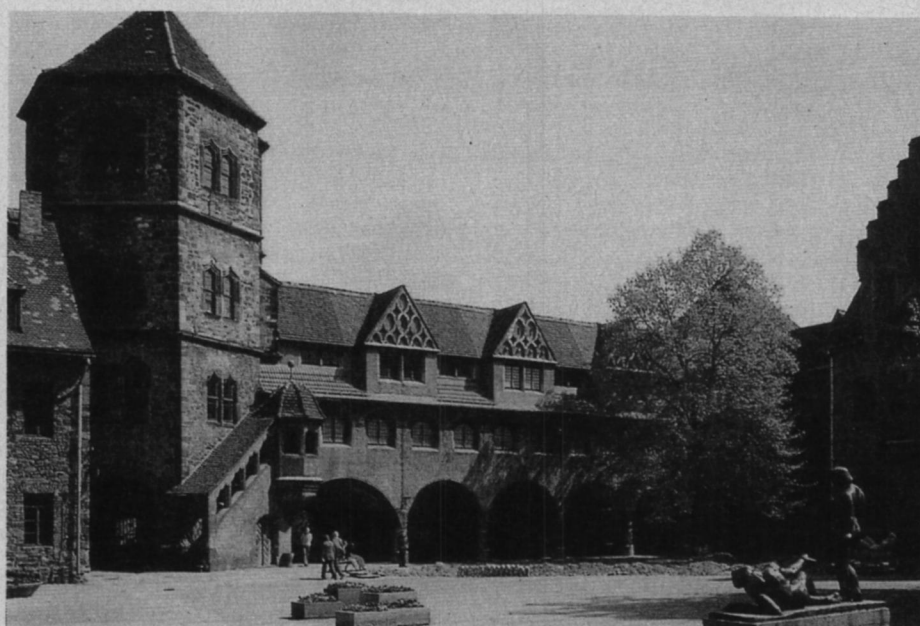


sowie die Lateinschule (1697) – eine Art mehrgliedriges Schulsystem, das der ständischen Gliederung entsprach. Dabei war nicht nur die Vermittlung von Wissen, sondern besonders die „Rettung junger Menschen aus dem Geist christlicher Nächstenliebe“ durch religiöse Unterweisung das Konzept des Pädagogen. Von den 23 Schulen dienten immerhin vier der Erziehung von Mädchen, denen in erster Linie eine hauswirtschaftliche Bildung vermittelt wurde. Die Wirkung der Stiftungen reichte weit über Halle hinaus: Zar Peter von Rußland errichtete in der Nähe von Reval ein Waisenhaus nach Franckes Vorbild mit Lehrern aus Halle; ein ebensolches Waisenhaus wurde in England gegründet. Die Lehrer aus Franckes Seminaren wirkten aber vor allem in neuen Erziehungsanstalten in den preußischen, anhaltinischen und sächsischen Ländern.

Universität Halle

Die Universität Halle, die 1694 aus einer ehemaligen Ritterakademie für die Söhne des Adels hervorging, wurde zum ersten Zentrum der deutschen Aufklärung. Christian Thomasius (1655–1728) hielt seine juristischen Vorlesungen, mit denen er gegen die mittelalterliche Rechtspraxis der Folter und Hexenverfolgung anzukämpfen versuchte, als erster in deutscher Sprache statt in Latein. Neben die bisher akademisch vorherrschenden sprachlich-humanistischen Studien traten berufsbildende Studien der Medizin, der Rechtswissenschaft sowie eine Vorform der Nationalökonomie. Im Zuge der wachsenden Lehrfreiheit trafen in Halle die gegensätzlichen Geisteshaltungen des Rationalismus und des Pietismus zusammen, vertreten durch den Philosophen und Juristen Christian Wolff (1679–1754) und den Pädagogen Francke. Zur Zeit Friedrichs des Großen (1712–1786) entwickelte sich Halle dann zu einer Hochburg des Rationalismus mit enormer Bedeutung für andere Universitäten in Deutschland. Durch den Philologen Friedrich August Wolf (1759–1824), der in engem Kontakt zu Goethe und Wilhelm von Humboldt stand, nahmen die Pflege der alten Sprachen und die klassischen Altertumswissenschaften von Halle aus einen Aufschwung in Deutschland.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren fast alle Lehrstühle mit namhaften Professoren besetzt, als Napoleon 1806 nach der Niederlage Preußens die Aufhebung des Lehrbetriebs verfügte. Erst Jahrzehnte später konnte die Universität an ihren alten Ruf anknüpfen, nachdem sie 1817 mit der Universität Wittenberg vereinigt worden war. Diese im Jahre 1502 gegründete und bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts führende akademische Anstalt hatte ihre Blütezeit bereits im 16. Jahrhundert erlebt. Damals lehrten Martin Luther, der aus Eisleben kam, sowie weitere bedeutende Theologen und Juristen in Wittenberg. Von dort nahm die Reformation ihren Ausgang. Nach dem Krieg erhielt die frühere Residenzstadt den Beinamen Lutherstadt. Luthers Zeitgenosse Thomas Müntzer, einer der Anführer des Bauernaufstandes, stammt ebenfalls aus der Gegend, er ist in Stolberg/Harz geboren. Der thüringischen Stadt Mühlhausen, in die der Reformator



Die Moritzburg in Halle, 1484–1503 als Zwingburg des Erzbischofs von Magdeburg gegen die Hallenser Bürgerschaft errichtet, beherbergt heute die Staatliche Galerie mit deutscher Malerei des 19. und 20. Jahrhunderts.

Müntzer übersiedelte, gab die DDR-Führung 1975 seinen Namen als Beinamen.

Literatur

Verhältnismäßig geringe Auswirkungen hatte der rege akademische Betrieb auf das literarische Leben in Sachsen-Anhalt. Eine der wenigen Ausnahmen bildet der in Quedlinburg geborene Dichter Friedrich Gottlieb Klopstock (1724–1803), dessen bekanntestes Werk das biblische Epos „Der Messias“ darstellt; er schrieb dieses Werk jedoch wie den größten Teil seiner Arbeiten außerhalb der Heimat. Zu erwähnen ist ferner der Romantiker Friedrich Leopold Freiherr von Hardenberg, genannt Novalis (1772–1801), der aus Oberwiederstedt stammte, die Schule in Eisleben besuchte und später in Weißenfels lebte. Weiter verbreitet als dessen „Fragmente“ oder „Hymnen an die Nacht“ sind allerdings noch heute die volkstümlichen Lieddichtungen des Dessauer Wilhelm Mül-

ler (1794–1827). Müller verfaßte unter anderem die Texte zu „Am Brunnen vor dem Tore“, „Das Wandern ist des Müllers Lust“ und „Im Krug zum grünen Kranze“. Recht wenige Impulse gingen im Gebiet um Elbe und Saale auch für die Bildende Kunst aus: Am bekanntesten sind die Maler und Zeichner Lucas Cranach der Ältere (1472–1553) und der Jüngere (1515–1586), der in Wittenberg geboren wurde. Vater und Sohn sind Repräsentanten der Reformation in der Malerei; Cranach der Ältere schuf das berühmte Porträt Martin Luthers.

Musik

Mehr Aufmerksamkeit erlangte Ende des 17. und im 18. Jahrhundert ein anderer Zweig mittelbischen Kulturschaffens: die Musik. In Magdeburg wurde 1681 Georg Philipp Telemann (–1767) geboren, vier Jahre später in Halle Georg Friedrich Händel (1685–1759), zwei der bedeutendsten Komponisten des

Das Bauhaus in Dessau, 1925/26 von Walter Gropius erbaut.



Spätbarock. Zuvor hatten schon der aus der Nähe von Gera stammende und oft in Weissenfels weilende Heinrich Schütz (1585–1672) und der Organist und Hofkapellmeister Samuel Scheidt aus Halle (1587–1654) die Grundlagen für die musikalische Bedeutung der Region gelegt, vor allem im Hinblick auf die geistliche Vokal- und Orgelmusik. Telemann und Händel, der als Begründer des Oratoriums in den nicht-romanischen Ländern gilt, kamen allerdings vor allem außerhalb ihrer Heimat (in Hamburg und England) zu Ruhm und Geld.

Der aus Eisenach stammende Johann Sebastian Bach (1685–1750), aus heutiger Sicht vermutlich der bedeutendste der drei Komponisten, blieb dagegen im heimischen Mitteldeutschland. Bevor er als Thomaskantor nach Leipzig ging, komponierte er von 1717 bis 1723 als Hofkapellmeister für den musikliebenden Fürsten Leopold in Anhalt-Köthen. In dieser Zeit entstanden unter anderem die „Brandenburgischen Konzerte“ und der erste Teil des „Wohltemperierten Klavier“. Die kontrapunktischen Kompositionen Bachs galten beim Übergang zur Frühklassik als veraltet und dem subjektiven Ausdrucksbedürfnis des Menschen in der Zeit der Aufklärung nicht mehr entsprechend. Seine Werke wurden jahrzehntelang kaum gespielt. Die musikalischen Zentren verlagerten sich nach Mannheim, München und Wien.

Erst im 20. Jahrhundert kann Sachsen-Anhalt wieder einen wichtigen Vertreter der Musik vorweisen: Im Jahre 1900 wurde in Dessau Kurt Weill geboren. Weill entwickelte zusammen mit Berthold Brecht das Epische Theater mit sozialkritischer Prägung. Elemente des Jazz, der Moritat, des Chanson vermischte Weill mit populärer Tanzmusik zum Beispiel in der „Dreigroschenoper“ und in „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“. Weill mußte 1933 in die Vereinigten Staaten emigrieren; er starb 1950 in New York.

Bauhaus

Weills Heimatstadt Dessau errang in den zwanziger Jahren, kurz nachdem sie 1918 zur Hauptstadt des Freistaates Anhalt geworden war, durch eine neue Institution kulturelle Bedeutung: 1925 siedelte das „Bauhaus“, die 1919 von dem Berliner Architekten Walter Gropius gegründete Künstlervereinigung, wegen politischer Konflikte mit der thüringischen Landesregierung von Weimar nach Dessau über. Die Idee, Technik, Handwerk und Kunst zu vereinbaren, war der Kern des künstlerischen Konzepts. Es bestimmt Architektur und Produktgestaltung bis in die Gegenwart. In Dessau lehrten neben Gropius die Architekten Hannes Meyer und Ludwig Mies van der Rohe sowie die Maler Wassily Kandinsky, Paul Klee, Lyonel Feininger, Johannes Itten, Oskar Schlemmer und Laszlo Moholy-Nagy. Die Hinwendung zur schlichten Funktionalität und Sachlichkeit (vor allem des Wohnens) hat in der Bauhaus-Siedlung in Dessau-Törten mit 316 Villen ihren Ausdruck gefunden. 1932 mußte auch das Dessauer Bauhaus („Hochschule für Gestaltung“) unter dem politischen Druck der rechtsradikalen Fraktionen im Stadtrat seine Tätigkeit beenden.

Thüringen

Horst Pötzsch

Geschichtlicher Abriss

So selbstverständlich Thüringen auch 1990 als ein Bundesland wieder entstanden ist, so reicht doch seine Gestalt als ein politisches Gebilde nicht weiter zurück als bis 1920. Seine jetzigen Grenzen wurden sogar erst 1944/45 festgelegt. Das Land Thüringen ist ein Ergebnis der Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg. Es trat an die Stelle von acht fürstlichen Kleinstaaten, zu denen 1944/45 benachbarte preußische Gebiete hinzukamen. Die deutsche Kleinstaaterie wurde in Thüringen besonders augenfällig, da sie hier vom Mittelalter bis in unser Jahrhundert Bestand hatte. Das Land kann daher noch weniger als andere deutsche Bundesländer eine einheitliche politische Tradition vorweisen. Es stellt eher einen geographischen und kulturellen Begriff dar.

Eingliederung ins Fränkische Reich

Die den Thüringer Raum betreffenden historischen Ereignisse weisen bis in die römische Antike zurück. Die germanischen Hermun-

duren, deren engeres Siedlungsgebiet zwischen Elbe, Saale und dem Erzgebirge lag, gerieten im 1. Jahrhundert n. Chr. mit den Römern in Berührung. Aus den Hermunduren, zugewanderten Angeln und Warnen bildete sich während der Völkerwanderungszeit vornehmlich westlich der Saale ein neuer germanischer Stamm, der in einer lateinischen Quelle des späten 4. Jahrhunderts als „toringi“ bezeichnet wurde, woraus der Name „Thüringen“ bzw. „Thüringer“ entstand. Diese Thüringer schufen ein lose geknüpft, größeres Reich, das jedoch 531 und 534 den Franken und Sachsen erlag. Sein mittlerer Teil, etwa das Gebiet zwischen Harz, Unstrut, Werra, Saale und Thüringer Wald – also der überwiegende Teil des heutigen Thüringens –, ging im Fränkischen Reich auf. Die nördlicheren Gebiete bis hinauf zur mittleren Elbe, Ohre und Aller gerieten dagegen unter die Herrschaft der Sachsen; 200 Jahre später eroberten die Franken auch dieses Gebiet. Thüringen stellte seit dem 6.



Der „Sängerkrieg“ auf der Wartburg, 1206/07. Vor dem Landgrafenpaar (oben) treten die berühmtesten Minnesänger der Zeit in einen friedlichen Wettstreit. Miniatur aus der Manessischen Liederhandschrift (um 1330).

Walter Leisering Erläuterungen zu den Karten I–IV

Deutsche Geschichte war immer allgemeine und Landesgeschichte zugleich. Der Versuch, die Geschichte der fünf neuen Bundesländer anhand von wenigen Karten darzustellen, muß sich für den gesamten Raum und für die spätere Entwicklung einzelner Territorien auf wenige Epochenjahre beschränken.

Für das gesamte Gebiet wurden das Ende der Stauferzeit sowie die Jahre 1648 und 1806 als entscheidende Daten gewählt. In einem Reichsgesetz von 1231/32 hatte der Kaiser auf seine Rechte in den Landesherrschaften, die sich in einem langen und schwierigen Prozeß der Expansion und Konzentration gebildet hatten, weitgehend verzichtet. 1648 ist die Entwicklung zu von Kaiser und Reich fast unabhängigen Territorialstaaten abgeschlossen. Mit dem Ende des Heiligen Römischen Reiches 1806 werden diese völlig souveräne Staaten. Für Sachsen wurden die Jahre 1806 und 1815 gewählt. 1806 hat Sachsen, neben Preußen der zweite große und kulturell führende Territorialstaat, seine größte Ausdehnung erreicht. 1815 mußte es schwerste Verluste hinnehmen und tritt an politischer Bedeutung endgültig hinter Preußen zurück. Für Thüringen boten sich die Jahre 1914 und 1920 an. 1914 ist es der am stärksten zersplitterte Raum Deutschlands, 1920 wird mit der Bildung des Landes Thüringen erstmals der politische Zusammenschluß zu einem größeren historischen Raum eingeleitet.

Brandenburg als Teil Preußens und Mecklenburg haben nach 1806 keine wesentlichen Veränderungen erfahren, die die Darstellung auf einer Karte erfordert hätten.

Dagegen hat das jüngste der neuen Länder, Sachsen-Anhalt, eine so komplizierte Entstehungsgeschichte und bereits so viele Veränderungen erlebt, daß dies in einer Karte dargestellt werden soll.

Karte I: Landesherrschaften um 1250

Die wichtigste Aufgabe der Landesherren werden der Landesausbau und der Aufbau einer Verwaltung, eine Aufgabe, deren Bewältigung in diesem Raum wegen der großen Ostbewegung besondere Kräfte erfordert.

Zwar versuchten auch die Staufer, bis zur Mulde vorzudringen und dort ein Reichsland aufzubauen, doch war ihnen kein dauernder Erfolg beschieden. So muß zwar nicht gegen den Kaiser, aber doch ohne ihn der Landesausbau durch andere Instanzen erfolgen, die Gewähr für Dauer bieten können. Auf geistlicher Seite sind dies die geistlichen Fürsten, der Erzbischof von Magdeburg und die Bischöfe von Ratzeburg, Schwerin, Havelberg, Brandenburg, Lebus, Halberstadt, Merseburg, Naumburg und Meißen. Nur Magdeburg und Halberstadt gelingt die Bildung eines größeren Territoriums, hingegen können die drei brandenburgischen Bistümer ihre Landesherrschaft nicht auf Dauer behaupten. Auf weltlicher Seite sind es vor allem die beiden großen Dynastien der Askanier und Wettiner. Das große askanische Herrschaftsgebiet besteht nicht lange. Die Markgrafen von Brandenburg sterben schon 1320 aus, die Herzöge und Kurfürsten von Sachsen-Wittenberg 1422. Während das Haus Askanien politisch bedeutungslos wird, steigt das Haus Wettin in den nächsten Jahrhunderten stetig auf.

Karte I: Städte, Bistümer, Klöster um 1250

Zentren der materiellen und geistigen Kultur sind neben einigen landesherrlichen Burgen wie der Wartburg, der Burg Neuenstein bei Freyburg an der Unstrut und einigen anderen vor allem die Städte und Klöster.

Die Zeit bis 1250 ist die große Zeit der Neugründung von Städten und der Verleihung von Stadt-

rechten an bereits bestehende ältere Siedlungen. An diesem Kulturwerk, das ein dichtes Netz von Städten schafft, deren Namen die Karte nicht alle tragen kann, sind überall Landesherren, geistliche wie auch größere und kleinere weltliche, beteiligt. Allein den als Städtegründern gerühmten askanischen Markgrafen Johann I. und Otto III. von Brandenburg verdanken etwa 30 Städte ihre Entstehung oder entscheidende Förderung.

Von größter Bedeutung für die kulturelle Entwicklung wie auch für den Landesausbau wird zunächst der Mönchsorden der Prämonstratenser, dessen Gründer Norbert von Xanten, seit 1126 Erzbischof von Magdeburg, dort ein Stift gründet, das weithin ausstrahlt. Um die innere Kolonisation wohl noch verdienter werden die Zisterzienser mit ihren zahlreichen Klöstern, von denen nur besonders wichtige, wie Lehnin, Chorin, Doberan, Pförtz und Altlein, in die kleine Karte aufgenommen werden konnten.

Karte II: Territorien 1648

Im Westfälischen Frieden 1648 wird die Entwicklung zu geschlossenen, von Kaiser und Reich weitgehend unabhängigen Territorialstaaten, die in Flächenfarben dargestellt werden können, abgeschlossen.

Dazu ergeben sich große Veränderungen im Gebietsstand.

Mecklenburg erwirbt die Bistümer Ratzeburg und Schwerin, verliert aber Wismar an Schweden. Auch ganz Vorpommern fällt an Schweden. Kurbrandenburg, seit 1415 im Besitz der Hohenzollern, erhält Hinterpommern, das Bistum Halberstadt und die Anwartschaft auf das Erzbistum Magdeburg, die 1680 fällig wird. Kursachsen erreicht die Anerkennung der Eingliederung der Bistümer Merseburg, Naumburg und Meißen in sein Territorium und des Besitzes der ihm im Prager Sonderfrieden 1635 abgetretenen Lausitzen.

Karte II: Territorien 1806

Zwischen 1648 und 1806 haben sich mehrere Veränderungen des Gebietsstandes ergeben. Mecklenburg, seit 1701 letztmals in die Teilherzogtümer Schwerin und Strelitz geteilt, erwirbt 1803 Wismar von Schweden zurück. Preußen erwirbt Schwedisch-Vorpommern bis zur Peene 1720, das übrige jedoch erst 1815. 1780 teilt es mit Kursachsen die Grafschaft Mansfeld und erhält dabei zwei Fünftel, und schließlich werden ihm im Reichsdeputationshauptschluß von 1803 die Reichsstädte Mühlhausen und Nordhausen sowie der kurmainzische Besitz in Thüringen mit Mainz und endgültig auch Quedlinburg zugesprochen.

Karte III: Kursachsen 1806

Für ihre Beteiligung am Schmalkaldischen Krieg 1547 auf Seiten des Kaisers hat die albertinische Linie der Wettiner den größeren Teil des ernestinischen Besitzes mit Wittenberg und die Kurwürde erhalten. Mit den Erwerbungen im Westfälischen Frieden (s. Karte II) wird Kursachsen der zweite große Flächenstaat nach Brandenburg-Preußen. Den Siebenjährigen Krieg übersteht es noch ohne Gebietsverluste und kann sogar im Einvernehmen mit Preußen 1780 noch drei Fünftel der Grafschaft Mansfeld erwerben.

Karte III: Sachsen 1815

Sachsen, seit 1806 Königreich, wird im Frieden von Posen 1806 von Napoleon geschont und erhält 1807 Cottbus von Preußen. Sachsens König löst sich zu spät von der Bindung an Napoleon und muß dies 1815 mit dem Verlust von 57,5 Prozent der

Fläche und 42,2 Prozent der Bevölkerung seines Königreiches schwer bezahlen. Auch durch die Zuweisung des Restteils der preußischen Provinz Schlesien mit Görlitz 1945 und durch den freiwilligen Anschluß von einigen Kreisen des Landes Sachsen-Anhalt 1990 kann dieser Verlust nur teilweise ausgeglichen werden.

Karte III: Die thüringischen Staaten 1914

Die sächsischen Herzogtümer der ernestinischen Wettiner, die Fürstentümer der Schwarzburg und Reuß bleiben weiterhin so zersplittert, daß eine Karte dieses Maßstabs die Zerrissenheit Thüringens nur andeuten kann.

Nach dem Aussterben der Linie Gotha-Altenburg 1825 erfolgt 1826 eine Neuverteilung des gesamten Besitzes des Gothaischen Zweiges unter Meiningen, Hildburghausen und Coburg-Saalfeld. Ihr Ergebnis sind die Herzogtümer Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Coburg und Gotha. Alle späteren, vor allem von Sachsen-Weimar betriebenen Bestrebungen mit dem Ziel einer Flurbereinigung in Thüringen scheitern an partikularen Interessen.

Karte III: Thüringen seit 1920

Erst nach der Abdankung der Fürstenhäuser 1918 ist 1920 der Weg frei zum Zusammenschluß ganz Thüringens. Nur Coburg, das stärker zum fränkischen als zum mitteldeutschen Raum tendiert, entscheidet sich 1920 für den Anschluß an Bayern. Der preußische Regierungsbezirk Erfurt und der Kreis Schmalkalden werden Thüringen 1944 zugewiesen, doch wird die Vereinigung faktisch erst 1945 vollzogen.

Karte IV: Sachsen-Anhalt

Das jüngste der fünf neuen Bundesländer ist Sachsen-Anhalt. Preußen gründet 1815 aus altem Besitz (Altmark, Herzogtum Magdeburg und anderen) und den von Sachsen abgetretenen Gebieten (s. Karte III) die Provinz Sachsen mit den Regierungsbezirken Magdeburg, Merseburg und Erfurt. Den Namen Sachsen tragen damit nunmehr drei politische Gebilde: das Königreich Sachsen, das Großherzogtum Sachsen-Weimar und die preußische Provinz Sachsen. Letztere wird noch 1944 in die Provinzen Magdeburg und Halle-Merseburg aufgeteilt, während Erfurt Thüringen zugewiesen wird. 1945 werden die Provinzen Magdeburg und Halle-Merseburg mit dem Land Anhalt (s. Karte IV) zur Provinz Sachsen-Anhalt vereinigt. Diese wird 1947 staatsrechtlich ein Land. Bei der Wiedererrichtung des Landes Sachsen-Anhalt 1990 verliert es einige seiner Kreise an den Freistaat Sachsen (s. Karte III).

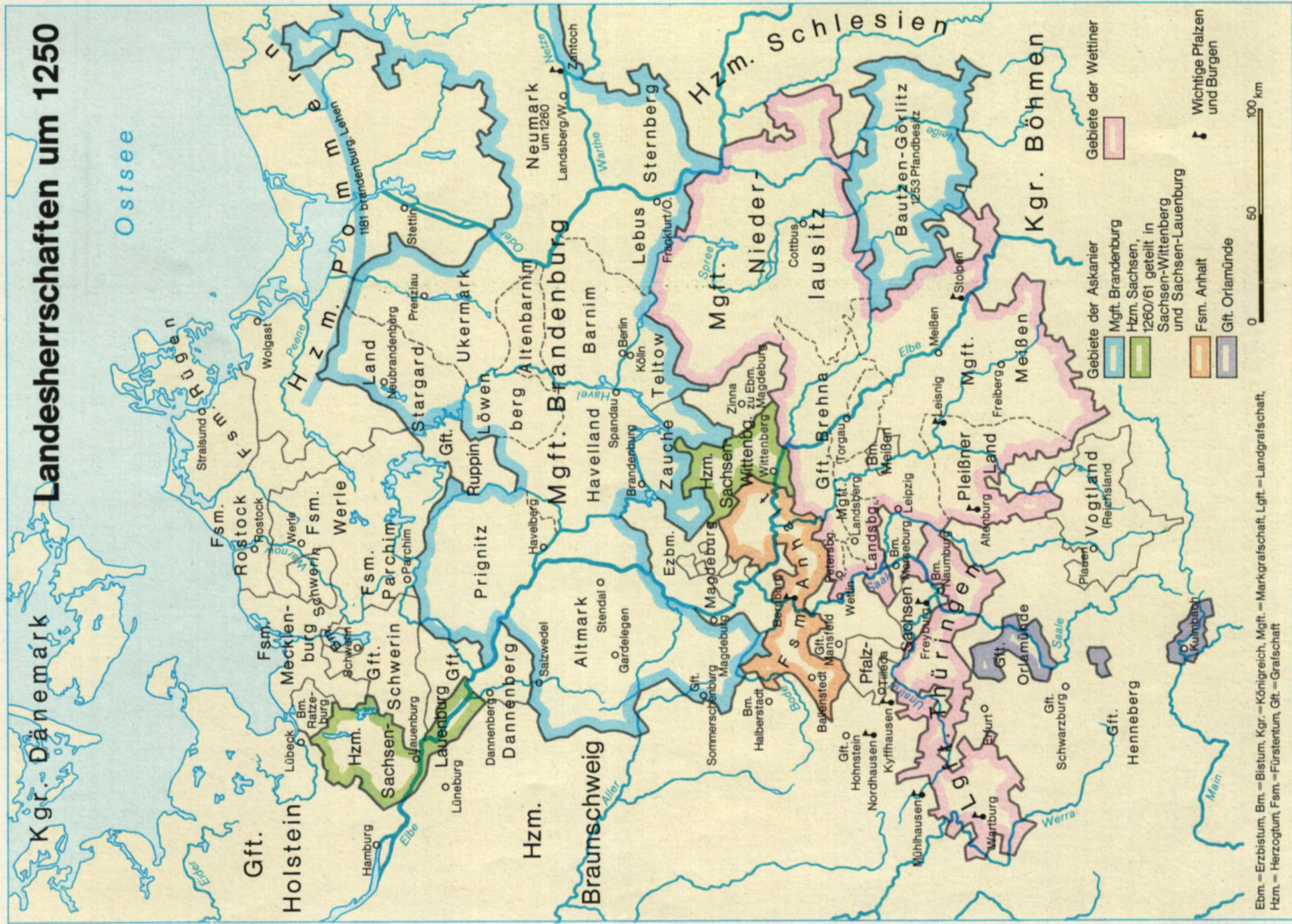
Karte IV: Die anhaltischen Territorien 1797–1863

Wie Thüringen ist auch Anhalt eines der ältesten, aber auch der kleinsten deutschen Länder, bis weit ins 19. Jahrhundert territorial in höchstem Maße zersplittert, denn auch die nach 1797 noch bestehenden drei Teilfürstentümer sind nicht in sich geschlossene Territorien, sondern bilden etwa zwanzig kleine und kleinste Teilchen. Das 1863 nach 260jähriger Trennung wiedervereinigte Anhalt, bis 1918 Herzogtum, dann Freistaat, besteht als Land bis zur Bildung der Provinz Sachsen-Anhalt 1945.

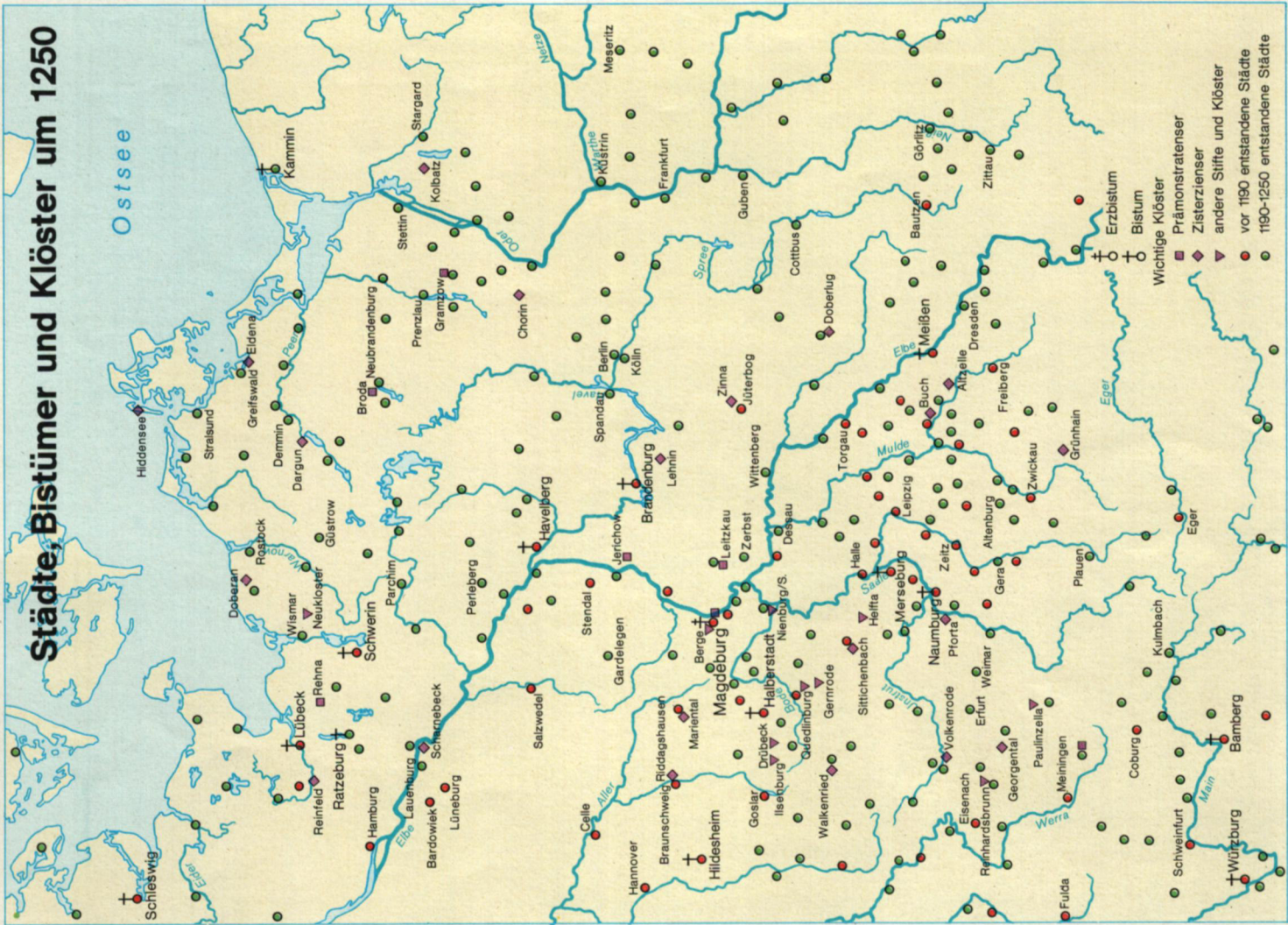
Karte IV: Länder 1945–1952, Bezirke 1952–1990

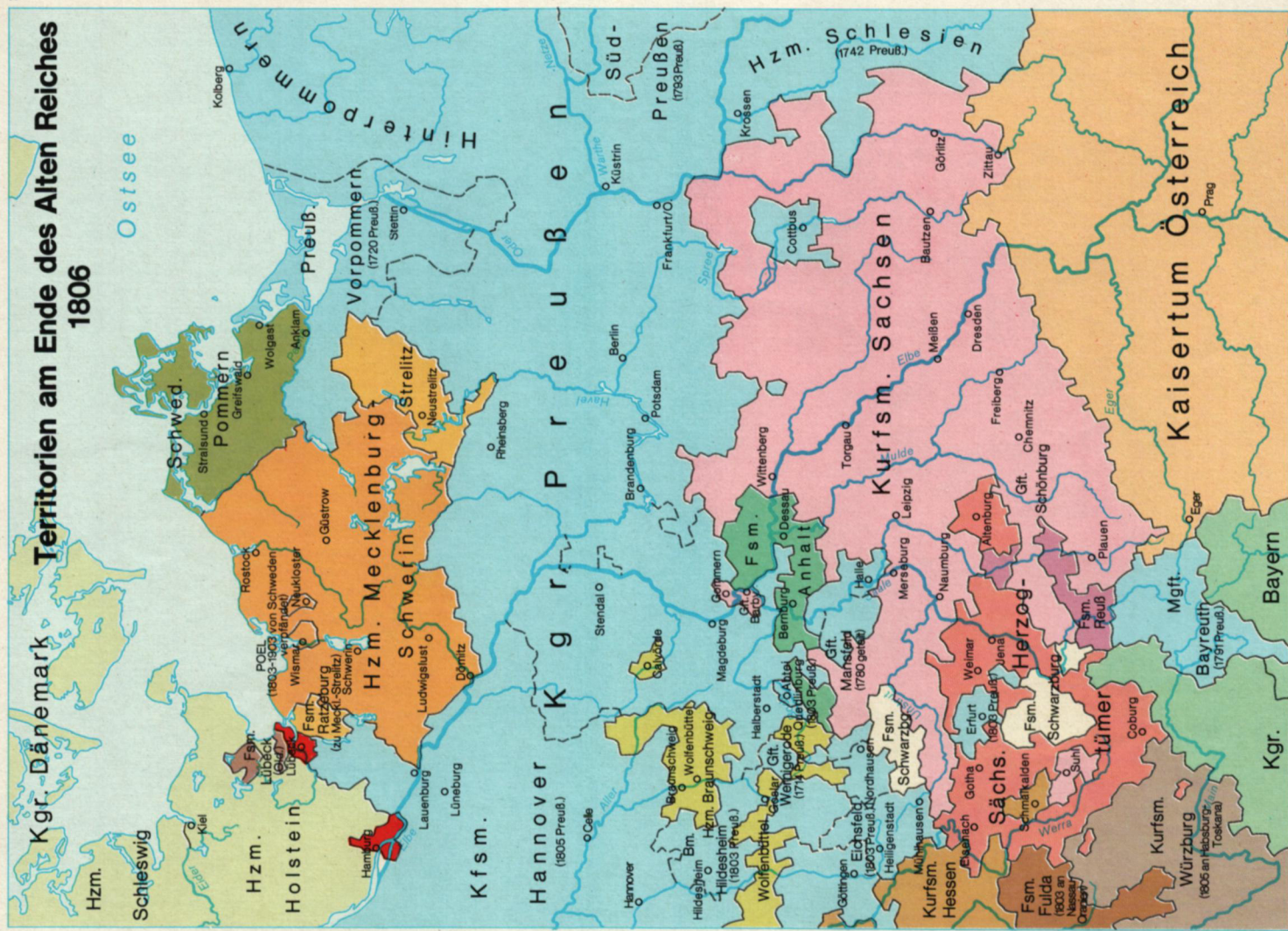
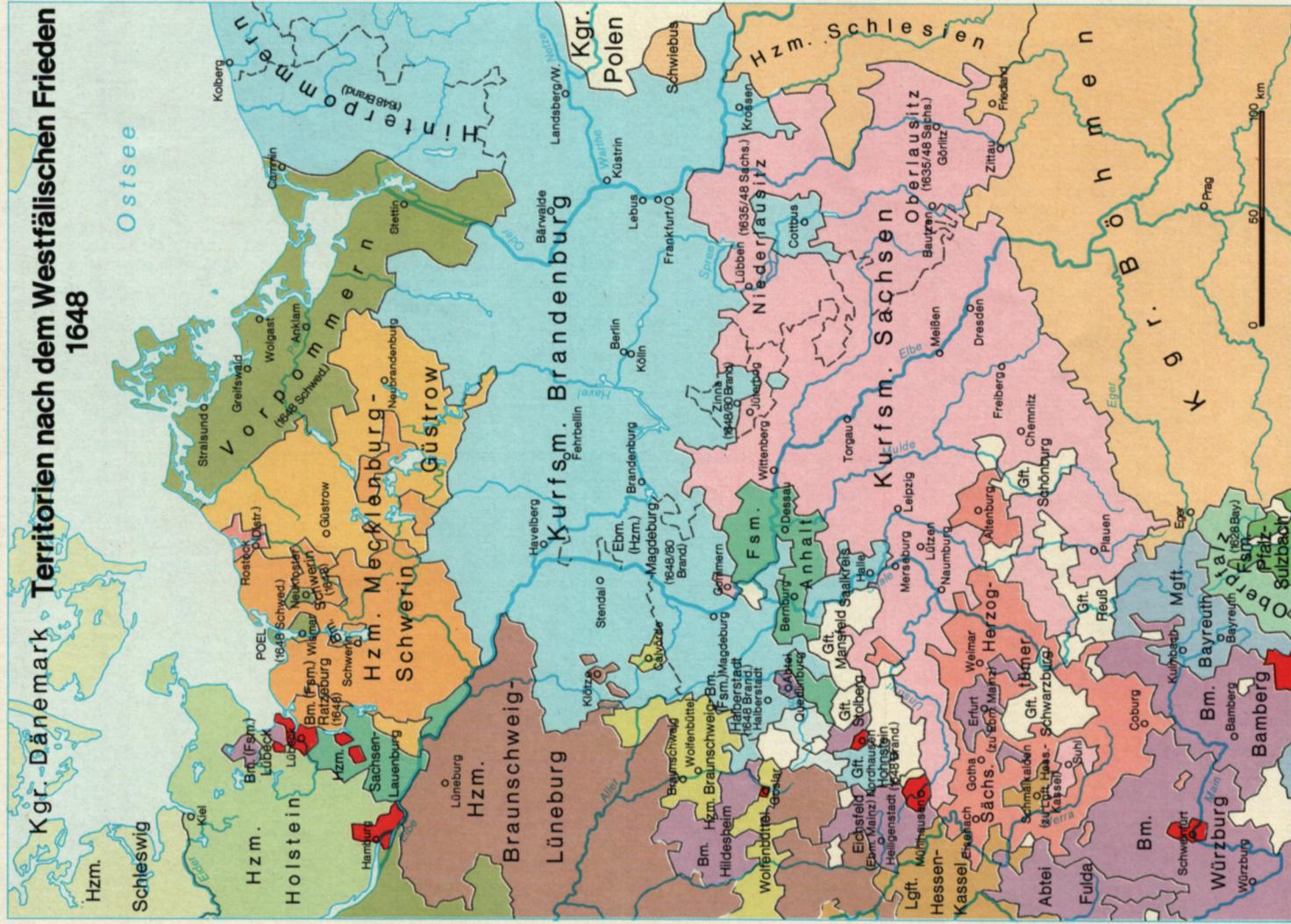
Die Karte zeigt noch einmal die 1945/47 ohne Rücksicht auf historische und geographische Gegebenheiten erfolgte Aufteilung der fünf Länder in 14 Bezirke, mit Ost-Berlin als 15. Bezirk.

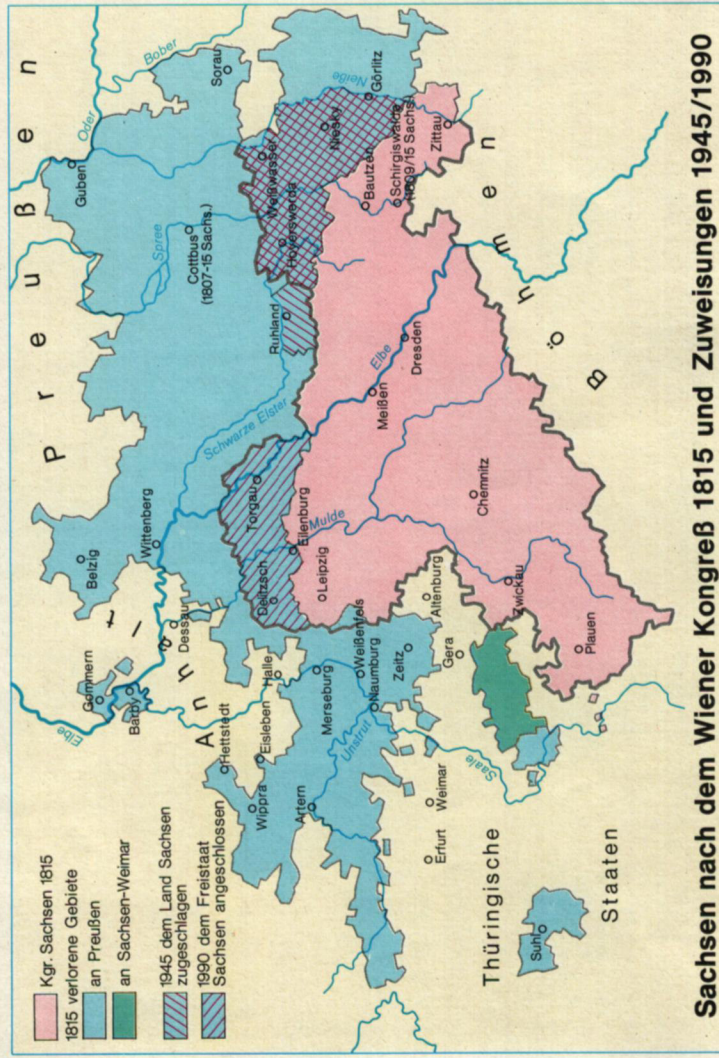
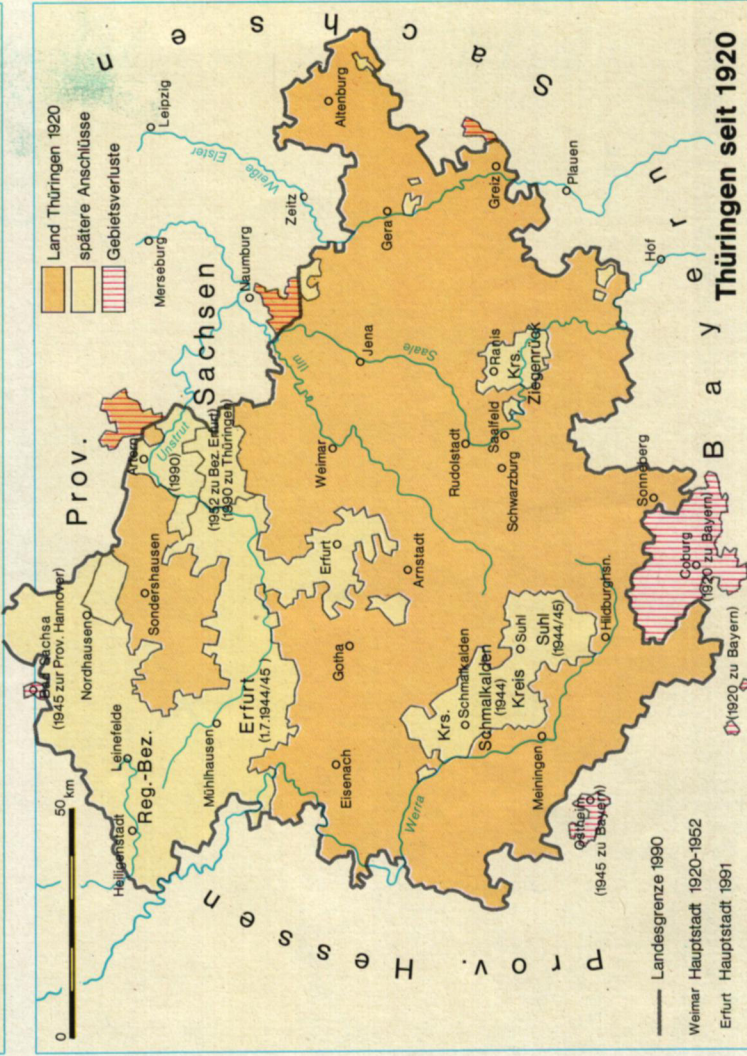
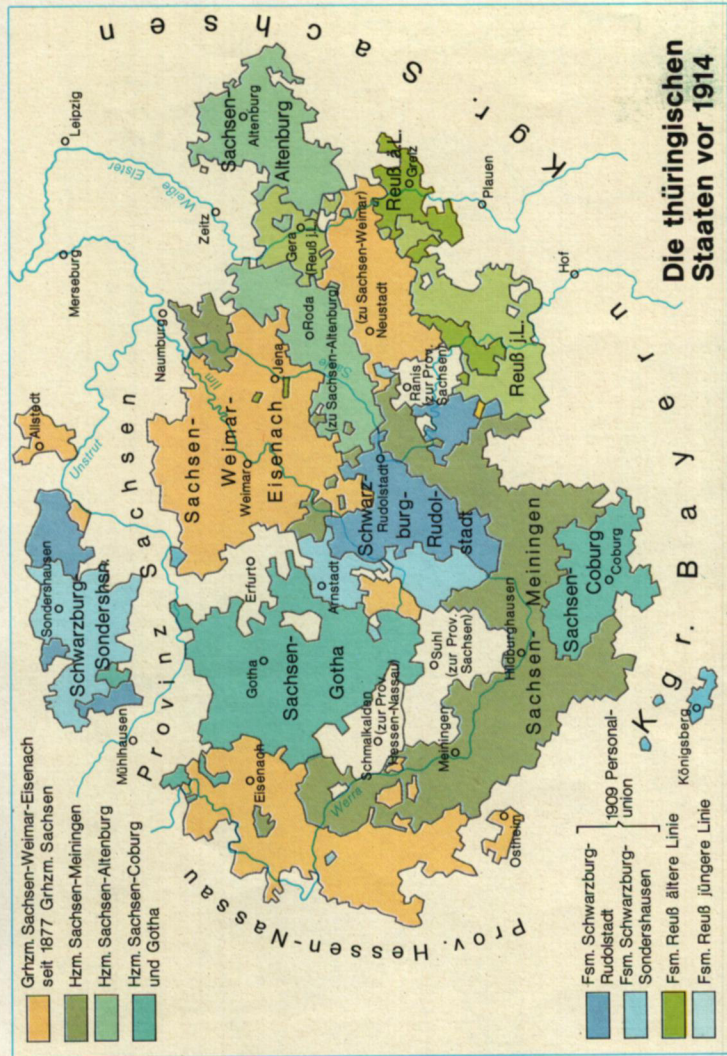
Landesherrschaften um 1250

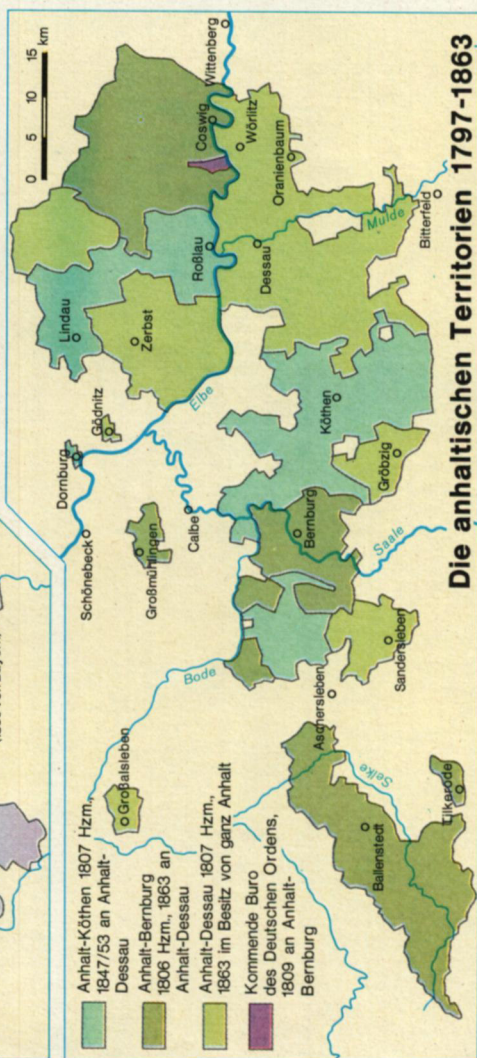
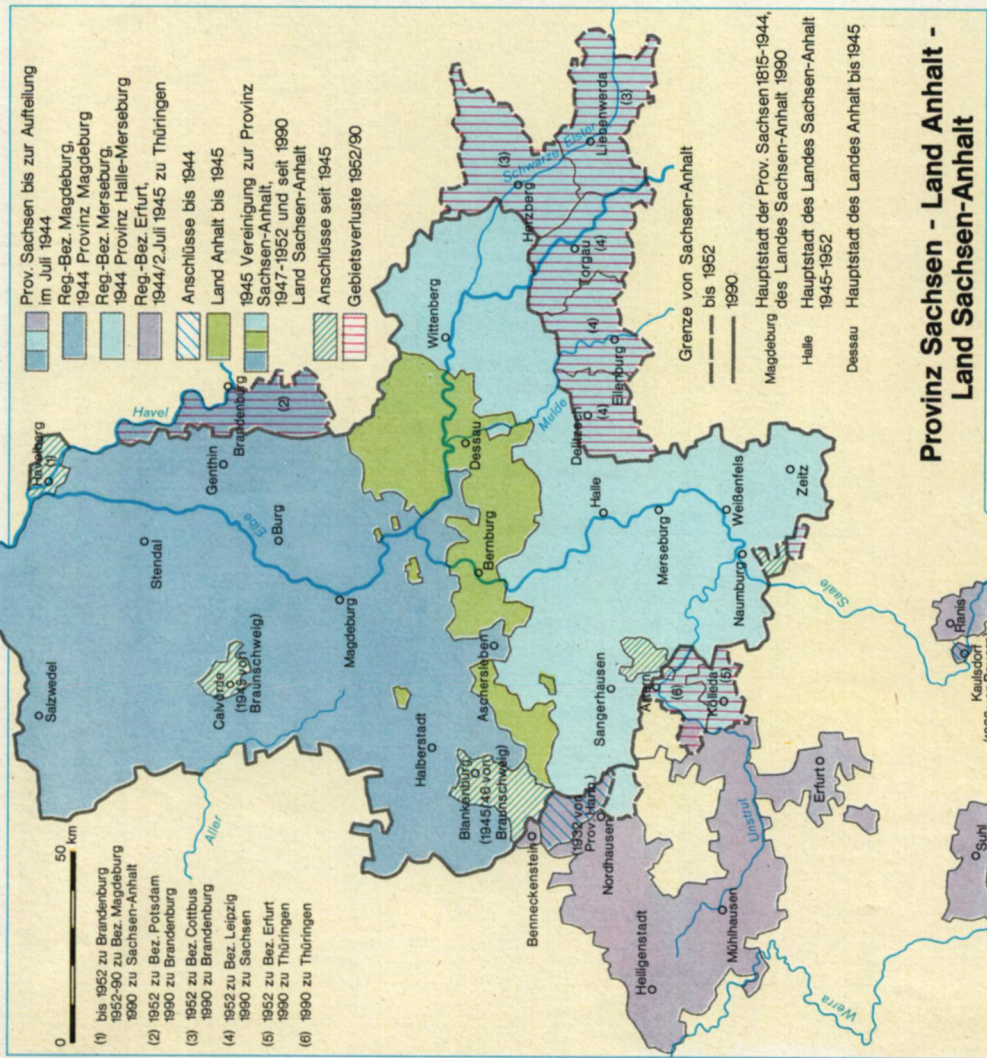
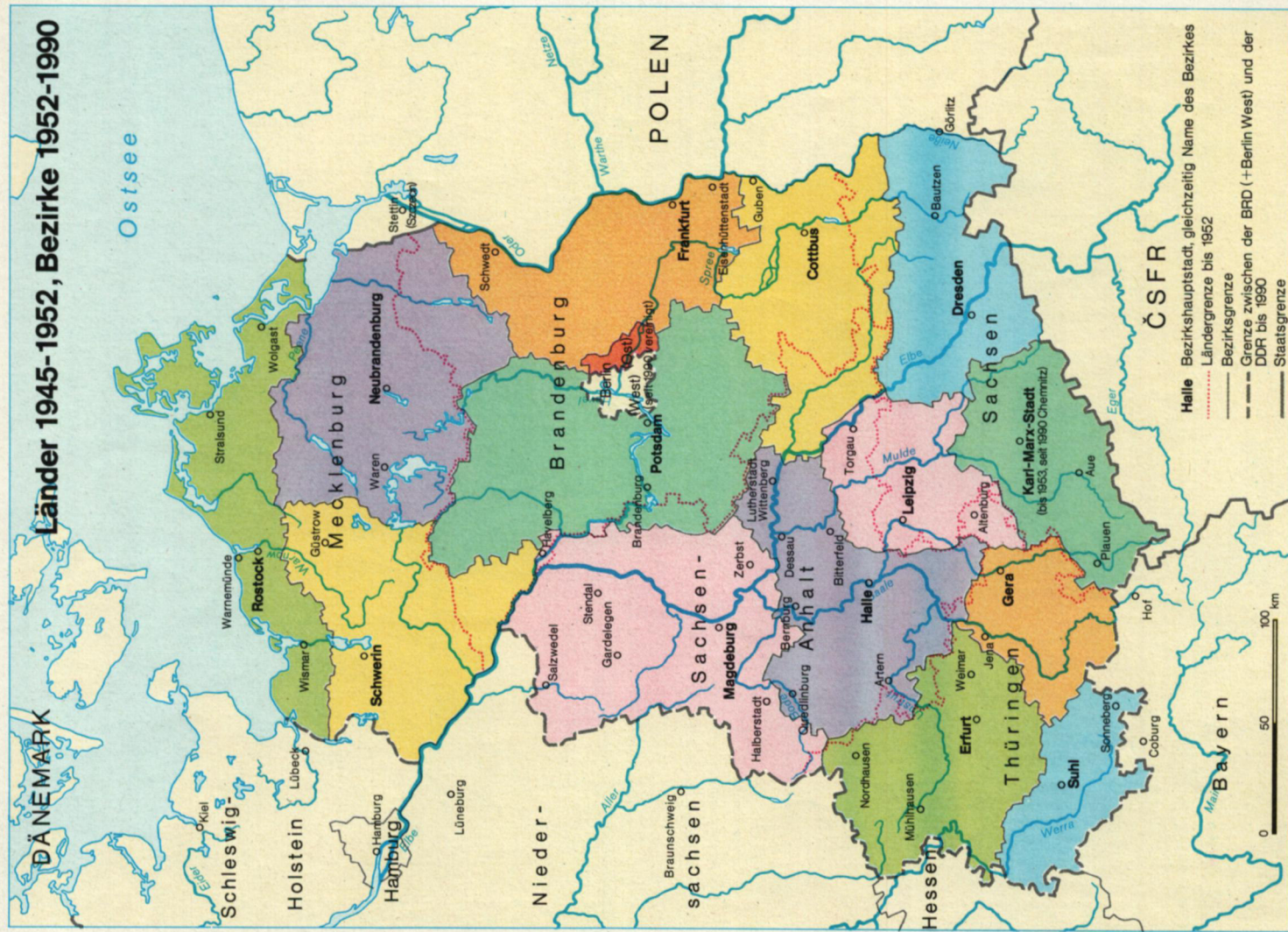


Städte, Bistümer und Klöster um 1250





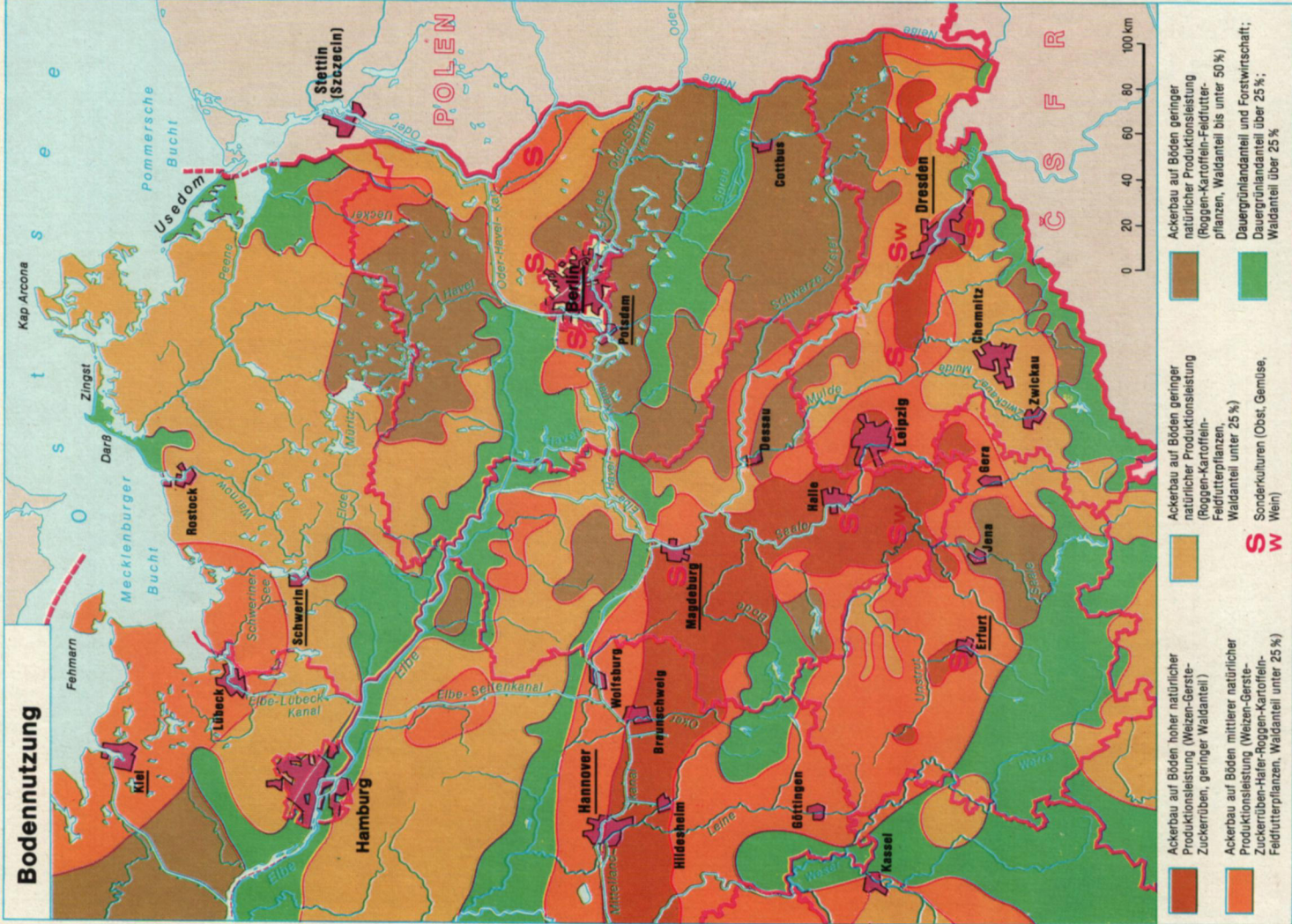
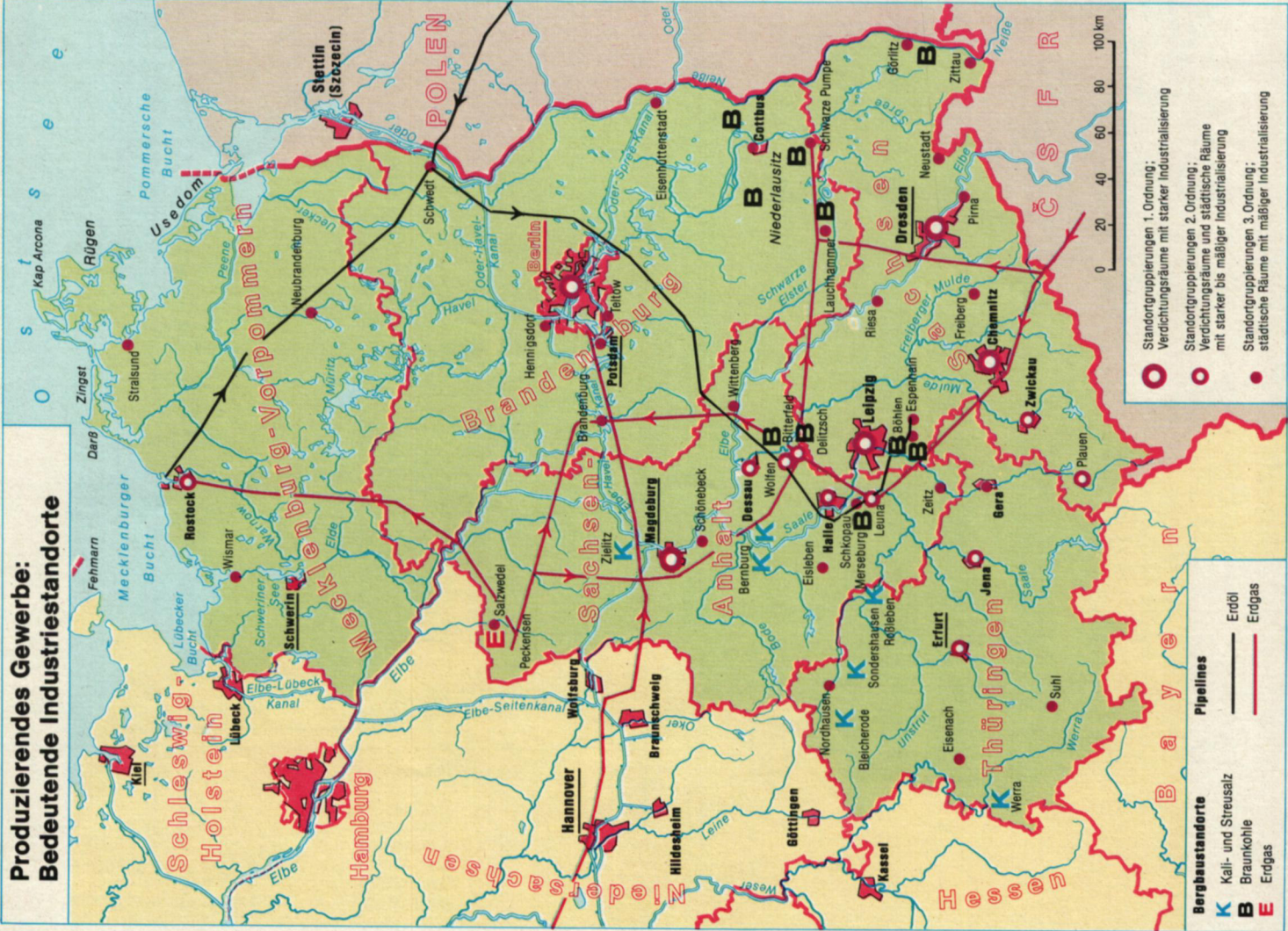




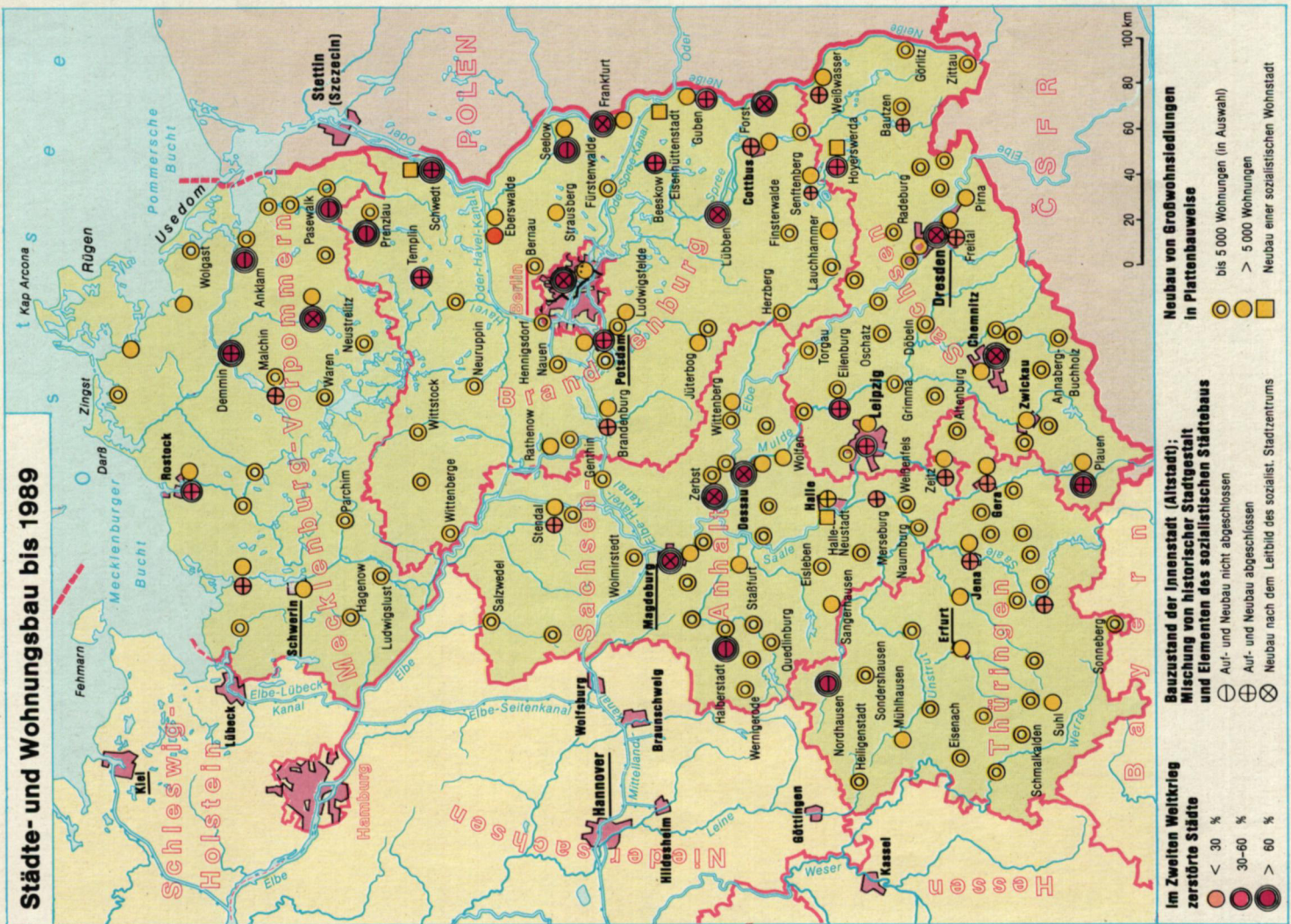
Staatliche Gliederung und Landschaftsformen



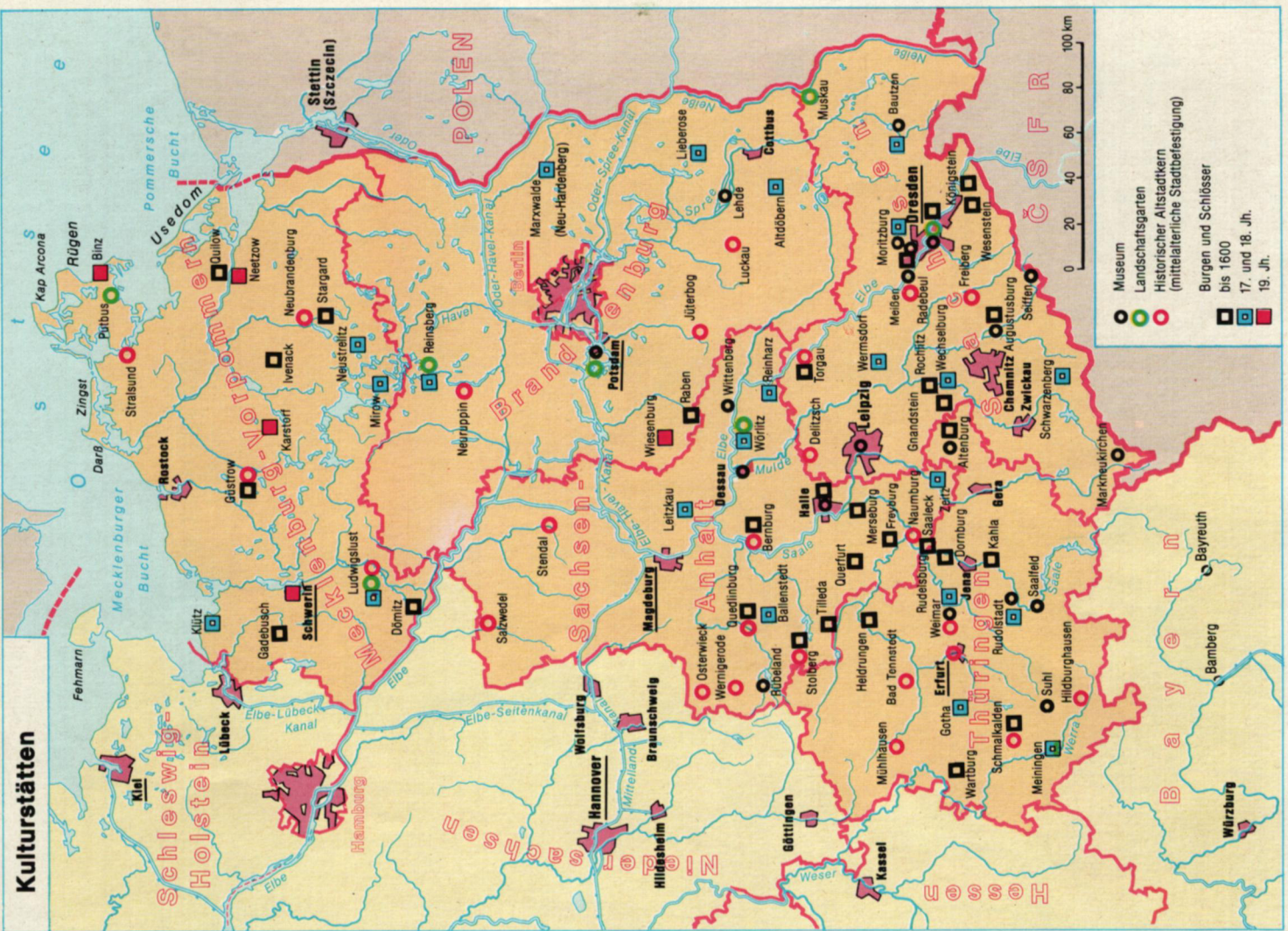
Produzierendes Gewerbe: Bedeutende Industriestandorte

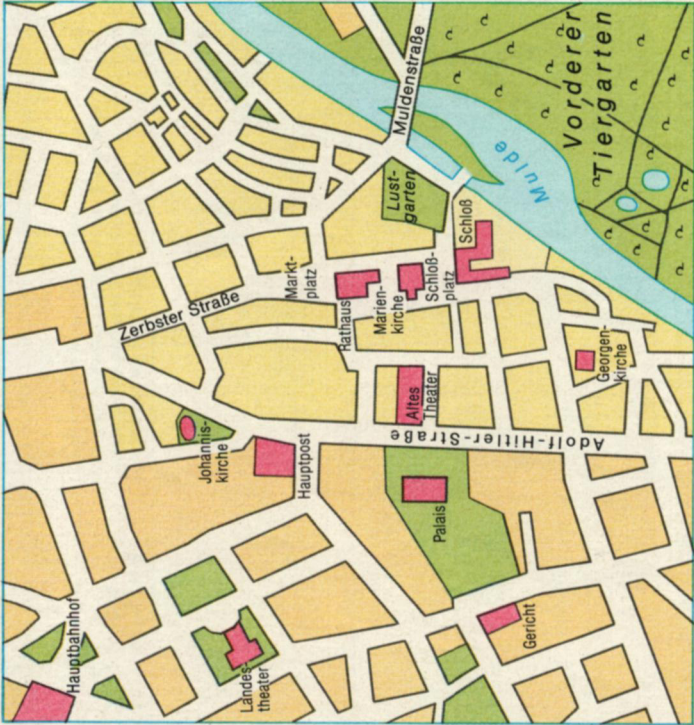


Städte- und Wohnungsbau bis 1989



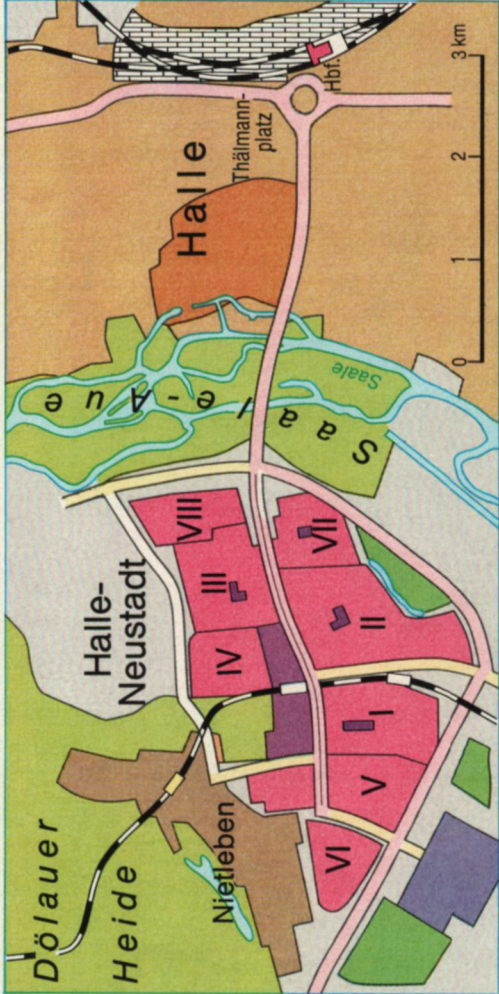
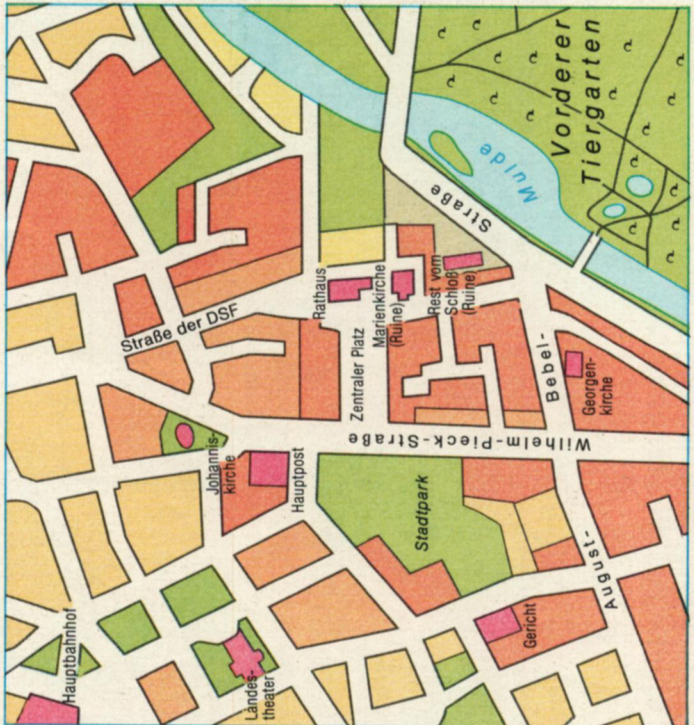
Kulturstätten



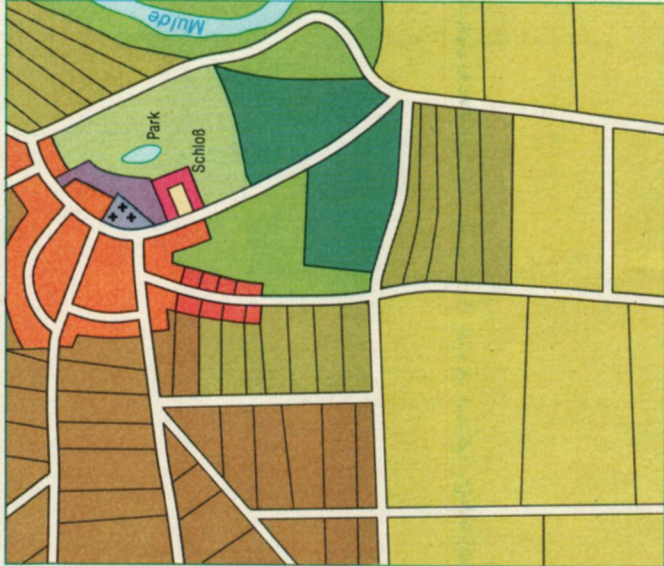


Dessau, Innenstadt

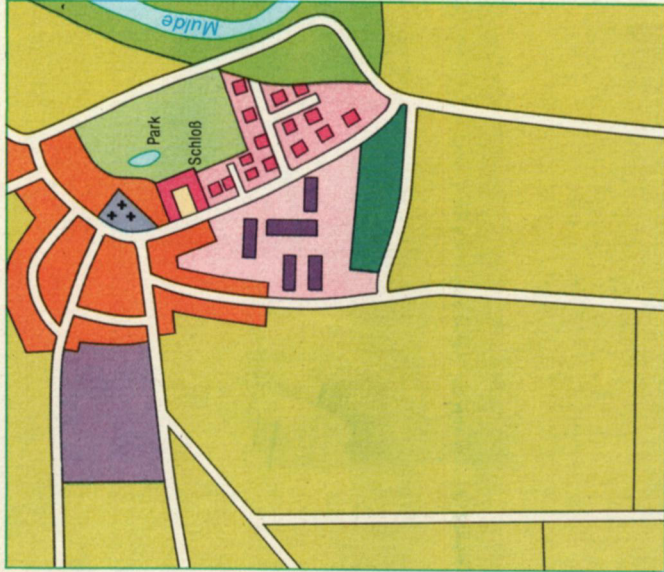
0 150 300 m



Halle-Neustadt, Flächennutzung um 1985



1950



1980



Jahrhundert eine östliche Grenzprovinz des Fränkischen Reiches dar. Christianisierung, fränkische Siedlung und eine neue Verwaltungsstruktur banden Thüringen allmählich immer fester in das Fränkische Reich ein. Ländereien wurden zu königlichem Besitz erklärt, Königshöfe errichtet, die Grafenschaftsverfassung, wie sie auch aus anderen Grenzabschnitten des Reiches bekannt war, eingeführt. Der Ausbau von Grenzmarken seit dem 12. Jahrhundert, insbesondere von Brandenburg und Meißen, verschob Thüringen von einer Randlage zu einer Mittellage im Reich.

Christianisierung

Die Christianisierung Thüringens wurde vor allem von Bonifatius (um 675–754) vorangetrieben. Der „Apostel der Deutschen“ schuf in den zehn Jahren, die er in Thüringen wirkte, die geistigen und organisatorischen Grundlagen für die Missionierung der Thüringer. 742 berichtete er dem Papst über die Entstehung eines Bistums Erfurt. Um 755 wurde Erfurt mit dem Erzbistum Mainz vereinigt und entwickelte sich schließlich zu einem wirtschaftlichen, politischen und kirchlichen Zentrum an der Ostgrenze des Frankenreiches. Von hier aus nahm die Christianisierung der Sachsen und der Slawen ihren Ausgang.

Vom übrigen Fränkischen Reich unterschied sich Thüringen in der Rechtsordnung und gesellschaftlichen Entwicklung; beide Faktoren erwiesen sich nicht tragend genug, um hier ein dauerhaftes, neues Stammesherzogtum entstehen zu lassen. Thüringen bildete eine zu schmale territoriale Basis mit einer entsprechend ungenügenden materiellen Ausstattung, um sich zwischen dem fränkischen und dann dem sächsischen Einfluß als eine selbstbestimmte Kraft im alten Reich behaupten zu können.

Die Ludowinger

Im beginnenden 12. Jahrhundert setzten sich jedoch schließlich im westlichen Thüringen, von der Schauenburg bei Friedrichsroda südlich von Gotha ausgehend, das Geschlecht der Ludowinger (Stammvater Ludwig der Bärtige, 2. Hälfte des 11. Jahrhunderts) in Eisenach (Beginn des Baus der Wartburg), Sangerhausen, im Thüringer Wald und an der Unstrut fest. Das Grafengeschlecht gewann eine Vormachtstellung in Thüringen und wurde 1130 vom Kaiser mit der Landgrafenwürde ausgezeichnet. Diese Auszeichnung hob die Ludowinger zwar aus der Reihe der anderen gräflichen Geschlechter heraus, war aber mit keinem wesentlichen Machtgewinn verbunden. Sie hätte der Ausgangspunkt für den Aufstieg zur fürstlichen Macht in Thüringen werden können, aber die Ludowinger nutzten ihre Möglichkeiten nicht. Vor allem gelang es ihnen nicht, das thüringische Kerngebiet um Erfurt, das weiterhin zum Erzbistum Mainz gehörte, ihrem Machtbereich einzugliedern.

Die Epoche der Ludowinger im 12. und in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts war eine Blütezeit Thüringens. Ihre Hofhaltung auf der Wartburg bildete ein herausragendes



1525: Schlacht zwischen Bauernheer und Landsknechtscharen der Fürsten bei Frankenhausen.

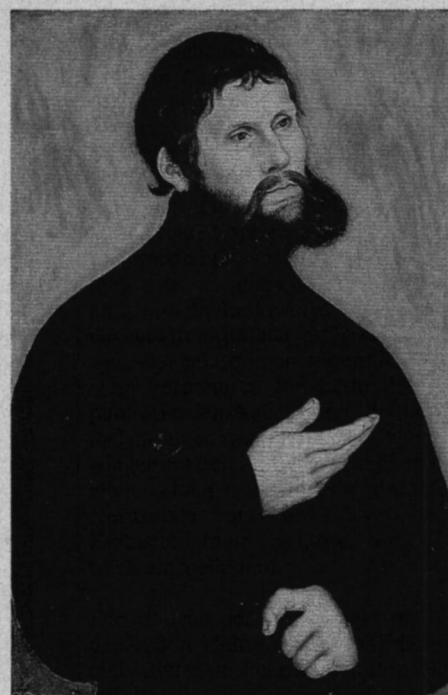
Zentrum mittelalterlichen Kulturlebens. Es war die Zeit der höfischen Epik und des Minnesangs. Auf der Wartburg wurde der Wettstreit der Minnesänger, unter ihnen Wolfram von Eschenbach, Heinrich von Ofterdingen, Heinrich von Veldeke und Walter von der Vogelweide, ausgetragen; ihr „Sängerkrieg“ ist das Thema von Wagners „Tannhäuser“. Auf der Wartburg lebte die ungarische Königstochter Elisabeth (1207–1231), die Gemahlin des Landgrafen Ludwig IV., die wegen ihrer Fürsorge um Arme und Kranke 1235 heiliggesprochen und zur Schutzpatronin Thüringens wurde.

Die Herrschaft der Wettiner

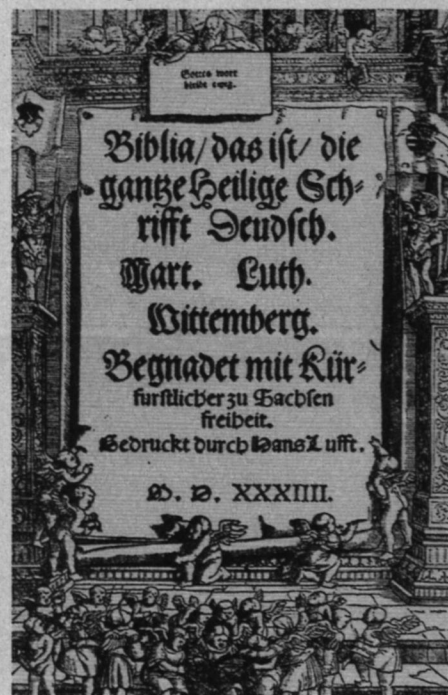
Als der letzte Landgraf von Thüringen aus dem Hause der Ludowinger, Heinrich Raspe

(1204–1247), der sogar 1246 als Gegenkönig zu Friedrich II. von Hohenstaufen (1194–1250) gewählt worden war, kinderlos starb, übernahmen die Wettiner, Markgrafen von Meißen, die landgräflichen Amts- und Herrschaftsrechte in Thüringen. Dadurch verlor Thüringen seine dynastisch-politischen Beziehungen zum westlichen Mitteldeutschland, und die östlich gelegene Markgrafschaft Meißen übernahm eine bestimmende Rolle in Thüringen. Im sogenannten Grafenkrieg zwischen dem wettinischen Landesherrn und den thüringischen Grafen zwangen die Wettiner 1346 alle thüringischen Territorialherren, ihre Lehnshoheit anzuerkennen. Sich selbst sicherte das machtbewußte Geschlecht eine eigene Territorialherrschaft in einem breiten Streifen von der Werra bis zur Elster, dem sich im Osten das Meißener Ge-

Luther als „Junker Jörg“ um 1521 nach dem Gemälde von Lucas Cranach d. Ä.



Erste deutsche Gesamtbibel von 1534 in der Übersetzung von Luther.



biet bis über die Elbe hinaus anschoß. Im Jahre 1423 erwarb der Wettiner Markgraf Friedrich der Streitbare mit dem bisherigen askanischen Gebiet um Wittenberg auch die sächsische Kur- und Herzogswürde. Danach bürgerte sich der Name Sachsen für die gesamte Wettiner Herrschaft einschließlich Thüringens ein. Die Chance, einen größeren fürstlichen Territorialstaat in Deutschlands Mitte zu schaffen und dauerhaft Einfluß auf die Reichspolitik zu nehmen, wurde durch Erbteilungen verspielt, zuletzt durch die Teilung des Jahres 1485 in die ernestinische und die albertinische Linie der Wettiner (siehe Sachsen, S. 27).

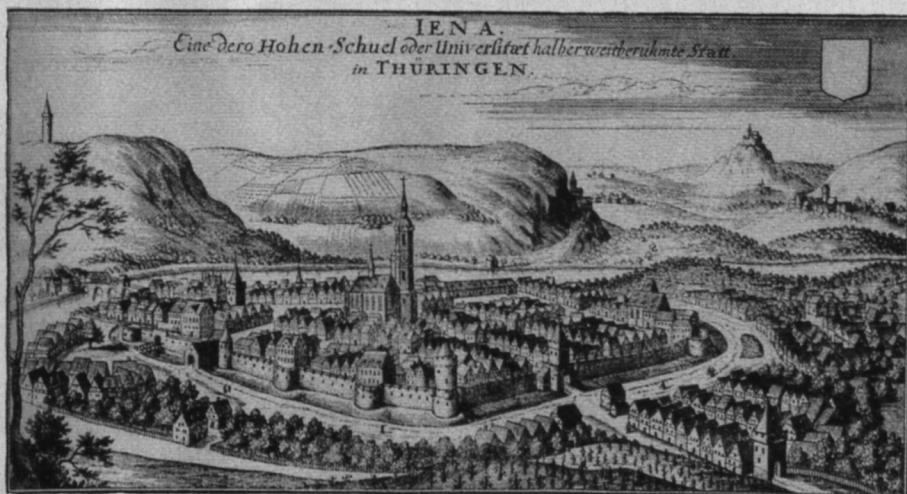
Die Reformationszeit

Die Reformation breitete sich in ganz Thüringen schon sehr früh rasch aus. Sie erfaßte seit 1522 das ernestinische Land und die thüringischen Kleinstaaten, ausgenommen blieben die zum geistlichen Kurfürstentum Mainz gehörenden Gebiete, die Stadt Erfurt und das Eichsfeld. Das Eichsfeld blieb bis heute katholisch, während Erfurt überwiegend protestantisch wurde. Die kriegerischen Auseinandersetzungen im Gefolge der Reformation sollten der Machtstellung des ernestinischen Kurfürstentums ein Ende bereiten. Protestantische Fürsten hatten im thüringischen Schmalkalden 1531 ein Bündnis zur Verteidigung des evangelischen Glaubens geschlossen. In der Schlacht bei Mühlberg 1547 wurde der „Schmalkaldische Bund“ von den Truppen des katholischen Kaisers Karl V. besiegt. Kurfürst Johann Friedrich I. geriet in Gefangenschaft und verlor die Kurlande und die Kurfürstenwürde an den Albertiner Moritz von Sachsen, der auf der Seite des Kaisers gestanden hatte. Die Ernestiner blieben von nun an auf ihre thüringischen Besitzungen beschränkt. Thüringen spielte fortan in der Reichspolitik keine Rolle mehr. Nach dem Verlust Wittenbergs wurde Weimar zur Residenz der Ernestiner. 1548 wurde als Ersatz für Wittenberg eine Universität in Jena gegründet.

Flickenteppich von Kleinstaaten

Im Gegensatz zu den Albertinern führten die Ernestiner bis in das 18. Jahrhundert den Erbspruch des erstgeborenen Fürstsohns nicht ein und teilten ihr verbliebenes Gebiet weiter auf, so daß Ende des 17. Jahrhunderts nicht weniger als zehn Linien des wettinischen Hauses in Thüringen einen kleinen Staat regierten. Ferner gab es noch neun reußische und drei schwarzburgische regierende Linien in Thüringen, schließlich die kurmainzischen Besitzungen Erfurt und Eichsfeld, das zu Hessen-Kassel gehörende Schmalkalden und die beiden Reichsstädte Mühlhausen und Nordhausen. Thüringen bildete letztlich bis 1918 einen bunten Flickenteppich von Kleinstaaten.

Eine territoriale „Flurbereinigung“ brachte die Neuordnung Deutschlands zu Beginn des 19. Jahrhunderts, zuerst im „Reichsdeputationshauptschluß“ (1803), als die meisten geistlichen Fürstentümer und fast alle Reichsstädte größeren Staaten zugeschlagen wurden, und dann durch den Wiener Kon-



Jena. Kupferstich von G. Bodenehr.

greß 1815. Danach waren ein zusammenhängendes Gebiet in Nordthüringen einschließlich der Stadt Erfurt und einige verstreute kleinere Territorien in preußischem Besitz. Immer noch bestanden zwölf thüringische Kleinstaaten, von denen Sachsen-Weimar der bedeutendste war. Sein Herrscher war im Kampf gegen Napoleon ein treuer Verbündeter Preußens gewesen, und sein Sohn hatte eine russische Großfürstin geheiratet. Sachsen-Weimar wurde zum Großherzogtum erhoben und erheblich vergrößert.

Kultur und Nationalstaatsgedanke

Alle diese Kleinstaaten waren machtpolitisch bedeutungslos, um so offener aber für vielfältige kulturelle und gesellschaftliche Strömungen. Viele dieser kleinen Residenzen entwickelten sich zu kulturellen Mittelpunk-

ten, die dem thüringischen Raum eine herausragende Stellung in der deutschen Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts verschafften. 1816 gab der Großherzog von Weimar als erster deutscher Fürst seinem Land eine fortschrittliche Verfassung, in Weimar wurde der erste Landtag eröffnet. Die Universität Jena wurde gegen die herrschenden Kleinstaaten zu einem Hort der Vorstellungen von einem freiheitlichen und einigen Deutschland. Im Jenaer Gasthof „Zur grünen Tanne“ wurde 1815 die Deutsche Burschenschaft gegründet, eine Organisation der deutschen Studenten, die die nationale Einigung Deutschlands erstrebte. Von der Jenaer Burschenschaft ging die Initiative zum Wartburgfest 1817 aus.

Von 1848 bis zur Gründung des Kaiserreichs

Die Revolution von 1848 erfaßte ganz Thüringen. Die Lage dort war so unsicher, daß von Frankfurt Truppen gesandt und ein „Reichskommissar“ eingesetzt wurde, der „Ruhe und Ordnung“ wiederherstellen sollte. Die thüringischen Abgeordneten des Frankfurter Paulskirchenparlaments gehörten mehrheitlich zur Linken und zur linken Mitte.

Der Krieg von 1866, zwischen Preußen und Österreich, brachte für Thüringen weniger territoriale als politische Änderungen. Der hessische Kreis Schmalkalden wurde preußisch, alle thüringischen Staaten wurden Mitglieder des Norddeutschen Bundes und verloren einen erheblichen Teil ihrer Rechte als souveräne Staaten. Am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 nahmen die Staaten Thüringens schon ganz selbstverständlich teil. Die Gründung des Kaiserreichs fand ihre besondere Zustimmung.

Die wirtschaftliche Entwicklung

Die territoriale Zersplitterung und die natürlichen Bedingungen verhinderten, daß Thüringen zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum zusammenwuchs oder daß auch nur Industrie- und Handelszentren von überre-

Denkmal Thomas Müntzers vor den Mauern Mühlhausens.



gionaler Bedeutung entstanden. Auf der Grundlage der wenigen Bodenschätze und Rohstoffe entwickelte sich jedoch schon früh eine vielfältige gewerbliche Produktion, die später Erzeugnisse von Weltgeltung hervorbrachte. Die Spielwarenindustrie in Sonneberg entstand schon im 14. Jahrhundert und bestritt vor dem Ersten Weltkrieg ein Fünftel der Weltproduktion. Im 15. Jahrhundert wurden Suhl und Zella-Mehlis zu Zentren der Waffenproduktion – damals noch Schwerter und Ritterrüstungen – und blieben bis in die Gegenwart führend in der Erzeugung von Handfeuerwaffen. Grundstoffe für die Herstellung von Glas und Porzellan bildeten die Basis für eine ausgedehnte Industrie, die später hochspezialisierte Produkte hervorbrachte, beispielsweise Thermometer, medizinische Glaswaren und Christbaumschmuck. Weltweit führend war die optische Industrie, die von Carl Zeiss, Ernst Abbé und Otto Schott in Jena begründet wurde. Im Zeitalter der Industrialisierung entwickelte sich überall in Thüringen eine bedeutende Maschinenbauindustrie, die eine Vielfalt vor allem von Werkzeugmaschinen hervorbrachte. Ein wichtiges Zentrum der Autoindustrie war Eisenach, wo BMW produzierte und später der „Wartburg“ gebaut wurde.

Der wirtschaftliche Aufstieg im 19. Jahrhundert hatte schwere soziale Probleme zur Folge. Die Arbeiterbewegung hatte deshalb in Thüringen starken Zulauf, in Eisenach (1869), Gotha (1875) und Erfurt (1891) fanden ihre drei großen Programmparteitage statt. Bei den Reichstagswahlen von 1898 und 1912 errang die SPD 46,8 bzw. 49,7 Stimmen und schnitt damit wesentlich besser ab als sonst im Reich.

Dom und Severikirche auf dem Domberg in Erfurt sind das Wahrzeichen der Stadt.



Das Ende der Kleinstaaterie

Die Revolution im November 1918 beendete die Fürstentümer und damit auch die thüringische Kleinstaaterie. Nach der Abdankung der Fürsten schlossen sich die acht Freistaaten 1920 zu einem Land Thüringen zusammen. Dazu gehörten nicht die preußischen Gebiete und Coburg, das sich nach einer Volksabstimmung Bayern anschloß. 1919 tagte in der damaligen Landeshauptstadt Weimar die deutsche Nationalversammlung und verabschiedete die Verfassung des Deutschen Reiches. Sie wurde „Weimarer Reichsverfassung“ genannt, und die erste deutsche Republik von 1919 bis 1933 wird als „Weimarer Republik“ bezeichnet.

1932 wurde in Thüringen die erste nationalsozialistisch geführte Landesregierung gebildet. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 wurde in Thüringen wie überall ein Reichsstatthalter eingesetzt, das Land „gleichgeschaltet“ und seine Eigenstaatlichkeit praktisch beendet. Noch 1944 wurde ein Schlußstrich unter die kleinstaatliche Geschichte Thüringens gezogen. Die preußischen Gebiete Thüringens wurden dem Land Thüringen zugeschlagen.

Im April 1945 besetzten amerikanische Truppen Thüringen, räumten es aber im Juli wieder, und Thüringen kam unter sowjetische Militärverwaltung. 1945/47 bis 1952 war es eines der fünf Länder der SBZ/DDR, bis es in die Bezirke Erfurt, Suhl und Gera aufgeteilt wurde.

Thüringen

Wappen

Die sieben silbernen Sterne stehen für die sieben Kleinstaaten, aus denen Thüringen 1920 gebildet wurde. Der achte Stern wurde in das neue Wappen mit dem Löwen eingefügt, als der vormals preußische Regierungsbezirk Erfurt 1945 wieder an Thüringen fiel.

Flagge: Weiß-Rot.



Größe: 16251 qkm (Stand 30. 6. 1990).
Einwohnerzahl: 2,7 Mill.

Städte:

Erfurt, mit 217 000 Einwohnern die größte Stadt Thüringens, ist die neue Landeshauptstadt. Vor 1200 Jahren gegründet, war es lange eines der bedeutendsten deutschen Handelszentren. Die 1392 gegründete traditionsreiche und 1816 geschlossene Universität soll wiedererstehen. *Gera* (130 000 Einwohner), 995 erstmals urkundlich erwähnt, erhielt im 13. Jahrhundert Stadtrecht, war ein Zentrum der Tuchmacherei und Weberei und ist heute einer der wichtigsten Industriestandorte in Thüringen.

Jena, die dritte Großstadt Thüringens (107 000 Einwohner), beherbergt eine der berühmtesten deutschen Universitäten (1558 gegründet) und wurde durch seine feinmechanisch-optische Industrie weltbekannt.

Weimar (61 000 Einwohner) war das Zentrum der deutschen klassischen Literatur und ist wegen seiner zahlreichen historischen Bauten ein Anziehungspunkt für Besucher aus aller Welt.

Weitere wichtige Städte sind die Wartburgstadt *Eisenach* (51 000 Einwohner); die alte Residenzstadt *Gotha* (57 000 Einwohner) mit zahlreichen Denkmälern und Sehenswürdigkeiten; *Arnstadt* (30 000 Einwohner), der älteste urkundlich erwähnte (704) Ort Thüringens; *Meiningen* (26 000 Einwohner), einst einer der bedeutendsten Theaterplätze Europas; *Mühlhausen* (43 000 Einwohner) mit einer vollständig erhaltenen mittelalterlichen Stadanlage und *Ilmenau* (29 000 Einwohner), Zentrum der thüringischen Glasindustrie.

Landesparlament

Bei den Wahlen zum neuen Landtag wurde die CDU mit 45,4 Prozent stärkste Partei, die FDP erhielt 9,3 Prozent, die SPD 22,8 Prozent, die PDS 9,7 Prozent, Grüne/Bündnis '90 6,5 Prozent. Das Wahlergebnis mündete in eine Koalition zwischen CDU und FDP. Erster Ministerpräsident ist Josef Duchac (CDU).

Zur Kulturgeschichte

Thüringen ist das kleinste der neuen Bundesländer. Es ist immer eine Landschaft geblieben, ein Durchgangsland, das kaum jemals in seiner langen Geschichte Zentrum politischer Machtentfaltung wurde. Die drei Jahrzehnte, die es nach 1920 ein eigenständiges Land mit einer eigenen Landesverfassung war, haben nicht ausgereicht, um Thüringen zu mehr als einem geographischen Begriff werden zu lassen.

Vielfältige Kulturlandschaft

Politische Zersplitterung und ein davon kaum zu trennendes kulturelles Selbstbewußtsein prägten Thüringen über Jahrzehnte und ließen das Land zwischen Wartburg und Kyffhäuser, Harz und Rennsteig zu einem Inbegriff von Duodezfürstentum und biedermeierlicher Kleinstaaterie werden, zugleich aber auch zu einer Wiege der deutschen Kultur. Am Ausgang des 17. Jahrhunderts gab es allein sechszwanzig Landesherren. Aber jenes eigentümliche Phänomen kleinstaatlicher Kultur mit seinem zuweilen grotesken Mißverhältnis zwischen wirtschaftlicher Kraft und künstlerischer Bedeutung, kennzeichnet Thüringen noch heute. Wohl nirgendwo gibt es so viele Theater und Opernhäuser, Orchester und Museen, Schlösser und Burgen wie dort. Auch die außergewöhnliche Rolle, die gerade die Universität Jena in der deutschen Geistesgeschichte spielen konnte, läßt sich auf die beengten Verhältnisse einer kleinen Residenzstadt zurückführen, die eine Hinwendung zur größeren Idee der Nation begünstigte und bis heute immer wieder geistige Energien freisetzte. Um 1680 waren es zehn, später noch vier Fürstentümer, von denen die Universität unterhalten werden mußte. Die Vielfalt dieser außergewöhnlichen Kulturlandschaft zu erhalten, die sogar noch den Sozialismus überlebt hat, wird eine der schweren Aufgaben werden, vor denen die neue thüringische Landesregierung steht.

Städte als Kulturzentren

Unter den vielen Residenzen, die in Thüringen miteinander wetteiferten, nahmen immer wieder einzelne Städte zu verschiedenen Zeiten die tonangebende Rolle in der kulturgeschichtlichen Entwicklung des Landes ein. Sie lagen alle an der großen europäischen Magistrale von West nach Ost, der *via regia*, die von Straßburg über Frankfurt am Main, Fulda, Eisenach nach Erfurt und weiter durch das Thüringer Land führte und einen der Hauptverbindungsstränge der europäischen Wirtschaft und Kultur bildete. Über Jahrhunderte verlief ein Großteil des europäischen Binnenhandels auf diesem Weg und ließ erst Erfurt und dann später Leipzig zu bedeutenden Handelsmetropolen aufsteigen. Viele bedeutende thüringische Wehrbauten entstanden entlang dieser Route, von der Wartburg bis zu den drei nahe beieinander stehenden sagenumwobenen drei Burgen südwestlich von Gotha, die die drei Gleichen genannt werden. Eisenach bildete gewissermaßen das große mittelalterliche Tor zum

Thüringer Raum. Schon mit Landgraf Hermann I. aus dem Geschlecht der Ludowinger erhebt sich das thüringische Doppelgesicht aus begrenzter politischer Macht und kultureller Größe, das später so eigentümlich für das Land werden sollte. Unter ihm wurde die Wartburg ab 1190 zu einem Zentrum mittelalterlicher Kunst. Die klassische Epoche in Deutschland nahm von dort wesentlich ihren Ausgang, am eindrucksvollsten verkörpert ist sie in den Stifterfiguren des Naumburger Doms. Der in seiner literarischen Verarbeitung berühmt gewordene Sängerkrieg auf der Wartburg war Ausdruck der höfisch-ritterlichen Kultur jener Zeit. Auch durch die später heilig gesprochene Landgräfin Elisabeth, Gattin Ludwigs IV., die 1211 als Kind auf die Wartburg kam und ihr Leben den Armen und Schwachen verschrieb, ging der Ort in die thüringische Sagenwelt ein. Moritz von Schwindt hat sie in einem Freskenzyklus auf der Wartburg verewigt.

Erfurt

Am Ende des Mittelalters wuchs die Bedeutung von Erfurt. 741 hatte Bonifatius in der alten Siedlung an der Gera-Furt sein Missionsbistum gegründet und von dort aus die Christianisierung Thüringens vorangetrieben. Am Schnittpunkt der großen Handelsstraßen gelegen und durch den Anbau von Waid, einer indigoblauen Farbstoff liefernden Pflanze, reich geworden, blühte Erfurt zu einem der geistigen Zentren des Alten Reiches auf, zum Rom des Nordens, wie die

Zeitgenossen sagten. 1392 gründeten die Erfurter Bürger in der Tradition ihrer großen Klosterschulen eine Universität, die bald zu den bedeutendsten Europas zählte, aber spätestens nach der Eroberung der Stadt durch den Mainzer Erzbischof zunehmend an Bedeutung verlor und schließlich 1816 durch die Preußen geschlossen wurde. Große Namen bestimmten die Erfurter Geistesgeschichte. Meister Eckhart, einer der bedeutendsten deutschen Mystiker, lebte zwischen 1299 und 1327 im Erfurter Dominikanerkloster, Luher war Student der Erfurter Universität und Mönch des Augustinerklosters. Der deutsche Humanismus nahm ganz wesentlich von Erfurt seinen Ausgang. Die Dunkelmännerbriefe, die berühmte Streitschrift der Erfurter Humanisten im Namen der freien Wissenschaft gegen die kirchliche Scholastik, entstanden wohl in der Engelsburg unweit des Collegium maius der alten Universität. Einen späten geistigen Höhepunkt erlebte Erfurt noch einmal im Ausgang des 18. Jahrhunderts unter der aufgeklärten Regenschaft des letzten kurmainzischen Statthalters Karl Theodor von Dalberg, der Künstler und Gelehrte an seinen Hof zog und mit Wieland, Goethe, Schiller und Wilhelm von Humboldt verkehrte. 1814 fiel Erfurt endgültig an Preußen und wurde zu einer preussischen Provinzstadt, die erst 1891 mit dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei wieder von sich reden machte.

Gotha – Weimar – Jena

Die Erneuerung Thüringens nach dem Dreißigjährigen Krieg ging dagegen von Gotha aus, wo Ernst der Fromme ein religiös geprägtes Staatswesen mit einem strengen, straff organisierten Schulsystem errichtete,

Die versammelte deutsche Klassik: Schiller im Gespräch mit Goethe, den Brüdern Humboldt, Wieland und anderen.



das seinen äußeren Ausdruck in der gewaltigen Renaissanceanlage von Schloß Friedenstein fand. Es wurde zum Vorbild der Residenzen in Meiningen, Saalfeld und Eisenberg. Im 18. Jahrhundert und mit der aufgeklärten Regentschaft des Weimarer Herzogs Carl August wurde dann schließlich die „Doppelstadt Weimar-Jena“, wie Goethe sie nannte, zum geistigen Zentrum Thüringens und darüber hinaus der werdenden deutschen Nation. Mit Wielands Übersiedlung aus Erfurt an den Hof der Herzogin Anna Amalia begann 1772 Weimars klassische Epoche. Rasch folgten Goethe, Herder, Schiller, der 1789 an der Jenaer Universität seine berühmte Antrittsvorlesung hielt „Was heißt und zu welchem Zweck studiert man Universalgeschichte?“. Jenas Rang unter den deutschen Universitäten bestimmten zu jener Zeit Fichte, Schelling, Hegel, seine literarische Bedeutung der Romantikerkreis um die Gebrüder Schlegel, Clemens von Brentano und Novalis. Caroline Schlegel-Schellings Jenaer Salon wurde der unbestrittene gesellschaftliche Mittelpunkt der Stadt.

Auch die Naturwissenschaften haben in Jena eine große Tradition mit so bedeutenden Namen wie Hufeland, Haeckel oder dem Physiker Ernst Abbé, der die Zeiss-Werke zur Weltgeltung führte und ihre Verantwortung für die Stadt Jena in einer Stiftung niederlegte. Nicht zuletzt war es Jena, wo man sich begeistert auf die eigenen nationalen Wurzeln zu besinnen begann, und man suchte sie nicht zufällig im Thüringen des Mittelalters. 1817 versammelten sich die Jenaer Studenten auf der Wartburg, mit deren Restaurierung im romantischen Geist seit 1838 die architektonische Hinwendung zu den Zeugnissen der Vergangenheit begann.

Weimars herausragende Rolle für Deutschland blieb durch das 19. Jahrhundert hindurch erhalten und erlebte durch Franz Liszt eine zweite, silberne Periode unter Großherzog Carl Alexander, der 1858 die Regentschaft übernommen hatte. Franz Liszt traf 1848 in Weimar ein. Rasch wurde die Altenburg, wo Liszt residierte, zum musischen Mittelpunkt der Stadt, und Liszt bezeichnete Weimar überschwenglich als „la patrie de l'idéal“, als Vaterland des Ideals. Sein bevorzugter Schüler war Hans von Bülow, der Liszts Tochter Cosima heiratete. Der junge Komponist Peter Cornelius gehörte seit 1853 ebenfalls zum inneren Kreis der Altenburg. Brahms und Smetana weilten in Weimar, ebenso wie die Schriftsteller Franz Grillparzer, Gustav Freytag, Friedrich Hebbel, Bettina von Arnim und der Naturforscher Alexander von Humboldt. Chronist des Altenburger Kreises wurde Heinrich Hoffmann von Fallersleben. 1849 führte Liszt Wagners Tannhäuser in Weimar auf. Dorthin floh auch Wagner, als er wegen der Teilnahme am Dresdener Aufstand im Mai 1849 gesucht wurde. Höhepunkt war Liszts Wagner-Woche im Jahre 1853 und der Uraufführung des Lohengrin.

Bauhaus in Weimar

Noch ein letztes Mal erwies sich die erstaunliche Fähigkeit der kleinen Residenz, Menschen ganz verschiedenen geistigen Zuschnitts an sich zu binden und von dort aus



Eröffnung der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 durch Friedrich Ebert, der wenig später zum Reichspräsidenten gewählt wurde.

wieder nach außen wirken zu lassen. 1919 gründete Walter Gropius in Weimar das Bauhaus, das im Zeichen des Industriezeitalters versuchte, Technik und Kunst miteinander zu versöhnen und eine Rückbesinnung auf handwerkliche Traditionen in der Baukunst einzuleiten. 1860 schon war die Großherzogliche Kunstschule in Weimar entstanden, die 1910 zur Hochschule für bildende Kunst erhoben wurde und in der so berühmte Namen wie Böcklin, Kalkreuth, Lenbach, Liebermann und Rohlf's zu finden waren. 1902 folgte Henry van de Velde dem Ruf nach Weimar und begann dort mit einer tiefgreifenden Erneuerung von Kunst und Architektur, die dem Bauhaus den Boden bereitere.

Baukunst und Plastik

Die erste Blütezeit der Baukunst in Thüringen begann jedoch fast ein Jahrtausend zuvor: um 1100 mit den Klostergründungen von Hirsau, deren bedeutendste Anlagen auf dem Petersberg in Erfurt und in Paulinzella entstanden. Der Höhepunkt der gotischen Plastik in Thüringen lag in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts in Erfurt. Die Madonna der Predigerkirche von 1352 dokumentiert die eigene thüringische Entwicklung zu einem plastischen Stil, deren bedeutendster Vertreter der Erfurter Meister der Zinna von Vargula war. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts verkörperte sich die künstlerische Kraft Thüringens am vollkommensten in der Form des Schnitzaltars. Ausgangspunkt war der Hochaltar der Erfurter Barfüßerkirche. Wichtige Altarwerkstätten entstanden in Saalfeld und Jena. Mit der Reformierung fiel die Kirche als Auftraggeber aus. An ihre Stelle traten die Landesherren und der Adel. Vorbild der thüringischen Frührenaissance wurde Schloß Hartenfels im sächsischen Torgau. Landesbaumeister war Nicol Gromann, der das Cranach-Haus in Weimar und die Schloßkirche in Gotha baute. Sein Hauptwerk aber wurde die Veste Heldburg. Auch das Rathaus in Gera und das Grüne Schloß in Weimar gehen von diesen Formen aus. Den Anschluß an den rhei-

nisch-fränkischen Barock fand Thüringen mit Maximilian von Welsch, der die Mainzer Statthalterei in Erfurt baute, während das thüringische Rokoko entscheidend von Gottfried Heinrich Krohne bestimmt wurde, den Herzog Ernst August nach Weimar holte und zu dessen bekanntesten Bauwerken Schloß Belvedere in Weimar und das Mittelschloß von Dornburg zählte. Seine Hauptwerke waren die Heidecksburg in Rudolstadt für die Fürsten von Schwarzburg, das Schloßchen Molsdorf bei Erfurt und die Orangerie des Herzogs von Gotha. Heinrich Gentz und C. W. Coudray prägten schließlich die klassizistische Phase Weimars. Zu einem sehr frühen Zeitpunkt entstand in Thüringen auch eine vom Adel getragene Denkmalpflege, die weit über das Land hinaus wirkte und die Klosterruine Paulinzella und vor allem die Wartburg zu romantischen Symbolen der deutschen Geschichte werden ließ.

Musik und Literatur

Thüringens eigener Beitrag zur deutschen Musikgeschichte verbindet sich vor allem mit den Namen Heinrich Schütz, der in Köstritz bei Gera geboren wurde, der bedeutendste deutsche Komponist des 17. Jahrhunderts; und spätere Hofkapellmeister in Dresden; mit Michael Prätorius aus Creuzburg, vor allem aber mit der Musikerfamilie Bach. Johann Sebastian Bach wurde in Eisenach geboren, wirkte in Weimar und Mühlhausen, bevor er als Thomaskantor nach Leipzig ging. Bedeutende Komponisten fanden in Thüringen im 19. Jahrhundert ihre geistige Heimat, Liszt in Weimar, oder Reger und Brahms in Meiningen. Die kleine Residenz, bis heute untrennbar mit dem Ensemble der Meininger verbunden, wurde unter Herzog Georg II. nach 1873 zu einer Geburtsstätte des modernen deutschen Theaters.

Noch stärker als durch die musikalische war Thüringen durch seine literarische Tradition geprägt, die eine große Fülle bedeutender Autoren hervorgebracht oder an die Region gebunden hat. Daß Thüringen als Durchgangsland zu einem Zentrum der deutschen

Klassik wurde, verdankte es vor allem Wieland, der in Erfurt studierte, später dort lehrte und schließlich Weimar für vier Jahrzehnte zur Hauptstadt des deutschen Geisteslebens machte. 1772 kam Wieland als erster in der Reihe der großen Klassiker nach Weimar. Damals lebte auch Johann Karl August Mühsaus in Weimar als Professor am renommierten Gymnasium, der als erster deutsche Volksmärchen sammelte. Am 9. November 1775 traf Goethe in Weimar ein. In Mainz hatte er den Erbprinzen von Sachsen-Weimar-Eisenach kennengelernt und dessen Einladung angenommen. Auf Goethes Rat holte der Herzog Herder als Generalsuperintendenten. Auf der Flucht vor seinem Landesherren kam schließlich Friedrich Schiller nach Thüringen, wo er im Haus Henriettes von Wolzogen in Bauerbach nahe Meiningen Unterschlupf fand. 1782 entstand dort „Kabale und Liebe“. 1787 traf er in Weimar ein. 1801 wurde der Märchensammler Ludwig Bechstein in Weimar geboren, wuchs in Dreißigacker bei Meiningen auf und sammelte auf seinen Wanderungen durch die thüringische Heimat mündliche Überlieferungen. Im September 1824 trat Heinrich Heine seine berühmte Wanderung durch den Harz und Thüringen an. In Heiligenstadt im katholischen Eichsfeld konvertierte er zum christlichen Glauben. Friedrich Nietzsche schließlich wuchs in Naumburg auf und besuchte die alte Fürstenschule in Schulpforta.

Reformpädagogik

Zu den Besonderheiten der thüringischen Kulturgeschichte gehört schließlich auch eine unverkennbare Neigung zur Reformpädagogik. August Hermann Francke war der Sohn eines Gothaer Hofbeamten, der Pestalozzischüler Friedrich Wilhelm August Fröbel wurde im Pfarrhaus von Oberweißbach im Thüringer Wald geboren und entwickelte eine von Schelling beeinflusste Kulturpädagogik, in deren Mittelpunkt das Kind im Vorschulalter stand. Christian Gotthilf Salzmanns Philanthropinum in Schnepfenthal bei Gotha, die von Johann Christoph GutsMuths entwickelte Turnlehre, Hermann Lietz' Internatsschule auf Schloß Etterburg oder Peter Petersons Jena-Plan markieren Meilensteine in der reformpädagogischen Tradition Thüringens, der auch der thüringische Volksbildungsminister Max Greil mit seiner Idee einer Einheits-, Gemeinschafts- und Arbeitsschule verpflichtet war.

Vierzig Jahre SED-Diktatur und die Aufhebung der alten Länder zugunsten der Bezirke haben auch in Thüringen viele Traditionen verschüttet, die das junge Land erst mühsam wieder entdecken muß. Wie überhaupt einiges davon abhängen wird, welche politischen Akzente das künftige Bundesland selber setzt: Ob es sich zu einem Transitland für die Warenströme nach Osten entwickelt oder aber seine traditionell kleinteilige Struktur wiederherzustellen vermag. Im Grunde erinnert Thüringen ein wenig an das mittelständisch geprägte, pietistische Württemberg, und wie dort könnte die Verbindung von handwerklicher Tradition mit einem reichen Kulturleben zu einem der modernsten, zukunftsträchtigsten Industriestandorte in Europa führen.

Sachsen

Horst Pötzsch

Geschichtlicher Abriß

Die verheerenden Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg und die graue Tristesse in der ehemaligen DDR haben weithin vergessen lassen, wie wechselvoll die Geschichte Sachsens gewesen ist und welch glanzvolle Höhepunkte sie hatte. Das überaus kultivierte, künstlerisch verfeinerte Erscheinungsbild vieler sächsischer Städte, allen voran das schon früh bedeutende Meißen (Errichtung der Burg 929, Markgrafen- und Bischofssitz seit 968), Dresden, von Herder als „Elbflorenz“ bezeichnet, und Leipzig, das Goethe „Klein-Paris“ nannte, stellt dabei nur eine Seite dar. Sachsen besaß durch seine politische und geistesgeschichtliche Entwicklung in Deutschland während des Mittelalters und der frühen Neuzeit eine führende Stellung. Seine Anfänge gehen wie die einer Reihe von deutschen Staaten auf die deutsche Ostexpansion vom 9. bis zum 12. Jahrhundert zurück. Das Verwaltungssystem der Grenzmarken, christliche Mission und deutsche Siedlung sicherten das Gebiet des südlichen Abschnitts um die mittlere Elbe, im Süden eindeutig begrenzt durch das Erzgebirge, Siedlungsraum der Sorben und anderer kleiner westslawischer Stämme, als deutschen Herrschaftsraum. Sprache, Wirtschaftsweise und Recht wurden deutsch. Das weitere Ausgreifen nach Schlesien und die enger geknüpften dynastischen Beziehungen Böhmens zum alten Reich veränderten im hohen Mittelalter die Grenzlage der Mark Meißen, wie sie nach ihrem ersten Hauptort genannt wurde, in eine Mittellage im alten Deutschen Reich. Die Markgrafen, betraut mit der Aufgabe, im Auftrag des Reichs eine

militärische Sicherung nach außen und die Ordnung nach innen zu gewährleisten, waren zunächst nur abhängige Amtsträger des Königs.

Die Landesherrschaft der Wettiner

Sie versuchten allerdings, dieses Amt ihren Nachkommen zu sichern, eine machtvolle Dynastie herauszubilden, die schließlich die Markgrafschaft wie ein Herzogtum aus eigenem Recht regieren konnte. In der Mark Meißen trat mit Ekkehard I. ein erster bedeutsamer Markgraf hervor (an Ekkehard I. erinnern vier Statuen im Westchor des Naumburger Domes), der sogar Ambitionen auf den deutschen Königsthron hatte. Seine Ermordung (1002) beendete nicht nur hochfliegende Pläne, sondern auch die weitere Herausbildung der Ekkehardiner als ein Markgrafengeschlecht. Nachdem sich verschiedene Geschlechter in der Herrschaft über die Markgrafschaft Meißen abgewechselt hatten, wurde 1089 der Wettiner Heinrich I. (von Eilenburg) mit der Mark Meißen belehnt. Mit dieser Belehnung begann eine fast 800jährige Herrschaft der Wettiner im Lande. Die Wettiner erwiesen sich als geschickte, machtbewußte Fürsten, die es schafften, Begehrlichkeiten anderer abzuwehren, selbst aber ihre Herrschaft zu erweitern. Mit der Landgrafschaft in Thüringen und dem Herzogtum Sachsen-Wittenberg (mit der Kurwürde) griffen sie nach Westen und Norden aus (2. Hälfte des 13. Jahrhunderts bzw. 1423) und gewannen darüber hinaus als Kurfürsten eine wichtige Stellung im Reich.

Dom und Albrechtsburg auf dem Burgberg in Meißen, als architektonisches Ensemble eine der bedeutendsten Leistungen der gotischen Baukunst.



Die Teilung der wettinischen Herrschaft in zwei Linien, nach Kurfürst Ernst dem Frommen Ernestiner und nach seinem Bruder Albrecht dem Beherzten Albertiner benannt, verhinderte einen weiteren Machtzuwachs. Die Ernestiner übertrugen den Namen Sachsen auf Thüringen, wo er in dem Großherzogtum Sachsen (bis 1903 Sachsen-Weimar-Eisenach) und den Herzogtümern Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Coburg-Gotha bis 1918 fortlebte.

Die Bezeichnung Sachsen

Der Name Sachsen hat im Laufe der Geschichte eine merkwürdige Wanderung erlebt. Ursprünglich bezeichnete er einen im



Herzog Moritz von Sachsen.

heutigen Schleswig-Holstein ansässigen Stamm, der zusammen mit den Angeln nach Britannien übersetzte, die dort lebenden Kelten vertrieb und das Land in Besitz nahm. Daher stammt die heutige Bezeichnung der Engländer als „Angelsachsen“ (die Angeln gaben England seinen Namen). Die in Deutschland verbliebenen Sachsen an der unteren Elbe wurden von Karl dem Großen dem Fränkischen Reich einverleibt. König Heinrich I. war von 919 bis 936 erster sächsischer Herrscher des Reiches, er war der Stammvater der ottonischen Könige und Kaiser. Als Sachsen nach dem Sturz Heinrich des Löwen geteilt wurde, übertrugen die Askanier den Titel des Herzogs von Sachsen auf ihre Besitzungen in Wittenberg. Nach dem Aussterben der Askanier ging 1423 das Herzogtum Sachsen-Wittenberg zusammen mit der Kurwürde an das Haus Wettin. Nach der Teilung 1485 fiel es zunächst an die Ernestinische Linie und 1547 endgültig an die Albertiner, deren Stammland die Markgrafschaft Meißen war. Diese Wanderung der Bezeichnung führte dazu, daß noch heute mehrere, sogar weit auseinanderliegende Gebiete den Namen Sachsen führen: Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und der Freistaat Sachsen.

Das konfessionelle Zeitalter

In der Reformation ab 1517 (Luthers Bibelübersetzung erfolgte in der Meißen Kanzleisprache und wurde damit prägend für un-

ser heutiges Deutsch) und in den ihr folgenden Auseinandersetzungen zwischen den Konfessionen gingen die Ernestinische und die Albertinische Linie des Hauses Wettin getrennte Wege. Während die Ernestiner die Sache der Reformation zu der ihren machten, öffneten die Albertiner sich ihr erst eine Generation später. Sie besaßen in Moritz von Sachsen (1541–1553) einen skrupellosen Machtpolitiker, der sich nicht scheute, die Seiten mehrfach zu wechseln, und 1547 Kursachsen mit der Kurwürde gewann (siehe Thüringen, S. 22). Zugleich betrieb er eine Politik der inneren Reformen, ordnete die zentrale Verwaltung neu und teilte das Land in Kreise ein. Er reformierte die Universität Leipzig, die in der Folge zu einer der bedeutendsten deutschen Universitäten wurde, und gründete zur Ausbildung der Führungsschicht des Landes die Fürstenschulen Schulportia, Grimma und Meißen.

Sein Nachfolger Kurfürst August (1553–1586) setzte die Politik des inneren Ausbaus tatkräftig fort. Er schuf den Geheimen Rat als eine oberste Landesverwaltungsbehörde, führte eine zentrale Finanzverwaltung ein und ordnete das Rechtswesen neu. Kursachsen wurde so auf dem Gebiet der inneren Verwaltung führend im Reich und gab das Vorbild ab für Reformen in anderen deutschen Territorien. Ebenso energisch förderte er die Wirtschaft des Landes. Auf landesherrlichem Besitz wurden landwirtschaftliche Mustergüter errichtet, der Bergbau, wegen des Reichtums des Landes an Bodenschätzen ein bedeutender Wirtschaftszweig (Silber, Zinn, Eisen und anderes mehr im Erzgebirge), wurde mit den damals modernsten Methoden betrieben. Vor allem wurden Handel und Gewerbe gefördert und die ersten Manufakturen, Vorläufer einer industriellen Fertigung, errichtet. Um 1600 lebte bereits ein Drittel der Bevölkerung Kursachsens, in städtischen Siedlungen, die Messestadt Leipzig war ein bedeutendes Handelszentrum. Sachsen war die führende Wirtschaftsmacht im mittleren Deutschland. Der Erzreichtum des Erzgebirges war die finanzielle Grundlage für die Macht der Wettiner, der Entwicklung von Industrie und Handel und einer fortgeschrittenen Geisteskultur in ihren Landen.

Durch den Dreißigjährigen Krieg wurde das Land schwer in Mitleidenschaft gezogen, fast alle seine Städte waren niedergebrannt, die Bevölkerung nahezu halbiert. Von den Verheerungen des Krieges erholte sich Sachsen aber verhältnismäßig schnell, politisch allerdings ging es aus dem Krieg geschwächt hervor, und zwar vor allem durch den Aufstieg Brandenburgs, das in den folgenden Jahrzehnten zur führenden Macht im mittel- und ostdeutschen Raum wurde. Gleichzeitig verlor Sachsen allmählich die Führung des evangelischen Lagers in Deutschland.

August der Starke

Noch einmal versuchte ein sächsischer Herrscher, sein Land in den Rang einer europäischen Macht zu erheben. Es war Kurfürst August der Starke (1694–1733), dem sich plötzlich die Chance eröffnete, die polnische

Königskrone zu gewinnen. Die Finanzkraft seines Landes erlaubte ihm, die gewaltigen Mittel aufzutreiben, um die Wahl – der König von Polen wurde von der Versammlung des polnischen Adels gewählt – gegen die anderen Bewerber für sich zu entscheiden. Zum Preis der polnischen Krone gehörte auch der Übertritt zum Katholizismus, eine arge Zumutung für den historischen Schutzherrn der deutschen Protestanten, die im Lande auf heftige Ablehnung stieß. Auch sonst brachte die Verbindung mit Polen vorwiegend Nachteile für Sachsen mit sich, denn es mußte die ganze Last der kriegerischen Auseinandersetzungen tragen, in die beide Länder verwickelt wurden. Im 18. Jahrhundert war Sachsen von den Kriegen Friedrichs des Großen mit Österreich besonders betroffen und der eigentliche Verlierer. Der Vorrang der Hohenzollern war endgültig etabliert.

Europäischen Rang kann Kursachsen im 17. und 18. Jahrhundert wie auch noch danach im kulturellen und künstlerischen Bereich beanspruchen. Mit seiner Prachtentfaltung, seinen Bauwerken und seinen Kunstsammlungen stand der sächsische Hof in der ersten Reihe der europäischen Residenzen. August der Starke gilt als der Typus des Barockfürsten schlechthin. Nicht zuletzt für die Bedürfnisse des Hofes arbeiteten zahlreiche Manufakturen. Zwischen 1660 und 1720 entstanden 34 Manufakturen für Textilerzeugnisse und Luxusartikel, unter ihnen die heute noch bestehende weltbekannte Porzellanmanufaktur Meißen.

Der Weg in die Neuzeit

Katastrophale Folgen hatten die napoleonischen Kriege für Sachsen. 1806 stand es an der Seite Preußens gegen Napoleon und teilte dessen Niederlage. Danach geriet Sachsen vollständig in Abhängigkeit von Frankreich, sein Herrscher wurde König von Napoleons Gnaden, seine Truppen kämpften auf französischer Seite. Verhängnisvollerweise vermochte es sich auch dann nicht von Napoleon zu lösen, als dessen Stern niederging. Erst in der Völkerschlacht bei Leipzig 1813 ging ein Teil der sächsischen Truppen zu den verbündeten Gegnern Napoleons über. Beim Wiener Kongreß 1815 mußte Sachsen einen großen Teil seines Territoriums an Preußen abtreten, der in der preußischen Provinz Sachsen aufging. Das verkleinerte Rumpfsachsen spielte im 19. Jahrhundert weniger denn je eine eigenständige Rolle in der Politik. Beinahe hätte es 1866 seine Unabhängigkeit eingebüßt und wäre Preußen angegliedert worden, denn es stand im Kriege zwischen Österreich und Preußen wiederum auf der Seite des Verlierers. 1871 ging es in dem von Bismarck geschaffenen Kaiserreich auf. Die Treue der Wettiner zum alten Reich übertrug sich auch auf das neue Kaiserreich unter preußischer Führung.

Industrialisierung und soziale Probleme

Verglichen mit anderen deutschen Staaten war die Industrialisierung in Sachsen sehr weit vorangeschritten und hatte nahezu das

ganze Land ergriffen. Charakteristisch war das Vorherrschen von Betrieben kleinerer und mittlerer Größe; viele kleine Industrie-standorte, sogar Dörfer mit Industrie waren typisch für Sachsen. Auch die weitverzweigte Heimindustrie, deren Beschäftigte unter elenden Bedingungen ihr Brot verdienen mußten, blieb lange erhalten. Verstädterung und Industrialisierung bedingten auch den raschen Ausbau des Verkehrswesens. Schon 1838 wurde die erste deutsche Fernbahnstrecke zwischen Leipzig und Dresden eröffnet.

Die wichtigen gesellschaftlichen Entwicklungen des Jahrhunderts, liberale, demokratische und schließlich sozialistische Ideen, gewannen in Sachsen schon früh an Boden. 1830 kam es zu Unruhen, die unterdrückt wurden, aber den Erlaß einer Verfassung zur Folge hatten. 1848/49 waren Dresden und Leipzig Zentren revolutionärer Erhebungen. Im industriell bestimmten Sachsen wurden die sozialen Probleme der Zeit früher als anderswo im Reich drängend. Sachsen wurde zu einer Hochburg der Arbeiterbewegung. 1863 wurde in Leipzig durch Ferdinand Lassalle der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ gegründet. Bei den Reichstagswahlen 1903 gewann die Sozialdemokratie 22 von 23 Wahlkreisen.

Mit der Novemberrevolution 1918 ging die 829jährige Herrschaft der Wettiner zu Ende. Der letzte König, Friedrich August III., ein volkstümlicher und allgemein beliebter Herrscher mit ganz und gar nicht majestätischen Manieren, soll den Revolutionären die Geschäfte mit den Worten übergeben haben: „Na, dann macht euern Dreck alleine.“ In der Frühzeit der Weimarer Republik geriet das „rote Sachsen“ in einen Konflikt mit der Reichsregierung. Die Reichswehr rückte ein und erzwang den Rücktritt der sozialistiskommunistischen Regierung. Die nationalsozialistischen Wahlerfolge in Sachsen blieben unter dem Bundesdurchschnitt. 1932 erzielten SPD und KPD 46 Prozent der Stimmen, und 1933 standen 45 Prozent Stimmen für die NSDAP noch 43 Prozent für SPD und KPD gegenüber.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde die Selbständigkeit Sachsens ebenso beseitigt wie die der anderen Länder. Im Zweiten Weltkrieg wurde Sachsen schwer getroffen, seine Städte und Industriestandorte sanken in Schutt und Asche. Der Untergang des barocken Dresden am 13. und 14. Februar 1945 war nicht nur eine schreckliche Katastrophe für die Einwohner der Stadt, sondern auch ein unwiederbringlicher Verlust für die Kultur der Menschheit. Nach dem Ende des Krieges wurde ein kleines sächsisches Gebiet östlich der Neiße unter polnische Verwaltung gestellt; der westlich der Neiße gelegene Teil der in der früheren preußischen Provinz Niederschlesien gelegene Teil Schlesiens mit Görlitz (der 1815 an Preußen gefallen war) wurde Sachsen zugeschlagen, das von 1945/47 bis 1952 eines der fünf Länder der sowjetischen Besatzungszone/DDR bildete. Zwischen 1952 und 1990 war das Land in die Bezirke Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) geteilt.

Thomas Rietzschel

Zur Kulturgeschichte

Anders als in Thüringen oder in Mecklenburg bedurfte es in Sachsen keiner Abstimmung darüber, welches denn die Landeshauptstadt werden solle. Dresden nur kam für das Parlament in Frage. Es war schon immer Sitz der Regierung gewesen, bis die Kommunisten 1952 die Länder ihrer Hoheit beraubten, um eine zentralistische Diktatur in Mitteldeutschland zu errichten.

Kunstsinige Wettiner

Beinah ein halbes Jahrtausend, von 1485 bis 1918, hat das Geschlecht der Wettiner, das sächsische Herrscherhaus, in Dresden residiert, bis der letzte König Friedrich August III. 1918 abtreten mußte: Die Sachsen, deren politisches Leben bald wieder von allgewaltigen Parteien bestimmt wurde, von der NSDAP zunächst und von der SED zuletzt, haben sich um so mehr auf die Tradition besonnen, sie haben mit Stolz auf eine große Vergangenheit geblickt, in der die sächsischen Fürsten der Stadt Glanz verliehen mit prächtigen Bauwerken und einmaligen Kunstsammlungen.

Die Wettiner sind als ein besonders kunstsiniges Haus in die Geschichte eingegangen. Verewigt ist das Geschlecht außer auf zahllosen Einzelbildern auf dem sogenannten „Fürstenzug“ an einer Außenwand des alten Schlosses. Das über einhundert Meter lange Wandbild aus Meißner Kacheln, das zum Ausgang des 19. Jahrhunderts entstand, zeigt die Regenten, der historischen Abfolge entsprechend, in einem prächtigen Reiterzug, wobei nun einer ganz besondere Aufmerksamkeit verdient: Friedrich August I., Kurfürst von Sachsen und König von Polen, geboren 1670 in Dresden, gestorben 1733 in Warschau. Berühmt wurde August der Star-

ke, wie er auch hieß, nicht allein wegen seiner überlegenen Körperkraft oder wegen der zahllosen Liebschaften, die ihm nachgesagt werden. Ansehen erlangte er vor allem als Förderer der schönen Künste.

Europäische Kunstmetropole Dresden

Mit seinem Namen bleibt das Dresdner Barock untrennbar verbunden, er hat die Stadt zur europäischen Kunstmetropole gemacht. Nach dem Versailler Vorbild, doch mit Hilfe italienischer Bauleute – noch heute gibt es an der Elbe, wo sie ihr Lager hatten, ein Restaurant, das sich „Italienisches Dörfchen“ nennt – ließ er ein einzigartiges Stadtbild entstehen, das Dresden schließlich den Beinamen „Elbflorenz“ eintragen sollte. Der Vedutenmaler Bernardo Bellotto, genannt Canaletto, hat uns dann das harmonische Architekturensemble des sanften Elbbogens in zahlreichen Bildern überliefert. Auffällig dabei immer wieder der schlanke Turm der katholischen Hofkirche, die Gaetano Chiaveri von 1738 bis 1756 erbaute. Sie steht nahe dem Fluß, vor ihr spannt sich die Augustusbrücke, die mächtigste aller Dresdner Brücken, hinüber nach der Neustadt, wo sie direkt auf den Goldenen Reiter, das Standbild August des Starken trifft; heute auch ein Wahrzeichen der Stadt, deren berühmtere Bauwerke gleichwohl auf der anderen Seite der Elbe zu finden sind, oder doch zu finden waren.

Zerstörung und sozialistischer Wiederaufbau

Reste nur sind uns von dem alten Dresden geblieben; den einstigen Glanz lassen sie kaum mehr erahnen. Im Februar 1945 wurde die Stadt von englischen und amerikanischen

Die Semperoper in Dresden. 1945 zerstört, 1977–1985 restauriert.



Bombenverbänden in Schutt und Asche gelegt. Ein Trümmerfeld war nach zweitägigem Bombardement geblieben, zwölf bis fünfzehn Quadratkilometer groß, kein unbeschädigtes Haus in der Innenstadt; das Schloß, der Zwinger, die Frauenkirche ausgebrannt oder zusammengefallen. Dennoch wäre das Stadtbild mit behutsamer Rekonstruktion zu retten gewesen. Durch den sozialistischen Wiederaufbau erst wurde es endgültig und bis zur Unkenntlichkeit verändert. Architekturhistoriker wie Denkmalpfleger sprechen deshalb auch von einer zweiten Zerstörung.

Die gewachsene Altstadtstruktur mit ihrer dichten Bebauung, durchzogen von schmalen Straßen und versetzten Gassen, vertrug sich nicht mit den Zielen, die sozialistischen Planern gesetzt wurden. Sie hatten vor allem breite Magistralen und weite Plätze zu schaffen, Raum für die Aufmärsche, derer das kommunistische System zu seiner Selbstbestätigung bedurfte. So kam es in weiten Bereichen zu ganz neuer Stadtaufteilung; ein gleichsam städtebaulicher Bruch mit der Vergangenheit. Wie eine Grenze durchschneidet heute die unübersichtliche Ernst-Thälmann-Straße das Stadttinnere: auf der einen Seite der umgestaltete Altmarkt, ehemals einer der schönsten Plätze Deutschlands, heute umstellt von Häusern aus den fünfziger Jahren mit den kitschigen Schnörkeln der Stalinzeit; auf der anderen Seite zur Elbe hin die mehr oder weniger restaurierten Überreste der Residenz, ein musealer Bezirk, kaum bewohnt und ohne belebende Infrastruktur.

Drohende dritte Zerstörung

Isoliert geradezu stehen die weltberühmten Bauwerke jetzt nebeneinander. Die meisten Besucher zieht noch immer der von Matthäus Daniel Pöppelmann und Balthasar Permoser 1710 bis 1732 erbaute Zwinger an; ein offenes Karree spätbarocker Prachtbauten, das einst für die rauschenden Hoffeste errichtet worden war, weshalb es denn auch den französischen Einfluß wohl am deutlichsten erkennen läßt. Heute beherbergt der Zwinger unter anderem den Mathematisch-Physikalischen Salon, ebenfalls eine der alten Sammlungen Sachsens. Diese ist allerdings nicht so berühmt wie die Dresdner Gemäldegalerie Alte Meister, die im sogenannten Semper-Bau untergebracht ist, in dem Quergebäude, mit dem der Baumeister Gottfried Semper in den Jahren 1847 bis 1854 den Zwinger geschlossen hat. Die Galerie beherbergt eine der bedeutendsten Gemäldesammlungen der Welt. Sie geht zurück auf August den Starken und zeigt neben ihrem berühmtesten Gemälde, der „Sixtinischen Madonna“ von Raffael, zahllose Niederländer, dazu Werke von Tizian, Tintoretto, Velásquez und Cranach. Leider ist sie nun bereits wieder seit Jahren geschlossen; ein Opfer mangelnder Denkmalpflege, für die die DDR nie genügend Mittel aufbringen konnte. Selbst das Grüne Gewölbe, die Schatzkammer Dresdens, in der unter anderem seltene Werke der Goldschmiedekunst aufbewahrt sind, darunter die Arbeiten von Johann Melchior Dinglinger, der es wohl am besten verstand, dem Repräsentationsanspruch des Hofes zu genügen – selbst diese Bestände sind seit Jahren bedroht. Weder konnten die Museen bislang

mit den nötigen Klimaanlage ausgestattet werden noch verfügen sie über die erforderlichen Sicherheitseinrichtungen. Die bauliche Substanz befindet sich zumeist in beklagenswertem Zustand. Der Zwinger, mit dessen Wiederaufbau gleich 1945 begonnen worden war, zeigt heute deutliche Umweltschäden. Viele der unzähligen Sandsteinfiguren zerfallen schneller, als sie die Steinbildhauer ersetzen können.

Der dritten Zerstörung gilt es mittlerweile vorzubauen, obwohl noch nicht einmal die Schäden der ersten, der des Krieges, behoben wurden. Zwar konnte die berühmte Semperoper, die einstmals Sänger aus aller Welt anzog, an der Richard Strauss seinen „Rosenkavalier“ zur Uraufführung brachte, in den siebziger Jahren mit großem Aufwand nach historischen Plänen rekonstruiert werden, umfangreiche Teile des gegenüberliegenden Schlosses jedoch stehen ebenso als Ruinen da wie das Taschenbergpalais, das Pöppelmann Anfang des 18. Jahrhunderts neben dem Zwinger erbaute. Wer von der Brühlischen Terrasse an der Elbe zurück nach der Innenstadt schaut, blickt nach wie vor auf das verkohlte Mauerwerk um ein hohes Kirchenfenster, das aus einem Steinhaufen ragt; es sind dies die Reste der von Georg Bähr erbauten Frauenkirche. Die gewaltige Kuppel, ein vielbeschriebenes Wunder barocker

Architektur, prägte das Stadtbild Dresdens über zwei Jahrhunderte. Ihr Wiederaufbau ist daher eine der vordringlichsten Aufgaben städtebaulicher Rekonstruktion, nachdem sich der sozialistische Staat vier Jahrzehnte lang seiner denkmalpflegerischen Verantwortung mit der Begründung entzogen hat, die Ruine solle als Mahnmal erhalten bleiben. Die Kirche, der das Grundstück mit den Trümmern gehört, hatte dem allerdings niemals zugestimmt.

Doch so zahlreich in der Residenz die Lücken klaffen, so reich ist das Umland mit erhaltenen Baudenkmalern besetzt: Der von Johann Christoph Knöffel geschaffene Barockgarten in Großsedlitz ist zu nennen, das Jagdschloß in Moritzburg, einst umgeben von dichten Wäldern und fischreichen Teichen, dann das Lustschloß in Pillnitz, ganz der damaligen Mode folgend im Stil chinesischer Paläste erbaut; nicht zu vergessen die Festung Königstein im nahen Elbsandsteingebirge, auf der der „Goldmacher“ Johann Friedrich Böttiger inhaftiert war, bevor er auf die elbabwärts gelegene Burg Meißen kam, wo ihm schließlich die Erfindung des Porzellans glücken sollte. Wenn die Bedeutung Meißens auch weiter zurückreicht – 967 wurde das Bistum durch Otto I. gegründet –, fügt sich die Stadt dank ihrer Porzellanmanufaktur gleichwohl ein in die Kulturlandschaft



Eine der „Veduten“, der präzise wiedergegebenen Ansichten von Dresden des italienischen Malers Bernardo Bellotto: Der Neumarkt, rechts hinter dem Wachgebäude die Frauenkirche, links das Gewandhaus (1753).

Zerstörtes Dresden



des Dresdner Barock, dessen Blüte gewiß nicht zuletzt daher rührte, daß Sachsen auf diese Weise einen Ausgleich für die militärische oder wirtschaftliche Übermacht anderer Staaten suchte.

Gegenüber dem erstarkenden Preußen vor allem wollten sich die Wettiner behaupten. Ihre Kunstsinnigkeit war zweifelsohne auch politisch motiviert. Nicht eben reformfreudig, demonstrierten sie Macht, indem sie sich umgaben mit all dem, was als Ausdruck herrschaftlichen Erfolges anzusehen war und daher Einfluß versprach. Mit anderen Worten, sie regierten, indem sie repräsentierten, und das durchaus mit Erfolg. Die schon erwähnte Brühl'sche Terrasse, der Korso hinter dem Schloß, galt einmal als der „Balkon Europas“, von hier liefen die Fäden zu vielen Höfen.

Handelsstadt Leipzig

Dresden war eine Residenz, in der die Politik mit der Kunst ging. Die Malerei, die Architektur wurden gepflegt, die Musik fand Beachtung; die Literatur der Aufklärung indes führte ein Schattendasein. Für eine Universität war in der Residenz kein Platz. Dieses Privileg blieb der anderen Metropole Sachsens, der Handelsstadt Leipzig, vorbehalten.

Waren es in Dresden die Beamten und wenige Künstler dazu, die der Stadt ihr Gepräge gaben, so bestimmten in Leipzig die Kaufleute und die Professoren den Ton. Mit der zentralen Lage am Schnittpunkt europäischer Handelsstraßen bot die Stadt beste Voraussetzungen für das merkantile Gewerbe. Seit 1165 schon wurden Märkte abgehalten, 1497 durch kaiserliches Privileg die Messen errichtet, deren berühmteste später die Buchmesse werden sollte. Zum Ausgang des 18. Jahrhunderts bereits überstieg ihre Bedeutung die der Frankfurter Messe bei weitem. Anders als im katholischen Süden wurde der Handel im protestantischen Sachsen, und im aufgeklärten Leipzig zumal, kaum durch Zensurbestimmungen behindert. Auch dieses Verhältnis noch einmal umzukehren blieb dem Sozialismus vorbehalten. In den letzten vierzig Jahren ist die Buchmesse im internationalen Rahmen zur Bedeutungslosigkeit verkommen. Nur noch wenige Verlage sind heute in der Buchstadt ansässig, das graphische Gewerbe ist nicht mehr konkurrenzfähig.

Abgeschlagen sogar die Universität. 1409 von Professoren und Studenten gegründet, die Prag aus Furcht vor den tschechischen Nationalisten verlassen hatten, war sie über die Jahrhunderte ein Ort freien Denkens, oft ungeachtet der politischen Verhältnisse. Große Namen sind mit ihrer Geschichte verbunden. Der Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz hat dort studiert; Gotthold Ephraim Lessing, der Pfarrerssohn aus dem sächsischen Kamenz, war da und natürlich Goethe, der das Leipziger Lokal „Auerbachs Keller“, in dem eine Szene seines „Faust“ spielt, ebenso gern besucht hat wie den „Kaffeebaum“, den ältesten Kaffeeausschank Sachsens, in dem später auch Robert Schumann einen Stammtisch hatte; heute noch findet man historische Dokumente an den Wänden.

Doch kaum weniger berühmt als die Studenten, von denen wenigstens noch Friedrich Nietzsche und Erich Kästner genannt werden müssen, sind etliche Professoren, der Fabeldichter Christian Fürchtegott Gellert, der immer auf einem kleinen weißen Pferd durch die Stadt geritten sein soll, oder der Aufklärer Johann Christoph Gottsched, gegen dessen Ansichten zum Theater Lessing hernach polemisierte. Der Historiker Karl Lamprecht lehrte hier um die Jahrhundertwende Kultur- und Universalgeschichte, während Wilhelm Wundt die Psychologie an der Universität etablierte. Den Lehrstuhl für Philosophie hatten unter anderem Hans-Georg Gadamer

Beliebtheit erfreut, entspricht dem Charakter der umtriebigen Handelsstadt, in der die Bürger seit jeher den Künsten zuneigen, die mit Geselligkeit verbunden sind. Wann immer der Thomanerchor singt, ist die Thomaskirche voll; nicht allein Christen drängen sich auf den Bänken. Häufig findet man Blumen vor dem Denkmal des Thomas-Kantors Johann Sebastian Bach. Seine Gedenkstätte gegenüber der Kirche gehört zu den wenigen noch gepflegten Bürgerhäusern der Stadt, in der die meisten der alten Handelshöfe längst verfallen sind. Die Adler-Apotheke, in der Theodor Fontane lernte, liegt in einer Straße, deren Häuser seit Jahren in den sumpfi-



Leipzig. Der Marktplatz vor 150 Jahren mit dem lebhaften Treiben von Händlern, Reisenden und Spaziergängern.

und Ernst Bloch inne. Einer nur spielte in Leipzig keine Rolle, Karl Marx nämlich, dessen Namen die Universität seit 1953 tragen muß. Er sollte für den neuen Geist stehen, den die Politiker verbreitet wissen wollten, den Bruch mit der bürgerlichen Tradition. Nicht einmal die alten Gebäude durften bleiben. In den sechziger Jahren beschloß die SED die Sprengung des Augusteums mit der angrenzenden Paulinerkirche. Gegen alle Bürgerproteste wurde Raum geschaffen für gesichtslose Betonbauten, die heute den Augustplatz begrenzen. Sie fügen sich unterdessen dem Neuen Gewandhaus an, dessen äußeres Bild in einem eigenartigen Widerspruch steht zu dem vollendeten Musikerlebnis, das das Gewandhausorchester seinen Besuchern im Inneren bietet.

Der 1781 gegründete Klangkörper, hervorgegangen aus einer Vereinigung musizierender Kaufleute, ist eines der ältesten deutschen Konzertorchester. Berühmte Dirigenten, die hier allerdings immer Kapellmeister heißen, haben es geführt, Felix Mendelssohn-Bartholdy, Arthur Nikisch, Wilhelm Furtwängler und Bruno Walter neben anderen. Jetzt steht das Orchester unter der Stabführung von Kurt Masur, der zudem als ein Wortführer der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 in die Geschichte eingehen wird.

Daß die Musiker am Ort solchen Einfluß haben, daß sich die Musik ganz besonderer

gen Untergrund sinken. Nur das Rathaus, der lang hingestreckte Renaissancebau von Hieronymus Lotter, und einige Bürgerhäuser in der Nähe des Marktes vermitteln noch einen letzten Eindruck von vergangenem Reichtum. Die lichten Passagen, die die Messehäuser der Innenstadt verbinden, lassen frühere Geschäftigkeit erahnen. Sie wirken nach wie vor modern.

Leipzig ist viel weniger eine historische Stadt als Dresden, durch den Handel hat es sich ständig verjüngt. Keine Schlösser tragen die Vergangenheit in die Gegenwart, die Architektur wirkt nie museal. Was da war, wurde genutzt. Denkmäler fallen kaum auf. Die eine bombastische Ausnahme, das Völkerschlachtdenkmal, bestätigt die Regel. Nicht die Leipziger haben es sich errichtet, vom Deutschen Reich wurde es 1913 aufgebaut. Seitdem überragt es die Stadt wie ein Fremdkörper und erinnert mit seinen wahrhaft riesigen Figuren an den Sieg, den die verbündeten Armeen, Preußen, Österreicher, Schweden, Engländer und Russen, im Oktober 1813 bei Leipzig über Napoleon errungen haben. Die Sachsen verloren, sie standen auf der falschen Seite. Die Sachsen sind keine glücklichen Soldaten gewesen, zu keiner Zeit. Gegen die Preußen haben sie meist verloren, mitunter sind sie davongelaufen.

In Leipzig wie in Dresden ist die Kulturgeschichte des Landes zu entdecken, in der

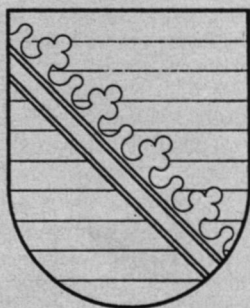
Provinz hat sie sich wie in einem Spiegel gefangen. Das Dorf Rammenau bei Dresden, der Geburtsort des Philosophen Johann Gottlieb Fichte mit dem kleinen Barockschloß, ist dafür so bezeichnend wie die Kleinstadt Grimma nahe Leipzig, in der Georg Joachim Götschen, der Verleger Goethes und Schillers, sein Landgut hatte.

Freistaat Sachsen

Wappen

Das sächsische Wappen zeigt fünf schwarze Balken auf goldenem Grund, belegt mit einem grünen Rautenkranz, das Wappenbild des Hauses Sachsen-Wittenberg, das von den Wettinern übernommen wurde.

Flagge: Weiß-Grün.



Größe: 18337 qkm (Stand 30. 6. 1990).

Einwohnerzahl: 4,9 Mill.

Städte:

Dresden, mit 500 000 Einwohnern hinter **Leipzig** (530 000 Einwohner) die zweitgrößte Stadt Sachsens, ist die alte und neue Landeshauptstadt.

Chemnitz (301 000 Einwohner) war schon im 16. Jahrhundert Zentrum der Textilproduktion und ist seit dem 19. Jahrhundert der Hauptstandort des Maschinenbaus in Sachsen.

Zwickau (122 000 Einwohner) ist ebenfalls ein bedeutendes Industriezentrum, früher der Tuchmacher, später des Maschinen- und Fahrzeugbaus (Audi und Horch, später der Trabi, jetzt Polo).

Görlitz (83 000 Einwohner), seit 1815 zu Schlesien gehörend, ist geteilt. Die Viertel jenseits der Görlitzer Neiße sind polnisch, der größere Teil mit der restaurierten Altstadt gehört jetzt zu Sachsen.

Weitere wichtige Städte sind **Plauen** (74 000 Einwohner), dessen Ruf die „Plaue-ner Spitzen“ begründet haben; **Bautzen** (52 000 Einwohner) mit seinem eindrucksvollen Stadtbild, ein Zentrum der Sorben, in deren Siedlungsgebiet die Stadt liegt, und **Meißen** (45 000 Einwohner) mit der weltberühmten Porzellanmanufaktur.

Landesparlament

Aufgrund des Wahlsieges vom 14. Oktober 1990 – die CDU erhielt 53,8 Prozent der Stimmen, die SPD 19,1, die PDS 16,2 Prozent, die FDP 5,3 Prozent und Grüne/Bündnis '90 6,5 Prozent – konnte die CDU alleine die Regierung stellen. Erster Ministerpräsident des Landes ist mit Prof. Dr. Kurt Biedenkopf ein führender Politiker der alten Bundesrepublik geworden.

Manfred Bormann

Raum, Bevölkerung, Wirtschaft

Die Landesnatur

Karte V

Die neuen Bundesländer bedecken eine Fläche von rund 108 000 Quadratkilometern mit etwas über 16 Millionen (1989) Einwohnern.

Der größere Teil dieser Fläche ist Bestandteil der Norddeutschen Tiefebene, einer flachen bis hügeligen Landschaft, die während der letzten Eiszeiten geprägt wurde. Aus diesem Grunde wechseln sich in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg sowie dem nördlichen Teil von Sachsen-Anhalt und Sachsen hügelige „Bergrücken“ (noch unter 200 m) mit sehr flachen, ebenen Gebieten sowie breiten Flußtälern („Ustromtälern“) ab. Nach Süden hin schließt sich eine mehr oder weniger breite Zone eines Hügel- und Berglandes an, das die Landschaft vielfältig gliedert. Schließlich erheben sich der Harz, der Thüringer Wald und das Erzgebirge als recht hohe Mittelgebirge (bis 1214 m beim Fichtelberg) über die angrenzenden Gebiete.

Der größte Teil des Gebietes wird durch das verzweigte Flußsystem der Elbe entwässert. Die Elbe wiederum wird gespeist durch die Saale (mit Bode, Unstrut, Weiße Elster), die Mulde, die Schwarze Elster sowie die Havel (mit Spree). Nur kleinere Teile des Nordens entwässern direkt in die Ostsee. Die Oder spielt für die Entwässerung des Raumes kaum eine Rolle.

Die überwiegend eiszeitliche Prägung bedingt auch die Qualität der Böden. Die Endmoränen- und Sanderbereiche (also die eher höher gelegenen Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg) verfügen über ziemlich unfruchtbare, sandige Böden. Dazwischen gibt es jedoch weite Gebiete mit zum Teil recht fruchtbaren Braunerden oder ähnlichen Böden. Nähert man sich jedoch den Bereichen nördlich des Harzes, dem Thüringer Becken oder der Leipziger Tieflandsbucht, so erreicht man das Gebiet der Schwarzerden und Lössböden. Letztere sind die fruchtbarsten Böden in Deutschland. Ganz im Süden trifft man dann auf Gebirgsböden, die weniger fruchtbar sind.

Klimatisch liegt das Gebiet im Bereich der gemäßigten Klimazone, jedoch schon in einem Übergangsbereich vom maritimen zum eher kontinentalen Klima. Im Tiefland verläuft dieser Übergang von Nordwest nach Südost. Dies bedeutet, daß der Nordwesten kühler und feuchtere, der Südosten trockenere und wärmere Sommer aufweist, während die Winter im Nordwesten milder ausfallen als im Südosten.

Die jährlichen Niederschläge liegen etwas niedriger als im Westen Deutschlands. Es

werden ca. 500 bis 600 mm erreicht, am Rande der Gebirge und in den Gebirgen zum Teil über 1000 mm. Besonders trocken und teilweise dürrgefährdet sind Teile der Magdeburger Börde und des Thüringer Beckens. Hier fallen wegen der Lage im Windschatten des Harzes um 450 mm Jahresniederschlag.

Bevölkerungsverteilung und Verwaltungsstruktur

Karte V

Die Verteilung der Bevölkerung der neuen Länder ergibt sich aus einem Zusammenspiel natürlicher und politisch/historischer Faktoren. Ganz grob formuliert, kann man von einer hohen Bevölkerungszahl und -dichte im Süden und einer teilweise sehr geringen im Norden sprechen.

Abgesehen von den höheren Gebirgslagen, sind Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt überall dort dicht besiedelt, wo sich auch gute bis sehr gute Böden finden, während die Gebiete mit schlechteren Böden eher dünn besiedelt sind. Diese seit Jahrhunderten quasi natürliche Siedlungsverteilung ist während des 19. und 20. Jahrhunderts grundsätzlich erhalten geblieben, jedoch durch politische und ökonomische Faktoren verändert worden:

– Die Bodenschätze (Braunkohle) sowie der hohe Ausbildungsstand der Bevölkerung haben Sachsen und der Lausitz weiteren Zuzug von Menschen während der Industrialisierung gebracht.

– In Brandenburg bildete sich mit Berlin und seiner Umgebung ein weiteres Bevölkerungszentrum aufgrund der Funktionen und der Ausstrahlung Berlins als preußischer/deutscher Hauptstadt.

– In Mecklenburg-Vorpommern bildeten sich kleinere Bevölkerungszentren durch die Hansestädte an der Küste und einzelne Residenzstädte (zum Beispiel Schwerin, Güstrow).

– In der DDR hat sich an der Bevölkerungsverteilung kaum etwas geändert, obwohl versucht wurde, den Norden stärker zu entwickeln. Dies ist nur begrenzt gelungen (Rostock als Hafen, Ferienorte entlang der Ostseeküste, einzelne Industriestandorte wie Schwedt/Oder und Eisenhüttenstadt).

Somit weisen die neuen Bundesländer große Unterschiede in der Einwohnerzahl pro Quadratkilometer auf. Weite Bereiche des Nordens und Nordostens liegen unter 100 E/km², teilweise unter 60 E/km², hingegen viele Ge-

biete Sachsens über 200 oder sogar 300 E/km². Der Durchschnitt liegt bei etwa 150 E/km².

Gegenwärtig haben die neuen Länder folgende Einwohnerzahlen (in Millionen): Mecklenburg-Vorpommern 1,96; Brandenburg 2,64; Sachsen-Anhalt 2,96; Thüringen 2,7; Sachsen 4,9.

Im östlichen Sachsen und südöstlichen Brandenburg lebt in der Lausitz als ethnische Minderheit das Volk der Sorben. Man schätzt ihre Zahl auf etwa 100 000.

Die Sorben sprechen neben Deutsch eine eigene slawische Sprache, die dem Polnischen verwandt ist. In zahlreichen Gemeinden sind die Orts- und Straßennamen zweisprachig. Das Sorbische wird in Kindergärten und Schulen gepflegt, wo sich genügend Kinder sorbischer Abstammung finden. Hinzu kommt als Besonderheit das sorbisch-deutsche Theater in Bautzen. In der ehemaligen DDR besaßen die Sorben eine Art kultureller Autonomie, organisiert über die „Domowina“, eine Form der Selbstverwaltung, allerdings unter der straffen Führung der SED.

Betrachtet man die neuen Bundesländer unter dem Gesichtspunkt des Auftretens von größeren Siedlungen bzw. Städten, so zeigen sich die vorgenannten Strukturen deutlich. Konzentrationen finden sich in einem Siedlungsband entlang dem Nordrand der Mittelgebirge, im Thüringer Becken, Berlin und Umgebung sowie entlang der Ostseeküste.

Die administrative Gliederung wurde nach 1945 mehrfach einschneidend geändert. Die 1990 neu gebildeten Bundesländer existierten in ähnlichem Zuschnitt zwischen 1947 und 1952, bevor sie in 14 bzw. 15 (mit Ost-Berlin) Bezirke aufgelöst wurden. Die 14 Bezirke gliederten sich wiederum in insgesamt 28 Stadt- und 191 Landkreise mit insgesamt 7597 Gemeinden. Die kommunale Gliederung ist bestehen geblieben.

Die hohe Anzahl von Kreisen und Gemeinden weist auf ein Problem hin: Die Mehrzahl dieser kommunalen Einheiten verfügt über sehr niedrige Einwohnerzahlen (im Vergleich zur alten Bundesrepublik). Ohne Berlin erreichen die Kreise und kreisfreien Städte durchschnittlich kaum 70 000 Einwohner; ländliche geprägte Kreise haben vielfach unter 50 000 Einwohner. Damit erreichen sie kaum die Hälfte der westdeutschen Dichte. Gleiches gilt für die vielen Gemeinden, die oft nur über geringe Einwohnerzahlen verfügen. Diese Situation kann die Leistungs- und Verwaltungskraft auf kommunaler Ebene erheblich beeinträchtigen. Hier zeichnet sich für die Zukunft die Notwendigkeit einer Gebietsreform ab, um größere kommunale Einheiten zu bilden, die über die Finanz- und Verwaltungskraft verfügen, um die Aufgaben kommunaler Selbstverwaltung in eigener Verantwortung wahrzunehmen.

Die Wirtschaft der neuen Bundesländer

Karte VI

Die räumliche Verteilung der Wirtschaft

Untersucht man die neuen Bundesländer bezüglich ihrer wirtschaftsgeographischen Gegebenheiten, so stellt man – wie bei der Siedlungsverteilung – starke Unterschiede zwischen dem nördlichen Teil (Mecklenburg-Vorpommern, dem größten Teil Brandenburgs sowie dem nördlichen Sachsen-Anhalt) und dem südlichen Gebiet (Sachsen, Thüringen, das südliche Brandenburg und Sachsen-Anhalt) fest. Der nördliche Teil ist nach wie vor überwiegend agrarisch, der südliche stark industriell geprägt.

Der tertiäre Sektor (Dienstleistungen) war in der ehemaligen DDR stark unterentwickelt, mit Ausnahme der aufgeblähten staatlichen Verwaltung. Doch gibt es auch hier stärkere räumliche Konzentrationen. Diese beziehen sich einmal auf die großen Städte, besonders auf Berlin mit einer großen Ansammlung von Regierungsstellen und auch Kultur- und Freizeitangeboten, sowie auf die Bezirksstädte. Daneben sollte der Tourismus erwähnt werden, der neben den großen Städten, wie Berlin, Leipzig, Dresden und Weimar, räumlich vor allem folgende Gebiete mitgeprägt hat: die Ostseeküste, eingeschränkt die Mecklenburgische Seenplatte, den Harz sowie den Thüringer Wald, das Erzgebirge und das Elbsandsteingebirge.

Die Landwirtschaft: Anbau und Agrarstruktur

Die natürlichen Gegebenheiten bestimmen nach wie vor in großem Maße die Bodennutzung in den neuen Bundesländern.

Da es klimatisch nicht so große Unterschiede gibt, spielt für die Bodennutzung vor allem die Bodenqualität eine wesentliche Rolle. Demzufolge konzentriert sich in den südlichen Gebieten, nämlich dort, wo Löss und Schwarzerde oder ähnlich gute Böden vorherrschen, der Ackerbau auf Weizen, Gerste und Zuckerrüben. Hinzu kommen zuweilen noch Futterpflanzen oder Roggen und Kartoffeln, wo die Bodenqualität geringer wird. Grünland und Waldflächen spielen in diesen Gebieten nur eine untergeordnete Rolle.

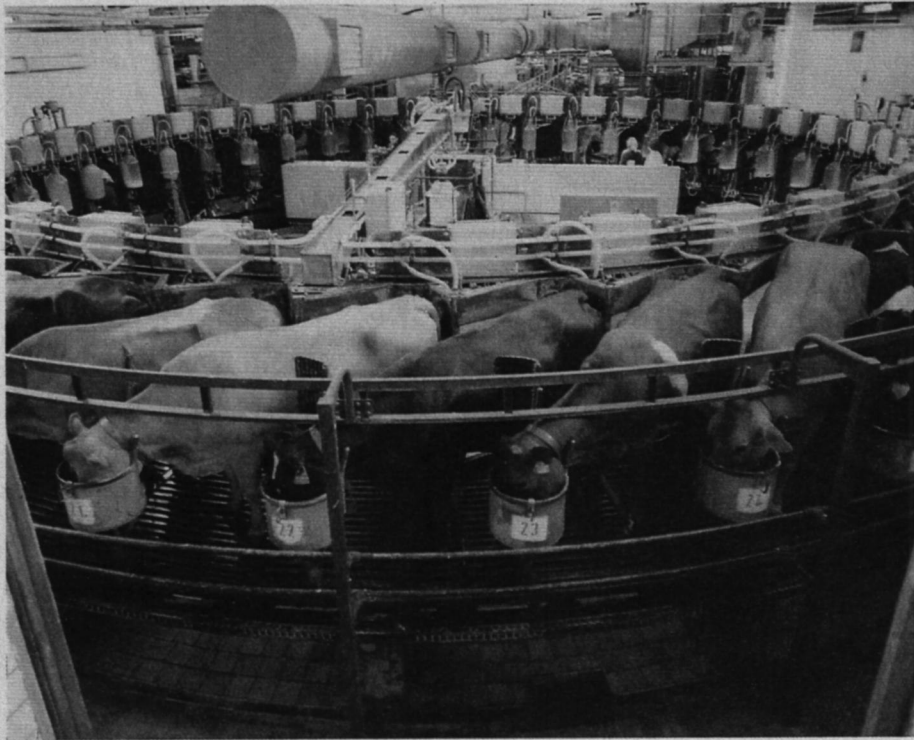
Nach Norden hin, in den Gebieten, die sehr stark von der Eiszeit geprägt wurden und nur Böden mit mittlerer bis schlechter Qualität aufweisen, ändert sich die Bodennutzung sehr stark. Zum einen nehmen Waldflächen (besonders Kiefern) zu, zum anderen werden vor allem Kartoffeln, Roggen und Futterpflanzen angebaut. In den Niederungen und Feuchtgebieten der ehemaligen Urstromtäler (zum Beispiel Elbe, Spree, Aller) dominiert Dauergrünland, während die höheren Lagen der Gebirge bewaldet sind und forstwirtschaftlich genutzt werden.

Bei Sonderkulturen (besonders Obst- und Gemüseanbau) spielt als Standort der Absatzmarkt eine große Rolle. Somit existieren um die Städte Berlin, Magdeburg, Halle, Leipzig und Dresden große Gebiete mit Obstbäumen, Freilandgemüse sowie gärtnerische Betriebe. Eine Besonderheit bilden die kleineren Weinkulturen im Saale-/Unstrut-Gebiet bei Halle sowie im Elbtal bei Dresden.

Die Erträge der landwirtschaftlichen Produktion haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich nach oben entwickelt, erreichen jedoch nicht den Stand der Produktivität in den westlichen Bundesländern. Die Erträge wichtiger Agrarprodukte liegen niedriger als in Westdeutschland, obwohl mehr Dünger verwendet wird und mehr Arbeitskräfte pro Hektar eingesetzt werden.

Sorben protestieren in Klitten gegen den Braunkohletagebau, der den Bestand ihrer Stadt bedroht, und für die kulturelle Eigenständigkeit ihrer ethnischen Minderheit.





Ein Fließband der Massenviehhaltung: „Melkkarussell“.

Auch in der Tierproduktion erzielt die Landwirtschaft in der ehemaligen DDR beträchtliche Erfolge, bleibt aber auch hier hinter dem westdeutschen Stand zurück.

Fragt man nach den Ursachen für das Auseinanderklaffen zwischen den alten und den neuen Ländern, bietet sich an, die Agrarstruktur zu untersuchen. Seit 1960 war die Landwirtschaft in der damaligen DDR voll kollektiviert. Sie war entweder in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) oder in geringerem Maße in Volkseigenen Gütern (VEG) organisiert. Die ersten waren überwiegend durch Zwangszusammenschluß, die anderen schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg durch Enteignung von Großbetrieben entstanden. Somit blieb die Phase mit klein- und mittelbäuerlichen Betrieben zwischen 1946 (Bodenreform) und 1952/1960 eher eine Episode, denn die Landkonzentration im Osten und Nordosten Deutschlands war immer schon hoch.

Nimmt man einmal die LPG als strukturbestimmend in der Landwirtschaft, so lassen sich folgende Merkmale dafür anführen:

- Formal gehört das Ackerland nach wie vor den Genossenschaftsbauern; die LPG nutzt das Land, ohne dafür einen Pachtzins zu zahlen.

- Die Genossenschaftsbauern durften bis zu 0,5 ha Ackerland privat nutzen.

- Eine LPG bewirtschaftet mehrere 1000 ha und umfaßt damit oft mehrere dörfliche Gebiete.

- Die Leitungsstruktur einer LPG ist komplex, hochgradig arbeitsteilig und ähnelt der eines Industriebetriebes.

- Die LPG hatten sich in die staatlichen Wirtschaftspläne einzuordnen. Ihre Produkte kaufte der Staat unabhängig von der Marktlage auf.

- Die staatlich festgesetzten Agrarpreise waren recht hoch, so daß die LPG vergleichsweise hohe Einkommen garantierten.

Nach der Vereinigung Deutschlands wird die Industrie privatisiert. Man sollte annehmen, dies gelte auch für die Landwirtschaft. Offensichtlich scheint jedoch ein Strukturwandel hin zur Privat- und Marktwirtschaft auf größere Schwierigkeiten zu stoßen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Zwar können die künftigen Privatbauern über ihr Eigentum an Grund und Boden verfügen. Jedoch existieren weder einzelne Flurstücke noch Straßen und Wege oder Einzelgehöfte. Wie soll der Maschinenpark der LPG aufgeteilt werden? Wem gehört wieviel vom sonstigen Anlagekapital?

Schließlich verhalten sich viele Mitglieder und Mitarbeiter von LPG wie Industriearbeitnehmer. Sie sind an relativ feste Arbeitszeiten, garantierten Urlaub, feste soziale Einrichtungen (Küche, Kindergärten, Klubhaus) gewöhnt. Viele LPG-Mitglieder können nur noch ihrer spezialisierten Tätigkeit nachgehen, während ein selbständiger Landwirt die bisherige Arbeitsteilung zumindest teilweise überwinden und viele verschiedene Arbeiten erledigen muß.

Gleichzeitig ist deutlich, daß die bisherigen LPG Nachteile mit sich bringen:

- Die großräumigen Ackerflächen nehmen auf kleinflächige und ökologische Gesichtspunkte kaum Rücksicht.

- Düngung und Pflanzenschutz erfolgen zu wenig spezifiziert und damit ökonomisch und ökologisch nicht angemessen.

- Die Großräumigkeit bedingt lange Anfahrts- und Transportwege (Vergeudung von Arbeitszeit).

- Mangelnde Möglichkeiten, aufzusteigen oder das Einkommen zu verbessern, bremsen die Motivation, sich für die LPG einzusetzen. Die Produktivität des Privatlandes liegt deutlich höher.

Sicher ist bisher nur, daß die bisherige großflächige LPG-Struktur verändert werden wird. Denkbar sind kleinere genossenschaftliche Betriebe, Auslagerung von bisherigen Betriebsteilen (Kindergärten, Reparaturbetrieben, Absatz), eine teilweise Reprivatisierung der Landwirtschaft, wobei Besitzansprüche, Hofflächen, Zuwege, die Verteilung von Maschinen und Geldkapital geklärt werden müssen. Ein privatwirtschaftlicher Neuanfang ist unter solchen Umständen nicht leicht.

Fährt man über die Dörfer, scheint für Westdeutsche die Zeit stehengeblieben. Die Straßendecke besteht häufig noch aus Kopfsteinpflaster, die Nebenstraßen sind teilweise nur aufgeschüttet. Fußwege existieren nur begrenzt oder sind in einem schlechten Zustand. Der Übergang von der Straße zu den angrenzenden Grundstücken ist dörflich und „fließend“. Es ist noch wenig „zubetoniert“, versiegelt. Nach wie vor existieren Baumreihen, „Sommerwege“, ehe auf die Vorgärten die Häuser folgen. Die Gärten wiederum haben teilweise den Charakter von Bauerngärten, in denen viel Obst und Gemüse angebaut wird und Geflügel oder Schweine gehalten werden.

Die Häuser sind im Durchschnitt älter als in Westdeutschland. Dies liegt daran, daß es nur wenige neue Siedlungshäuser auf den Dörfern gibt. Der Schwerpunkt des Wohnungsbaus lag bisher in Städten oder in Gartenbausiedlungen; in letzteren entstanden „Datschen“ als Wochenendhäuser. Dennoch haben auch die Dörfer bauliche Veränderungen erfahren. Es entstanden neue Siedlungshäuser unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, um die Neubauern anzusiedeln, die nach 1946 Land bekommen hatten. Vereinzelt finden sich seit den sechziger Jahren auch Mietshäuser sowie seit den siebziger Jahren auch wieder Einfamilienhäuser.

An den Rändern der Dörfer wurden oft neue Gebäude für die LPG errichtet. Dies geschah überall nach demselben Verfahren mit vorgefertigten Betonteilen, so daß die grauen Häuser an den Ortsrändern schnell als Bereich der LPG zu erkennen sind. Aufgrund der Dimensionen von LPG finden sich viele Gebäude und Flächen für das Vieh, die Maschinen sowie die Verwaltung und die soziale Versorgung der LPG-Mitarbeiter (Kantine, Waschräume, Klubraum, zum Teil eine Kinderkrippe, Kindergarten). Für die Unterbringung der zuletzt genannten Bereiche wurden oft auch ehemalige Gutshäuser und Schlösser verwandt.

Zur Kennzeichnung der heutigen Situation der Dörfer sei noch ergänzt, daß Kapitalmangel im Verein mit über 40 Jahren Planwirtschaft sowie einer bewußten Vernachlässigung der Dörfer gegenüber den Großstädten das Erscheinungsbild prägen: Viele Häuser bedürfen einer dringenden Renovierung, um die Bausubstanz zu erhalten. Im Dorf selbst fehlen zahlreiche Infrastruktureinrichtungen: Elektrische Leitungen müssen unterirdisch verlegt werden. Gleiches gilt für die Erneuerung oder Neuinstallation von Telefonleitungen, Wasser- und Abwassersystemen sowie der Regenwasserkanalisation im Zuge von Straßenbauten.

Die Industrie

Um die Industrie in den neuen fünf Ländern beurteilen zu können, müssen zunächst deren Voraussetzungen und Bedingungen geklärt werden. Dies soll im folgenden anhand der Aspekte Bodenschätze, Energie, Kommunikationsnetz, Humankapital und Anlagekapital geschehen.

Bodenschätze/Energie

Im vereinigten Deutschland existieren keine nennenswerten Vorkommen an Bodenschätzen. Lediglich Kalisalze lagern im nördlichen Thüringen und südlichen Sachsen-Anhalt in großen Mengen. Ganz anders stellt sich die Situation bei fossilen Primärenergieträgern dar. Hier verfügen die alten Länder mit der Braunkohle in der Ville, der Steinkohle an Ruhr und Saar sowie Erdöl und Erdgas in Niedersachsen sowie in der Nordsee über beträchtliche eigene Vorkommen, die den Eigenbedarf allerdings nur zum geringen Teil decken. Die ehemalige DDR hingegen verfügt nur über (allerdings riesige Mengen) Braunkohle. Davon lagern etwa zwei Drittel in der Lausitz und der Rest überwiegend im Mitteldeutschen Revier um Leipzig, Halle und Bitterfeld. Bisher wurden rund 70 Prozent des Primärenergieverbrauchs durch heimische Braunkohle, die restlichen 30 Prozent durch Erdöl und Erdgas (überwiegend Importe aus der Sowjetunion) sowie Steinkohle und Kernenergie gedeckt. Etwa vier Fünftel des elektrischen Stroms stammen aus Braunkohlekraftwerken.

Der entscheidende Vorteil dieser Lage war, daß die ehemalige DDR nur wenig von Energieimporten abhing. Gleichzeitig wurden der elektrische Strom und die Braunkohle erheblich subventioniert, so daß die Bürger für Strom und Heizenergie wenig bezahlten. Das war jedoch auch mit gewaltigen Nachteilen verbunden.

– Die niedrigen Energiepreise führten zur Energieverschwendung.

– Die Energieerzeugungsunternehmen haben ihre Kraftwerke nicht modernisiert, um zum Beispiel Filteranlagen einzubauen. Die Verschmutzung der Luft wurde dadurch sehr hoch. Hierzu trugen und tragen auch die vielen Braunkohleöfen in den Haushalten bei.

– Weite Landstriche wurden durch den Braunkohlentagebau „verwüestet“. Rekultivierung fand nur unzureichend statt.

Hieraus ergeben sich für die absehbare Zukunft folgende grundlegende Aufgaben:

– Erweiterung des Energieangebots und Aufnahme neuer Energiearten, so daß der Abbau der Braunkohle zurückgeht;

– Bereitstellung der Energie zu Marktpreisen, damit der Energieverbrauch gedrosselt wird;

– Stilllegung völlig unrentabler Anlagen;

– Modernisierung/Neubau von Kraftwerken;

– Umstellung der privaten Haushalte auf Steinkohle, Erdöl bzw. Erdgas.

Alle diese Maßnahmen könnten helfen, Energie zu sparen, die Umweltschäden zu begrenzen und die Luftverschmutzung zu verringern.

Kommunikation

Eine moderne Wirtschaft hängt in großem Maße von einer effizienten Kommunikation ab. Hierzu zählen alle wichtigen Aspekte der Telekommunikation sowie des Verkehrsnetzes.

Im Bereich der Telekommunikation liegen die neuen Länder noch weit hinter dem westlichen Bereich zurück. Es gibt viel zu wenige Telefonanschlüsse (1985 hatten erst 16 von 100 Haushalten ein Telefon gegenüber 93 von 100 im Westen), ein Telefax-System existiert erst in wenigen Ansätzen.

Das Straßennetz ist insgesamt vielfältig, jedoch ausbau- und verbesserungsbedürftig. Das Autobahnnetz ist, wie bis 1945, noch zu stark auf Berlin ausgerichtet, so daß effektive, schnelle Querverbindungen fehlen. Dies gilt für die Verbindung Magdeburg–Halle, Halle/Leipzig–Cottbus–Frankfurt/O. oder eine Verbindung zwischen den Zentren an der Ostseeküste und zwischen Halle und Bad Harzburg am Nordrand des Harzes entlang.

Die überregionalen Straßen sind meist in einem passablen Zustand. Notwendig wären leistungsfähige Ortsumgehungen und ein besserer Ausbau von Kreuzungen. Die innerörtlichen Straßen befinden sich vielfach in einem schlechten Zustand. Seit der Vereinigung Deutschlands nimmt die Motorisierung in den neuen Ländern sehr schnell zu, so daß Investitionen in den Straßenbau dringend erforderlich sind.

Das Eisenbahnnetz zählt zu den dichtesten in Europa. Auf die Bevölkerung bezogen, führen in der ehemaligen DDR doppelt so viele Personen wie im Westen mit der Bahn; es wurde die dreifache Menge im Güterverkehr transportiert.

Hier liegt eine echte Chance für die neuen Bundesländer, angesichts der Probleme mit dem Individualverkehr die Eisenbahn als

verkehrspolitische Alternative zu entwickeln. Dies setzt jedoch eine erhebliche Modernisierung der Bahn voraus. Vermehrte Elektrifizierung, Ausbau und Sicherung des Schienennetzes, erhebliche Verbesserungen beim Service der Bahn sind dringend erforderlich.

Der Flugverkehr dürfte vor allem im Raum Berlin auf deutliche Engpässe stoßen. Ohne neue oder erweiterte Flughäfen wird das stark steigende Flugverkehrsaufkommen kaum zu verkraften sein. Verkehrsgeographisch bedeutsam dürfte in diesem Zusammenhang auch die wirtschaftliche und politische Öffnung der Tschechoslowakei und Polens sein, so daß in diesem ganzen Raum wenigstens auf mittlere Sicht ein leistungsfähiges Verkehrsnetz entwickelt werden müßte. Vor allem die folgenden Strecken müßten ausgebaut werden: Berlin–Frankfurt/O.–Posen–Warschau, Berlin–Stettin–Danzig, Berlin–Cottbus–Breslau–Krakau, Dresden–Görlitz–Breslau, Dresden–Prag.

Anlagekapital

Bilanzierung und innerbetriebliches Rechnungswesen erfolgten in der DDR nach anderen Kriterien als im Westen. Eigenkapitalbildung war nicht gefragt und nicht nötig, da alles zentral finanziert wurde. Notwendige Erhaltungs-, Ergänzungs- oder Erweiterungsinvestitionen unterblieben oft. Daher ist nach den Maßstäben westlicher Betriebsrechnungen das Anlagekapital der Wirtschaft (Wert der Gebäude, Maschinen, Einrichtungen sowie Geldkapital) oft unzureichend, um Betriebe fortführen und modernisieren zu können. Hinzu kommt, daß viele nicht wettbewerbsfähig sind, so daß sich Konkurse und Betriebsstillegungen unvermeidbar sind.

Humankapital

Das vorhandene Humankapital, also die Gesamtheit der Arbeitskräfte einschließlich der Manager sowie die Qualifikation der Arbeitnehmer, weist unter den neuen wirtschaftlichen Bedingungen nach der deutschen Vereinigung Probleme auf. Nach alten DDR-Maßstäben waren Arbeitnehmer und Manager gut und hoch qualifiziert. Eine auf Wettbewerb ausgerichtete Wirtschaft verlangt jedoch teilweise andere oder zusätzliche Qualitäten, die unter anderem folgendes beinhalten: mehr Flexibilität und Anpassungsbereitschaft, mehr eigenverantwortliches Denken und Handeln, Umgang mit modernen Technologien und Fertigungsmethoden sowie Anwendung neuer gesetzlicher Grundlagen. Diese Erfordernisse gelten auch für die staatliche und kommunale Verwaltung. Am Beginn der Vereinigung Deutschlands haben die neuen Bundesländer also mit einer Reihe von strukturellen Problemen zu kämpfen, die sie gegenüber den alten Bundesländern stark benachteiligen. Es ist deshalb besonders geboten, diese Probleme schnell und gleichzeitig zu lösen. Wenn mittelfristig die nachteiligen Strukturen beseitigt sein werden, eröffnet sich den neuen Bundesländern die Chance, in mancherlei Hinsicht moderner und fortschrittlicher zu sein als vergleichbare Einrichtungen im Westen.



Im neuen Automobilwerk Mosel bei Zwickau laufen statt der „Trabis“ nun die VW-„Polos“ vom Band.

Die Industriestruktur

Die Industrie in den neuen Ländern läßt sich unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachten. Räumlich gesehen existiert ein klares Süd-Nord-Gefälle. Sachsen, Teile von Thüringen und Sachsen-Anhalt, das südliche Brandenburg sowie Berlin bilden eindeutig Schwerpunkte. Hier liegt der größte Teil der industriellen Wertschöpfung. Erheblich geringer wird die industrielle Wertschöpfung bereits in den nördlichen Teilen von Sachsen-Anhalt und Brandenburg. In Mecklenburg-Vorpommern spielen vor allem die Küstenstädte eine gewisse Rolle in der Industrieproduktion. Dieses Muster der geographischen Verteilung entspricht insgesamt noch der Situation, die bis 1945 bestand. Es hat seitdem nur geringfügige Verschiebungen zugunsten des Nordens gegeben.

Nach Branchen differenziert, spielen der Maschinen- und Fahrzeugbau, die chemische Industrie, die Lebensmittelbranche, der Energiesektor sowie die Elektrotechnik und Elektronik die größte Rolle. Die genannten Branchen treten in recht unterschiedlicher Gewichtung auf. In Thüringen findet man ein ziemliches Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Branchen, gleiches gilt für Sachsen, wobei die Textilindustrie sowie der Maschinen- und Fahrzeugbau Vorrang haben. Das südliche Brandenburg um Cottbus herum wird eindeutig von der Energiewirtschaft beherrscht, während im südlichen Sachsen-Anhalt und im östlichen Brandenburg die Chemieindustrie vorherrscht. Die Industrien von Magdeburg bis Berlin zeigen weniger Schwerpunkte, während in Mecklenburg-Vorpommern die Industrie entweder auf der Verarbeitung von Agrarprodukten (Landwirtschaft, Fischerei) oder der Hafen-/Werftwirtschaft beruht.

Betrachtet man die wichtigsten Industriestandorte in Verbindung mit den vorgenannten Strukturproblemen, so werden recht

schnell gefährdete Industriestandorte deutlich: die Energiebetriebe in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier, der Fahrzeugbau (Zwickau, Eisenach), die Chemiewerke bei Halle und sogar manche Werke der Nahrungsmittelindustrie, wenn die Bürger weiterhin überwiegend das „westliche“ Warenangebot bevorzugen.

Es bleibt zu fragen, wo aus wirtschaftsgeographischer Sicht mögliche Potentiale und Chancen für die Industrie liegen.

– Bauindustrie: Die potentielle Nachfrage nach Baumaterialien und Bauleistungen liegt für die nahe und mittlere Zukunft sehr hoch (Renovierung der maroden Altbauten, neue Häuser). Dieser Bedarf läßt sich durch Produktion und Angebot in der Region befriedigen. Die Nachfrage im Straßenbau steigt ebenfalls an. Auch hier könnten heimische Firmen schnell einen Markt gewinnen.

– Energie/Chemie: Eine moderne und sanierte Energiewirtschaft hat in reduziertem Umfang auch in den neuen Ländern Zukunftsaussichten. Dies zeigt das Beispiel der Ville, des linksrheinische Braunkohlengebiets in Nordrhein-Westfalen. Ähnliches gilt für die Chemieindustrie.

– Auch die Elektronik und die Nahrungsmittelindustrie haben dann an ihren bisherigen Standorten Chancen, wenn diese Branchen effektiv und marktorientiert produzieren.

– Eines der größten Potentiale liegt bei den Dienstleistungen (Banken, Versicherungen, freie Berufe, Gastronomie, Tourismus), die in der ehemaligen DDR kaum oder sehr spärlich entwickelt waren.

Außenwirtschaft

Für die kommende wirtschaftliche Entwicklung der neuen Bundesländer spielt die bisherige außenwirtschaftliche Einbindung eine große Rolle. Wie der Westen Deutschlands überwiegend in den westlichen

Wirtschaftsraum eingebunden war, so galt Entsprechendes für die ehemalige DDR. Rund zwei Drittel des Außenhandels wickelte die DDR bis 1989 mit den sozialistischen Ländern des RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) ab. Weitere 30 Prozent entfielen auf den Handel mit westlichen Industriestaaten, der Rest auf Entwicklungsländer. Schaut man genauer hin, fällt auf, daß der Handel mit der Sowjetunion allein fast 40 Prozent aller DDR-Handelsbeziehungen ausmachte, gefolgt in weitem Abstand von der CSFR, Westdeutschland, Polen und Ungarn. Allein dies zeigt die starke Einbindung der ehemaligen DDR in das östliche Wirtschaftssystem.

Differenziert man den Außenhandel nach Warensorten, so war die DDR bis 1989 überwiegend Importeur von Rohstoffen (besonders aus der Sowjetunion), während sie umgekehrt Konsumgüter, Chemieerzeugnisse, Maschinen und Fahrzeuge exportierte.

Die Verrechnung des Handels geschah mit Hilfe des „Transferrubels“, einer Währungseinheit, die auf den Austauschverhältnissen zwischen dem sowjetischen Rubel und den Währungen der anderen RGW-Staaten beruhte und lange Zeit die Sowjetunion begünstigte. Wirkliche Marktpreise existierten nicht. Lange Zeit ließ sich die Sowjetunion für ihre Rohstoffe überhöhte Weltmarktpreise bezahlen, während umgekehrt die DDR vergleichsweise wenig für ihre Fertigprodukte erhielt.

Immerhin bildeten die Austauschbeziehungen innerhalb der RGW eine feste Größe für die DDR-Wirtschaft. Seit der Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990 ist dieses Geflecht zusammengebrochen (auch durch die marktwirtschaftliche Entwicklung in anderen RGW-Staaten). Der Handelsaustausch erfolgt jetzt auf der Basis konvertierbarer Währungen (DM, Dollar). Gleichzeitig gelten überwiegend Marktpreise (ohne staatliche Subventionen). Folglich können viele Produzenten in den neuen Ländern ihre (oft veraltete) Produktpalette in den ehemaligen RGW-Ländern nicht mehr absetzen. Für die Wirtschaft entfällt damit eine bisherige Konstante ihres Wirtschaftens und verstärkt die schon beschriebene Struktur- und Anpassungskrise.

Dienstleistungen

In der ehemaligen DDR war der gesamte tertiäre Sektor (der Dienstleistungssektor) unterentwickelt. Aufgrund von Vorgaben und zentralverwaltungswirtschaftlicher Planung benötigte man viele Dienstleistungen nicht oder nur in geringem Umfang oder durfte sie nicht anbieten. Hier seien nur erwähnt: die Vielfalt der freien Berufe (Rechtsanwälte, Notare, Ärzte, Steuerberater), die Angebote von Versicherungen und Banken, vielfältige handwerkliche Dienstleistungen und spezialisierte Geschäfte. 1985 trugen in der DDR alle Dienstleistungen nur zu 15 Prozent zum Brutto sozialprodukt bei (gegenüber 41 Prozent in der alten Bundesrepublik).

Auch der Tourismus paßt letztlich in dieses Bild. Zwar sind Anstrengungen unternommen worden, die DDR touristisch zu erschließen, jedoch längst nicht in dem Ausmaß, wie dies unter marktwirtschaftlichen Bedingungen geschehen wäre.

Räumlich gesehen, wurden die schon überkommenen touristischen Regionen weiterentwickelt und in die Planwirtschaft des gesamten Landes miteinbezogen. Hier seien als touristische Gebiete genannt: das Erzgebirge und das Elbsandsteingebirge in Sachsen, der Thüringer Wald, der Harz im südlichen Sachsen-Anhalt, die Seengebiete westlich und südöstlich von Berlin, die Mecklenburgische Seenplatte und die Ostseeküste. Ergänzend sei der Besichtigungstourismus für bedeutende Städte erwähnt: Berlin, Leipzig, Dresden, Weimar, Potsdam, Schwerin.

Versorgung und Unterbringung der Gäste besorgten neben Privatanbietern gesellschaftliche Organisationen (Gewerkschaften, Freie Deutsche Jugend) und die Betriebe selbst. Somit entstanden in vielen Fremdenverkehrsarten neue, große hotelähnliche Komplexe, deren Kapazität immer unter der Nachfrage lag und die folglich immer ausgebucht („ausgeplant“) waren.

Neben dem Tourismus innerhalb der DDR boten sich begrenzte Ziele im sozialistischen Ausland (Tschechoslowakei und Ungarn) an.

Mit der Vereinigung Deutschlands fällt die zentrale Planung und Verwaltung des Tourismus fort. Somit geraten viele Fremdenverkehrsorte in wirtschaftliche Existenzprobleme. Denn mittlerweile bevorzugen viele Bürger Ziele in den Gebieten, die ihnen bisher verschlossen waren: Westdeutschland und das westliche Ausland. Gleichzeitig bleiben viele Besucher aus den ehemaligen RGW-Staaten weg, denn die Umstellung auf die DM verteuert ihren Aufenthalt. Andererseits besuchen nunmehr Westdeutsche die neuen Bundesländer, zögern aber noch aus vielen Gründen, dort einen längeren Urlaub zu verbringen. Der Komfort bei der Unterbringung liegt niedriger als im Westen, selbstverständliche Einrichtungen der touristischen Infrastruktur fehlen (Freizeiteinrichtungen, Geschäfte, Kurzentren). Auch hier ist anzunehmen, daß attraktive Angebote zu wettbewerbsfähigen Konditionen dazu beitragen werden, die Touristengebiete in den neuen Ländern wirtschaftlich sanieren zu helfen.

Ökologische Aspekte

Die neuen Bundesländer befinden sich aus ökologischer Sicht teilweise in einer katastrophalen Lage. Die südlichen Länder Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt sind davon besonders stark betroffen. Das Ausmaß der Umweltschäden läßt sich nur vermuten, da in der ehemaligen DDR Umweltdaten nicht erfaßt oder bewußt unterdrückt wurden. Dennoch sei an den Beispielen der Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden die ökologische Problematik verdeutlicht.

Die Luftverschmutzung, die besonders hoch in den Industriegebieten Halle/Leipzig und der Lausitz ausfällt, läßt sich auf drei wesentliche Verursacher zurückführen: Die Abgase von Industrie und Kraftwerken gelangen zu meist ungefiltert in die Luft, so daß hohe Schwefeldioxid-Emissionen auftreten. Der größere Teil der Haushalte heizt mit Braunkohle, die nur etwa ein Viertel des Heizwertes von Steinkohle oder Erdöl hat. Auch der Fahrzeugverkehr (Autos, Lkw) verursacht durch die veraltete Technik erhebliche Luftbelastungen.

Folgen der Luftverschmutzung sind: Die Gesundheit der Bevölkerung wird erheblich beeinträchtigt. Pflanzen und Tiere nehmen über die Nahrung große Mengen an Schadstoffen auf, die über die Nahrung den Menschen erreichen. Häuser, Kulturdenkmäler und Wälder leiden unter den aggressiven Stoffen in der Luft.

Die Wasserverschmutzung ist weit vorangeschritten. Nur noch drei Prozent der Seen haben Trinkwasserqualität, zwei Drittel der Wasserläufe sind mittelmäßig bis stark mit Schadstoffen belastet, große Teile des Grundwassers haben keine Trinkwasserqualität. Die wesentlichen Ursachen: Industriebetriebe, Städte und Gemeinden klären ihre Abwässer nicht oder unzureichend, ungenügend gesicherte Mülldeponien und unsachgemäße (Über-)Düngung in der Landwirtschaft beeinträchtigen das Grundwasser.

Auch die Böden sind an vielen Stellen stark belastet. Neben Mülldeponien und der Landwirtschaft ist ein wesentlicher Verursacher die Industrie, die zuweilen Altöle, Lacke, chemische Produkte und andere Rückstände in den Boden sickern läßt.

Die Vereinigung Deutschlands wird die ökologische Sanierung des Raumes einen großen Schritt voranbringen. Die neuen, viel strengereren Umweltauflagen, neue Techniken, neue Verbrauchsgewohnheiten, marktwirtschaftliche Energiepreise werden auf mittlere Sicht dazu führen, daß sich die neuen Länder dem westdeutschen Standard nähern.

Der frühere VEB Chemiekombinat Bitterfeld.



Kultur- und Siedlungsraum

Karten VII und VIII

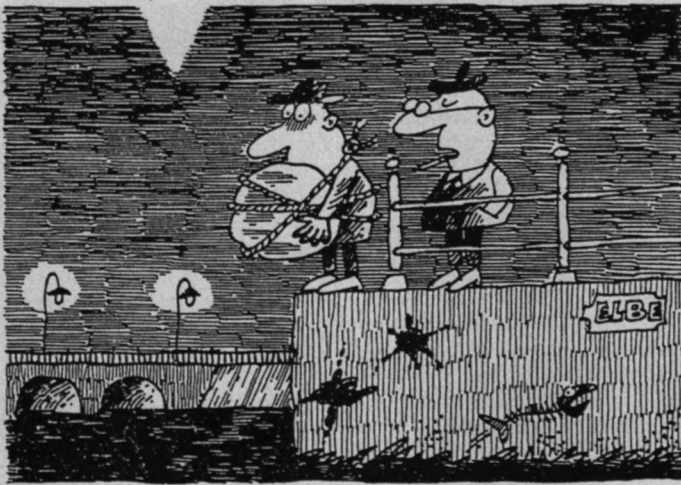
Historisch-geographische Entwicklung der Siedlungen

Die Besiedlung des Raumes der neuen Bundesländer mit Deutschen erfolgte von Westen und Südwesten nach Osten und Nordosten. Vom 5. bis zum 11. Jahrhundert reichte der deutsche Siedlungsraum im mitteleuropäischen Bereich bis zu einer Linie von Uelzen über Magdeburg an der Elbe und Saale südwärts bis zum Thüringer Wald (mit Ausnahme des Harzes). In diesem Altsiedelland, zu dem heute die westlichen Teile von Sachsen-Anhalt und Thüringen gehören, entwickelten sich unregelmäßige Siedlungs- und Dorfformen. Letztere bestanden aus Weilern und Haufendörfern mit unregelmäßigen Grundrissen. Auch wichtige Städtegründungen fallen in diese Phase (zum Beispiel Magdeburg, Halberstadt, Quedlinburg, Erfurt). Kristallisationspunkte waren oft Bischofssitze, königliche Pfalzen oder Handelskreuzungen.

Die östlich anschließenden Gebiete waren recht dünn mit slawischen Stämmen besiedelt. Im 12. Jahrhundert begann schließlich in größerem Maße die deutsche Ostkolonisation. Sie erreichte im 12. Jahrhundert etwa eine Linie Lübeck-Schwerin-Ruppin-Torgau-Dresden, um im 13. Jahrhundert den restlichen mitteleuropäischen Raum zu erfassen.

Dabei entwickelten sich noch heute gut sichtbare Siedlungsformen. Im Gegensatz zum Altsiedelland wurden alle Siedlungen planmäßig angelegt, jedoch unterschiedliche Grundrisse verwandt. Unmittelbar anschließend an das Altsiedelland entstanden im westlichen Mecklenburg, in der Altmark sowie um Leipzig Rundlingsdörfer, die fast den Charakter von Wehrsiedlungen hatten. Wei-

„Auf den Stein können Sie gut und gerne verzichten!“



ter östlich bildeten sich überwiegend Straßen- und Angerdörfer. Bei beiden Dorfformen lagen die Gehöfte der zunächst freien Bauern längs der Straße, wobei die jeweiligen Ackerfluren (Hufen) direkt hinter dem Hof begannen. Der Anger stellte eine dorfplatzartige Erweiterung der Hauptstraße dar.

Im zunächst noch walddreichen Süden von Thüringen und Sachsen entstanden etwas unregelmäßigere Waldhufendörfer, die den Straßendörfern ähnelten und deren Bewohner zunächst sehr viel Arbeit mit der Waldrodung hatten. In der Nähe der Ostseeküste entwickelten sich sogenannte Hagenhufendörfer, Straßensiedlungen, deren Bauern mit besonderen Freiheiten und Privilegien ausgestattet waren.

Ab dem 16./17. Jahrhundert entstanden, verbunden mit der Herausbildung der Gutsherrschaft, in Mecklenburg-Vorpommern, der Altmark und Brandenburg Guttsiedlungen mit Herrenhäusern, Wirtschaftsgebäuden sowie Häusern für die untertänigen Bauern.

Die bei der Besiedlung gewählten Hausformen lassen sich in etwa auf zwei Grundtypen zurückführen. In Mecklenburg-Vorpommern und dem nördlichen Brandenburg dominiert das Niederdeutsche (Niedersächsische) Hallenhaus, während in den anderen Gebieten die mitteldeutsche (fränkische) Hausform vorherrscht.

Neben den Dörfern entstanden im Neusiedland bis zum Ende des Mittelalters ca. 150 Städte. Die Anlage der Städte erfolgte planmäßig und geometrisch. In der Mitte der Stadt befand sich der rechteckige Marktplatz, von dem aus sich ein schachbrettartiges Straßennetz erstreckte. Eine Mauer sicherte die Stadt vor feindlichen Angriffen. Vom 14. bis 16. Jahrhundert wurden viele Städte durch ihre Mitgliedschaft in der Hanse geprägt. Dies ist auch heute noch an manchen Bauten sowie dem verwendeten Baumaterial (rote Ziegelsteine) zu erkennen. Städte wie Wismar, Rostock, Stralsund, Greifswald, Stendal oder Tangermünde verdeutlichen die hanseatische Tradition.

Über viele Jahrhunderte behielten die mitteldeutschen Städte ihr Gesicht, oft im Kern bis in den Zweiten Weltkrieg hinein. Es gab

vereinzelte Neugründungen im Zeitalter des Absolutismus (Beispiel Ludwigslust und Neustrelitz); andere, besonders die Residenzstädte wie Potsdam, Berlin, Dresden oder Schwerin wurden im Geiste der jeweiligen Fürsten ausgebaut und im Barock mit einer vieleckigen Befestigungsanlage nach französischem Vorbild umgestaltet.

Erst das Zeitalter der Industrialisierung und die Gründerjahre nach 1871 brachten den Städten neue Wachstumsschübe. Überall entstanden bürgerliche Villen- und Arbeiterwohnviertel, letztere oft in der Nähe der wachsenden Industrieanlagen.

Die Kämpfe des Zweiten Weltkrieges zerstörten viele Städte, besonders in den Jahren 1944/45. Betroffen waren Nordhausen und Jena in Thüringen, Leipzig, Dresden, Plauen, Chemnitz in Sachsen, Magdeburg, Halberstadt, Zerbst, Dessau in Sachsen-Anhalt, Frankfurt/O., Brandenburg, Lübben, Cottbus, Prenzlau in Brandenburg, Rostock, Demmin, Neubrandenburg, Anklam, Pasewalk in Mecklenburg-Vorpommern sowie die Reichshauptstadt Berlin.

Sozialistischer Städtebau

Die Städtebaupolitik der ehemaligen DDR prägte zu großen Teilen die Erscheinungsform, die Gliederung und die Funktionen der Städte. Das Erbe des sozialistischen Städtebaus läßt sich besonders in den größeren Städten, die im Zweiten Weltkrieg stark zerstört wurden, gut erkennen. Die Städtebaupolitik der DDR läßt sich in vier Phasen kurz umreißen.

In der Zeit bis zur Gründung der DDR standen überwiegend Aufräumarbeiten im Vordergrund. Die Trümmer der Kriegshandlungen mußten beseitigt werden. Gleichzeitig entschloß sich die SED, Bauruinen in großem Stil abzutragen, um diese Relikte der „bürgerlichen“ Epoche endgültig zu beseitigen. So entstanden in vielen Stadtzentren große Freiflächen, die teilweise bis heute nicht bebaut oder städtebaulich gestaltet

wurden (Beispiel: Magdeburg). Gebäude mit leichteren Schäden wurden repariert.

Stalinistischer Zuckerbäckerstil

In der Spätphase des Stalinismus setzte sich mit dem konservativen Formalismus eine Stilrichtung durch, die in den Innenstadtbereichen auf Repräsentativität setzte. Typische Beispiele für diesen „Zuckerbäckerstil“ sind die ehemalige „Stalinallee“ (später Karl-Marx-Allee, jetzt wieder Frankfurter Allee) im Osten Berlins oder die Wilhelm-Pieck-Allee in Magdeburg. Im Zentrum der Gestaltung standen der zentrale Platz (als Raum für Kundgebungen durch die Partei) sowie die Magistrale, gedacht als Pracht- und Paradestraße mit großer Fahrbahnbreite. Die Einrahmung dieser Prachtstraße geschah durch 5- bis 7geschossige (oder noch höhere) Häuser, deren Fassaden mit Balustern, Obelisken und Pilastern aufwendig gestaltet wurden. Die Häuser wurden im unteren Bereich als Geschäfte, Restaurants, Dienstleistungsangebote und im oberen für Wohnungen genutzt.

Ab Ende der 50er Jahre brachte die Abkehr vom Stalinismus aufgelockere städtebauliche Strukturmerkmale. Die Fassaden der großen Häuser bekamen keine Verzierungen mehr, die zentralen Plätze erhielten zusätzliche Bauten in Form von Kiosken, um der verstärkten Nachfrage nach Gastronomie und Konsumartikeln zu entsprechen. Teilweise wurden diese neuen Hauptgeschäftsstraßen zu Fußgängerzonen. Die Multifunktionalität der Häuser (unten Geschäfte, oben Wohnungen) blieb erhalten. Beispiele für diese Art Städtebau sind die Prager Straße in Dresden, der Breite Weg in Magdeburg, der Bereich um den Alexanderplatz in Berlin.

Industrieller Wohnungsbau Pflege des kulturellen Erbes

Die 70er und 80er Jahre brachten städtebaulich zwei Entwicklungen. Einmal förderte die Partei- und Staatsführung ganz massiv den industriellen Wohnungsbau, zum anderen wandte sie sich dem kulturellen Erbe der deutschen Vergangenheit zu.

Fast jede Stadt in den neuen fünf Bundesländern verfügt mittlerweile über neue Großsiedlungen, teils auf neu erschlossenen Arealen, teils in der Nähe der Innenstädte. Diese Großsiedlungen entstanden aufgrund industrieller Fertigung von Betonplatten, die an Ort und Stelle zusammengesetzt wurden. So baute man 5-6- und 11-13stöckige Wohnhäuser, dazwischen Einrichtungen für die ökonomische, soziale und kulturelle Grundversorgung der Bewohner solcher Bereiche (Kindergarten, Schule, Kaufhalle, Kulturzentrum/Clubhaus, Gaststätte). All dies sollte ein Ausdruck sein für die sozialistische Lebensweise (im Kollektiv wohnen, sich bilden, gemeinsam feiern, die standardisierten Konsumbedürfnisse befriedigen). Individualität in verschiedenerlei Hinsicht war nicht gefragt.

Im Vergleich zu Städten im westlichen Deutschland fällt an den städtischen Zentren

in der ehemaligen DDR auf, daß sie wesentlich weniger „städtisches“ Leben ausdrücken, also jene oft fast quirlige Atmosphäre vermissen lassen, die durch die Zusammenführung von verschiedensten Geschäften, Dienstleistungsangeboten, gastronomischen Einrichtungen entsteht. Im äußeren Erscheinungsbild dominieren vielfach graue Farben, die Fassaden älterer Häuser sind stark renovierungsbedürftig, viele Häuser oder Häuserzeilen stehen leer und verfallen. Andererseits findet sich in den Innenstädten noch ein hoher Anteil an Wohnbevölkerung. Die Bebauung dort ist weitflächig, bis hin zu großen unbebauten Plätzen.

Die Ursachen lassen sich auf wenige Punkte zurückführen:

– Im bisherigen Staats- und Gesellschaftssystem konnten die Städte keine Autonomie (Selbständigkeit) im umfassenden Sinne des Wortes entwickeln. Somit ging keine Eigeninitiative von den Kommunen aus. Diese warteten vielmehr auf Anordnungen, Genehmigungen, Finanzzuteilungen aus der Berliner Zentrale.

– Das überwiegend staatliche Eigentum am Boden in den Städten verhinderte eine räumliche Ordnung der Stadt, die den westlichen Städten vergleichbar wäre. Da die Bodenpreise für die Nutzung der Stadt keine Rolle spielten, blieben beste Innenstadtlagen oft ungenutzt (freie Flächen), oder es wurden nur vereinzelt Geschäfte und Dienstleistungsbetriebe eingerichtet, ganz abgesehen von der Tatsache, daß Standorte von Geschäften nicht nach marktwirtschaftlichen, sondern planwirtschaftlichen Gesichtspunkten gewählt wurden.

– Die niedrigen Mieten (eingefroren auf dem Stand von 1936) verhinderten, daß private Eigentümer ihre Häuser instand halten konnten. Ein zunehmender Verfall der Bausubstanz war damit vorprogrammiert.

– Staat und Kommunen legten über Jahrzehnte keinerlei Wert auf die Erhaltung der überkommenen alten („bürgerlichen“) Bausubstanz.

– Die industrielle Großplattenbauweise führte dazu, daß sich die Vielfalt der Bauberufe stark reduzierte. Für Reparaturen älterer Bauten fanden sich kaum noch Fachleute.

– Das industriemäßige Bauen sowie 40 Jahre „real existierender Sozialismus“ uniformierten die äußeren Städtebilder (Fassaden, Häuser, Plätze).

Der andere Strang der Honeckerschen Städtebaupolitik wandte sich dem kulturellen Erbe der deutschen Vergangenheit zu. Dies geschah ideologisch aufgrund der Losung, daß man sich der ganzen Geschichte mit all ihren Ausprägungen stellen müsse. In der Folge ging man daran, einzelne Denkmale, historische Straßenzüge oder auch ganze Innenstädte denkmalpflegerisch zu erhalten. Beispielsweise entstand eine intensive Beschäftigung mit dem preußischen König Friedrich dem Großen und Martin Luther.

Äußerer (städtebaulicher) Ausdruck dafür waren die Aufstellung des Reiterstandbildes Friedrichs des Großen „Unter den Linden“ in Berlin (wie überhaupt diese alte Berliner Prachtstraße als solche wieder entstand) sowie die Pflege und Restauration von Lutherstätten (Wartburg, Wittenberg, Eisenach, Eisleben).

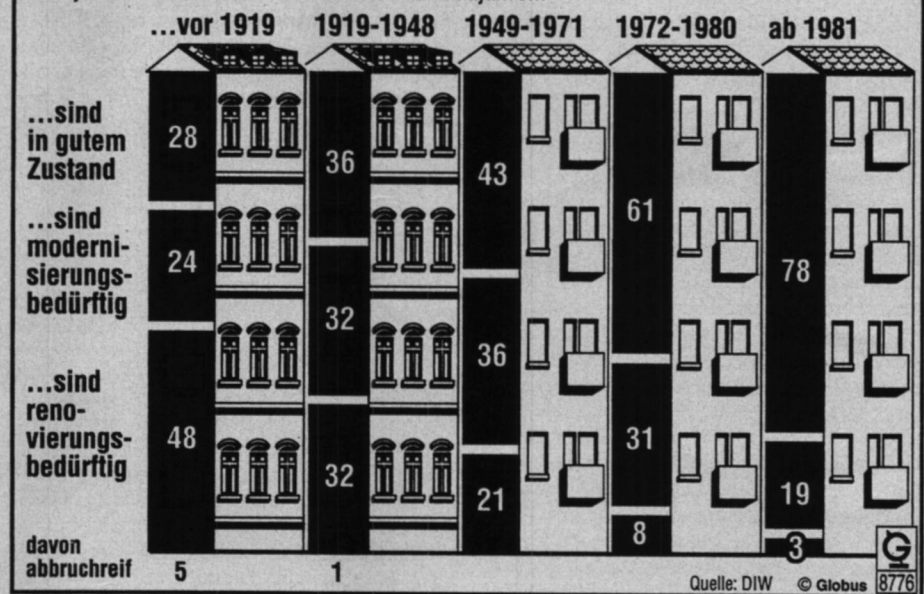
Da sowohl Geld als auch Baumaterial knapp waren, wirkte dies Programm nicht flächendeckend, so daß fast nur politisch gewollte „Vorzeigeprojekte“ davon profitierten (Innenstadt von Berlin, Weimar, Wernigerode, Teile von Dresden und Potsdam). Die kleineren Städte oder die Dörfer erreichte dieses Programm meistens nicht.

chend. Dem Lebensgefühl des Barock entsprechend entstanden in dem genannten Gebiet im 17. und 18. Jahrhundert weitere Schlösser, während spätere Schloßbauten kaum noch auftreten.

Brandenburg weist nicht nur eine erheblich geringere „Burgen- und Schlösserdichte“ auf, auch die Entstehungszeit der Schlösser liegt eher im 17./18. Jahrhundert. Hierin zeigte sich, daß diese Gebiete dünner besiedelt und ärmer waren. Erst seit dem Barock machte sich eine größere Macht- und Prachtentfaltung bemerkbar. Sehr deutlich läßt sich dies noch in und um Potsdam sehen. Dort haben die preußischen Könige noch bis 1917 eine Park-/Villen- und Schlösserlandschaft

Der Zustand der Wohnhäuser in den neuen Bundesländern

Von je 100 bewohnten Wohnhäusern der Baujahre...



Kulturstätten

Karte VI

Die Verteilung von Kulturstätten spiegelt die historische Entwicklung in den jeweiligen Ländern deutlich wider. Museen, Schlösser, Theater treten etwa südlich einer Linie Magdeburg–Dresden insgesamt sehr häufig auf, ferner konzentriert in und um Berlin, deutlich weniger in Mecklenburg-Vorpommern und recht vereinzelt in der Altmark sowie im größeren Teil Brandenburgs.

Thüringen, Sachsen und der Süden von Sachsen-Anhalt zeichnen sich durch eine große Anzahl von Burgen und Schlössern aus verschiedenen Epochen aus. Neben der Siedlungsdichte spielt auch die territoriale Zerrissenheit von Thüringen und dem südlichen Sachsen-Anhalt eine große Rolle. Jeder Landesherr brauchte mehrere Residenzen. Da diese Bereiche noch zum Altsiedelland gehören, spiegeln auch die Kirchen eine große Spannweite von Stilrichtungen wider, oft auf die Romanik und frühe Gotik zurückrei-

entstehen lassen, die in ihrer Konzentration in diesem Bereich einmalig ist.

Die mecklenburgisch-vorpommerschen Schlösser gehen zuweilen auf mittelalterliche Gründungen zurück. Erst im 19. Jahrhundert gab es einzelne Neubauten im Stil des Klassizismus, barocke Schlösser finden sich hier nicht.

In der räumlichen Nähe einzelner Schlösser existieren einige berühmte Landschaftsgärten, die vom 17. bis zum 19. Jahrhundert entstanden, so die Parkanlage in Wörlitz, Sanssouci in Potsdam oder Ludwigslust.

In den neuen Ländern gibt es eine große Vielfalt von Museen, deren räumliche Verteilung ähnlich ist wie bei Schlössern und Burgen. Neben Freilichtmuseen und Schaubergwerken bzw. Schauhöhlen finden sich zahlreiche Spezialmuseen, die sich mit der jeweiligen Region beschäftigen oder die bestimmten Persönlichkeiten gewidmet sind.

Die neuen Länder verfügen ebenfalls über eine große Dichte und ein differenziertes Angebot von Theatern, deren Repertoire überwiegend Musik- und Sprechstücke umfaßt. In



Überall in der DDR verfielen ganze Viertel, wurden abgerissen und in Plattenbauweise neu gebaut. Beispiel Leipzig-Volkmarisdorf.

den großen Städten haben einzelne Bühnen einen weit über Deutschland hinausgehenden Ruf.

Zu den Kulturstätten zählen auch zahlreiche alte Stadtkerne, die als Ganzes unter Denkmalschutz stehen, so in Bautzen, Erfurt, Freiberg, Görlitz, Güstrow, Ludwigslust, Meißen, Mühlhausen, Naumburg, Neuruppin, Osterwieck, Potsdam, Quedlinburg, Salzwedel, Schmalkalden, Stolberg/Harz, Stralsund, Tangermünde, Torgau, Wasungen, Weimar und Wernigerode.

Somit zeigt sich insgesamt das Bild einer reich ausgestatteten Kulturlandschaft, in der man besonders im Süden Zeugen aus über tausend Jahren Geschichte findet. Alle wich-

tigen Stilelemente verschiedenster Epochen (einschließlich der des „sozialistischen Realismus“) treten auf.

Probleme und Aufgaben

Die Kulturlandschaft ist in den 40 Jahren der Existenz der DDR teilweise recht gut erhalten, teilweise aber auch arg vernachlässigt worden. Einige Probleme, die sich durch die Vereinigung Deutschlands stellen, sind:

– Pflege und Erhaltung der historischen Altstadtkerne;

– Erhaltung und Restaurierung von Schlössern und Burgen, wobei hier oft noch Eigentumsfragen geklärt werden müssen;

– Weiterführung von Theatern und Museen, deren Existenz bisher durch hohe staatliche Zuschüsse gesichert war (Kultur kostete den Bürger der DDR wenig);

– inhaltliche Neugestaltung und Neuorientierung in einigen Kulturstätten. Die Ablösung des marxistischen Weltbildes wird in Museen und Theatern einige inhaltliche Korrekturen nach sich ziehen.

Um die genannten Probleme zu lösen, bedarf es eines beherzten und schnellen Zupackens durch verantwortlich handelnde Personen, die nicht mehr auf Weisungen von oben warten. Daneben müssen die wirklichen Kosten für die Erhaltung und Präsentation der Kulturstätten stärker in die Preise für Kultur einfließen. Erhebliche finanzielle Mittel aus den westlichen Ländern müssen dazu beitragen, zumindest für die nächste Zeit, die neuen Länder und die Kommunen in die Lage zu versetzen, die genannten Aufgaben zu bewältigen.

Zusammenfassung

Betrachtet man aus geographischer Sicht den Osten Deutschlands unter dem Gesichtspunkt von Faktoren, die die künftige Entwicklung hemmen oder fördern können, so zeigt sich in etwa folgendes Bild:

Vorteile

– Die Überwindung der Blockgrenzen in Europa mit der dazugehörigen Vereinigung Deutschlands hat das Gebiet der neuen Bundesländer in das Zentrum des Kontinents gerückt. Was bis 1989 als Randlage in einem Wirtschafts- und Militärblock nachteilig wirkte, bedeutet nunmehr einen Vorteil, einen Gunst-Faktor. Die neuen Bundesländer werden Durchgangs- und Ausgangspunkt für wieder zu belebende oder neu herauszubildende Handels- und Wirtschaftsströme: über die Ostsee nach Skandinavien, über die Oder hinweg nach Polen und in die Sowjetunion oder in südliche Richtung in die Tschechoslowakei und auf den Balkan. Umgekehrt wird dieser Teil Deutschlands wieder ein Dreh- und Angelpunkt für die Beziehungen der genannten Regionen nach Westen.

– Der Raum bietet über weite Strecken eine gute bis hervorragende Bodenbeschaffenheit für eine ertragreiche Landwirtschaft. Auch das Klima ist für eine agrarische Nutzung insgesamt günstig.

Für eine weitergehende touristische Erschließung bieten sich in vielen Teilbereichen günstige Naturpotentiale (Mittelgebirge, Seen, Ostseeküste).

– Die neuen Länder verfügen über eine vielfältige und teilweise dicht ausgestaltete Kulturlandschaft. Architekturen verschiedenster Epochen, Theater und Museen sowie teilweise noch schöne und intakte Altstädte sind ein wichtiges Kulturerbe.

Frankfurter Allee in Berlin. Im Hintergrund die neuen Hochhäuser, vorn sind noch einige Altbauten stehengeblieben. Aufnahme von 1983.



– Die Bodenschätze vernünftig und umweltfreundlich genutzt, gehören ebenfalls zum Entwicklungspotential der neuen Bundesländer.

– Nicht zuletzt seien die Menschen (das „Humankapital“) genannt, die, überwiegend gut qualifiziert, sich für die Einheit und Freiheit Deutschlands eingesetzt haben. Läßt man ihnen genügend Entfaltungschancen, werden sie ihre erworbenen und neuen Qualifikationen dazu nutzen, ihre Heimat aufzubauen, um schließlich ähnliche Lebensqualitäten zu erreichen wie die Westdeutschen.

Nachteile

– In den neuen Ländern fehlt vor allem eine effektive und leistungsfähige Infrastruktur. Defizite zeigen sich beim Zustand der Straßen und Eisenbahnen, bei der Telekommunikation, in der öffentlichen Ver- und Entsorgung sowie in der Effektivität der staatlichen und kommunalen Verwaltung.

– Die innere Struktur und die Angebote der großen Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungen bleiben teilweise weit hinter den modernen Erfordernissen zurück.

– Die Wirtschaft verfügt nach 40 Jahren SED-Herrschaft über zu wenig Geldkapital. Gleiches gilt auch für das oft noch veraltete Anlagekapital.

– Die überkommene Bausubstanz ist vielfach verfallen oder stark renovierungsbedürftig. Die neuen Bauten sind einfallslos, monoton und auch schon wieder reparaturbedürftig.

– Aufgrund unzureichender Umweltschutzmaßnahmen zeigen sich große ökologische Probleme bezüglich der Luft, des Bodens und des Wassers.

Die aufgezeigten Faktoren wiegen schwer. Um die neuen Länder zu entwickeln und eine ähnliche Lebensqualität wie in den westlichen Bundesländern zu erreichen, bedarf es einer konzentrierten Anstrengung der Deutschen. Gelingt es, genügend öffentliches und privates Kapital zu mobilisieren und die Rahmenbedingungen für das Leben und das Wirtschaften attraktiv zu gestalten, werden die Menschen aktiv dazu beitragen, ihre Lebensumstände grundlegend zu verbessern.

Literaturhinweise

Geschichte

Blaschke, Karlheinz: *Geschichte Sachsens im Mittelalter*, Verlag C. H. Beck, München 1990.

Wissenschaftlich fundierte Darstellung der politischen, ökonomischen und sozialen Geschichte Sachsens im Mittelalter.

Deutschland – Portrait einer Nation, Bd. 9 Gesamt-Berlin-DDR, Bertelsmann Lexikothek Verlag, Gütersloh 1988.

Der umfangreiche und repräsentative Band befaßt sich – nach Ländern geglie-

dert – mit der Geschichte, der Geographie und der Kultur der ehemaligen DDR.

Heckmann, Hermann (Hrsg. für die Stiftung Mitteldeutscher Kulturrat in Bonn): *Historische Landeskunde Mitteldeutschlands*, 5 Bände, Verlag Weidlich, Würzburg 1988 ff.

Die fünf Bände, gleichermaßen angelegt, vermitteln, verbunden mit zahlreichen Abbildungen, Karten, Literaturhinweisen und einer Zeittafel, für jedes der fünf Länder ein umfassendes historisches Bild, einschließlich Sozial-, Wirtschafts-, Siedlungs- und Militärgeschichte, dazu Landeskunde, Kunst, Literatur u.a.

Handbuch der historischen Stätten Deutschlands, Bd. 8: Sachsen, Bd. 9: Thüringen, Bd. 10: Berlin und Brandenburg, Bd. 11: Provinz Sachsen-Anhalt, Bd. 12: Mecklenburg-Pommern (in Vorb.), Kröner Verlag, Stuttgart 1965 ff.

Die handlichen Bände umfassen jeweils einleitend eine eingehende landesgeschichtliche Darstellung und eine Beschreibung aller historisch bedeutsamen Städte und sonstigen Plätze.

Hamann, Manfred: *Das staatliche Werden Mecklenburgs*, Verlag Styria, Köln und Graz 1962.

Knapp gefaßter vorzüglicher Einblick in die Geschichte des Landes Mecklenburg unter Einschuß wichtiger sozialgeschichtlicher Aspekte.

Schultze, Johannes: *Die Mark Brandenburg*, Berlin 1989.

Bislang gründlichste und umfassendste Darstellung der Landesgeschichte Brandenburgs.

Kulturgeschichte

Baier, Gerd / Faber, Elmar / Hollmann, Eckhart: *DuMont Kunst-Reiseführer Deutsche Demokratische Republik*, DuMont Verlag, Köln ⁵1990 (Verbesserte Ausgabe der Edition Leipzig 1977).

Als Kunstführer bietet der Band umfangreiche und zuverlässige Informationen.

Hootz, Reinhardt (Hrsg.): *Deutsche Kunstdenkmäler*. Ein Bildhandbuch, 5 Bde.: Brandenburg und Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1968 ff. (Neuaufgabe 1991).

Knaurs Kulturführer in Farbe Deutsche Demokratische Republik, Droemer Knaur Verlag, München 1989.

Der handliche, gut illustrierte Band, der sich vor allem an kunsthistorisch Interessierte wendet, ist alphabetisch nach Orten gegliedert, zu denen er viele knapp gefaßte Informationen bietet.

Knaurs Kulturführer in Farbe Mecklenburg-Vorpommern. Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen erscheinen als Einzelbände im April 1991.

Merian, die fünf neuen deutschen Länder, Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1991.

Die einzelnen Länder werden essayistisch und einfühlsam charakterisiert. Zahlreiche schöne Fotografien bringen die Besonderheiten der Länder nahe.

Müller, Hans: *DuMont Kunst-Reiseführer Thüringen*. DuMont Verlag, Köln 1990 (Der DuMont Kunst-Reiseführer Sachsen ist kurz vor der Fertigstellung)

Sieber, Helmut / Helwig, Gisela / Spittmann, Ilse / Lüpke, Gerd: *Deutschlands Mitte*, Verlag Wolfgang Weidlich, Frankfurt 1983.

Dieser Bildband enthält zu dem umfangreichen Bildmaterial allgemeine, nach Ländern gegliederte Einführungen.

Landeskunde

Autorenkollektiv: Ökonomische Geographie der Deutschen Demokratischen Republik, Verlag Haack, Gotha 1969.

Umfassende, detaillierte Darlegung der Wirtschaftsgeographie der DDR, angefertigt im Rahmen der ideologischen Prämissen der SED.

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), *DDR-Handbuch*, 2 Bde., Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1985.

Wichtigstes Handbuch über die ehemalige DDR; ausführliche Artikel über alle Bereiche der Politik, Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens, zahlreiche Literaturhinweise.

Dwars, F. W.: *Die DDR, Reihe Geographische Zeitfragen*, Cornelsen Verlagsgesellschaft, Bielefeld 1984.

Informatives Heft über verschiedene geographische Aspekte der ehemaligen DDR, als Kursheft verwendbar.

Eckart, Karl: *DDR*, Klett Verlag, Stuttgart ²1990, Reihe Länderprofile.

Neubearbeitete Landeskunde mit vielen Daten und Tabellen, ermöglicht eine gründliche geographische Kenntnis.

Geographische Rundschau, Heft 11/1987 (Thema: *Umwelt und Industrie in der DDR*), Westermann Verlag, Braunschweig 1987.

Aufsätze zu Fragen der Umweltbelastung und der Industrieentwicklung in der DDR.

Praxis Geographie, Heft 5/1984 (Thema: *Industriestaat DDR*), Westermann Verlag, Braunschweig 1984.

Praxisorientierte Aufsätze und Materialien zum Thema Industrie in der DDR, im Unterricht gut verwendbar.

Reihe: Wochenschau, Wirtschaft in der DDR, Wochenschau-Verlag, Schwalbach bei Frankfurt/M.

Hier geht es vor allem um die politische Weichenstellung nach Ende des Zweiten Weltkrieges, um die Funktionsweise der Planwirtschaft und um allgemeine Probleme von Industriegesellschaften.

Informationen

zur politischen Bildung



Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Iris Möckel, Horst Pötzsch (verantwortlich), Dr. Christiane Schroeder-Angermund.

Manuskripte und Mitarbeit: Dr. Manfred Bormann, Braunschweig; Dr. Wilfried Forstmann, Frankfurt/Main; Hans-Georg Herrnleben, Worms; Dr. Hansjoachim Hoffmann, Berlin; Dr. Günter Kosche, Rostock; Johannes Leithäuser, Berlin; Johann Michael Möller, Erfurt; Horst Pötzsch, Bonn; Carola Preiter, Bonn; Dr. Ralf Georg Reuth, Berlin; Thomas Rietschel, Berlin; Kerstin Schwenn, Berlin.

Titelseite: Michael Rechl, Wanfried-Aue.

Fotos: Archiv für Kunst und Geschichte (S. 11 oben, 13, 21 oben, 24, 29); Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz (S. 9, 10, 13 oben, 19, 22 oben, 27); Bundesbildstelle (S. 1); Gesamtdeutsches Institut (S. 7, 11 unten, 16 oben, 17 oben, 18 oben, 22 unten, 26, 28, 29, 36, 39 unten); Paul Glaser (S. 39); Herzog-August-Bibliothek (S. 14); Jäger (S. 3); Jürgens Ost + Europa-Photo (S. 2, 6, 12, 15, 16 unten, 17 unten, 21 unten, 23, 33); Landesbildstelle Berlin (S. 25); Süddeutscher Verlag (S. 18 unten); Ullstein (S. 32); Volkswagen (S. 35); Weidlich-Verlag (S. 4, 5, 8).

Graphiken: Globus-Kartendienst, Hamburg (S. 38).

Karikatur: Wolfgang Schubert, Junge Welt, Berlin (S.37).

Wissenschaftlicher Entwurf der Karten: Dr. Walter Leisering, Viersen (I-IV), Dr. Dieter Richter, Burgwedel (V-VIII).

Kartographie: Joachim Zwick, Gießen.

Gesamtherstellung, Verlag und Vertrieb: Franzis-Verlag GmbH, Postfach 370120, 8000 München 37.

Druck: Bruckmann, München.

Druck des Kartenteils: Graphischer Großbetrieb Pößneck GmbH, Pößneck/Thüringen.

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Die Hefte werden kostenlos abgegeben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich.

ISSN 0046-9408 – Auflage 1.4 Mill.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: März 1991.

Anforderungen (nur Informationen zur politischen Bildung)

sind (nur schriftlich) an Franzis-Verlag GmbH, Postfach 150740, 8000 München 15, zu richten (Berufsangabe erforderlich). Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Andere Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung bitte direkt bei der Bundeszentrale bestellen (Anschrift oben).

B 6897 F – Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt

Informationen zur politischen Bildung
Franzis-Verlag, Vertrieb,
Postfach 370120, 8000 München 37